

# Alternative Zukunft

Entscheidung für eine Zukunft  
in  
Friede und Freiheit

Weigel

1.	<b>Voraussetzung der Zukunft : Friede</b>	
1.1.	Das Programm	4
1.2.	Das Modell	6
	Die Verhaltensweisen	6
	Die Reaktionsrichtung	10
1.3.	Die Situation	12
1.4.	Die Zukunftsperspektiven	16
1.5.	Die Alternativen	18
1.6.	Die totale Revolution ?	20
2.	<b>Bestimmungsgründe der Abschreckungspolitik</b>	
2.1.	Das Abschreckungsmodell	22
2.2.	Das Spektrum der Gewalt	24
2.3.	Die Dimensionen der Gewalt	26
2.4.	Die mehrdimensionale Eskalation	28
2.5.	Kooperation mit dem Gegner - Beispiele	31
2.6.	Kooperation mit dem Gegner - Erkenntnisse	44
2.7.	Friedensinitiativen	46
3.	<b>Die Entscheidung zur Friedenspolitik</b>	
3.1.	Anerkennung - die Grundlage neuen Verhaltens	50
3.2.	Die Verhaltensalternativen und ihre Folgen	52
3.3.	Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Folgen - Theorie	54
3.4.	Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Folgen - Anwendung	56
3.5.	Die Entscheidung	58
4.	<b>Einschränkungen der Friedenspolitik</b>	
4.1.	Die Art der Abrüstung	60
4.2.	Das Modell-Land - Auswahlkriterien	62
4.3.	Das Modell-Land - Kommunikationsströme	64
4.4.	Die Herauslösung des Modell-Landes aus einem Machtblock	66
4.5.	Die Beurteilung gleicher Maßnahmen bei unterschiedlicher Betrachtung	68
5.	<b>Folgen der Friedenspolitik</b>	
5.1.	Die Notwendigkeit äußerer und innerer Schutzmaßnahmen	72
5.2.	Die Wahrung der ökonomischen Stabilität	76
5.3.	Kurz- und langfristige Wirkung wegfallender Militärausgaben	78
5.4.	Die Umstrukturierung der durch Abrüstung freien Kapazitäten	80
5.5.	Die positiven Impulse der Friedensorientierung	84
6.	<b>Ergebnis</b>	
6.1.	Erkenntnisse	86
6.2.	Schritte zum Frieden	87
	<b>Literatur</b>	88
	<b>Anschriften für die friedenspolitische Arbeit</b>	92

# 1. Voraussetzung der Zukunft: F r i e d e

## 1.1. Das Programm

Alle reden von einer friedlichen Zukunft,

wir nicht,

wir machen sie !

Alles Reden nützt nichts;

Konferenzen, Appelle, Demonstrationen, Predigten, Friedens- und Konfliktforschung, Friedenspädagogik, Gespräche über ausgewogene Aufrüstung, Verträge über die Nichtweitergabe von Atomwaffen verpuffen wirkungslos, solange der Eindruck vermittelt wird, die Durchsetzung politischer Ziele mit Gewalt verleihe ein hohes Maß an Prestige und sozialen, wirtschaftlichen und politischen Nutzen.

Das Reden wird zum nutzlosen Gerede.

Wir müssen etwas tun, was die Zukunft sichert, was den Frieden bringt.

Frieden und Zukunft für uns selbst, für unser soziales, ökologisches und wirtschaftliches Umfeld, für die von der Politik bestimmten nationalen und internationalen Gegebenheiten.

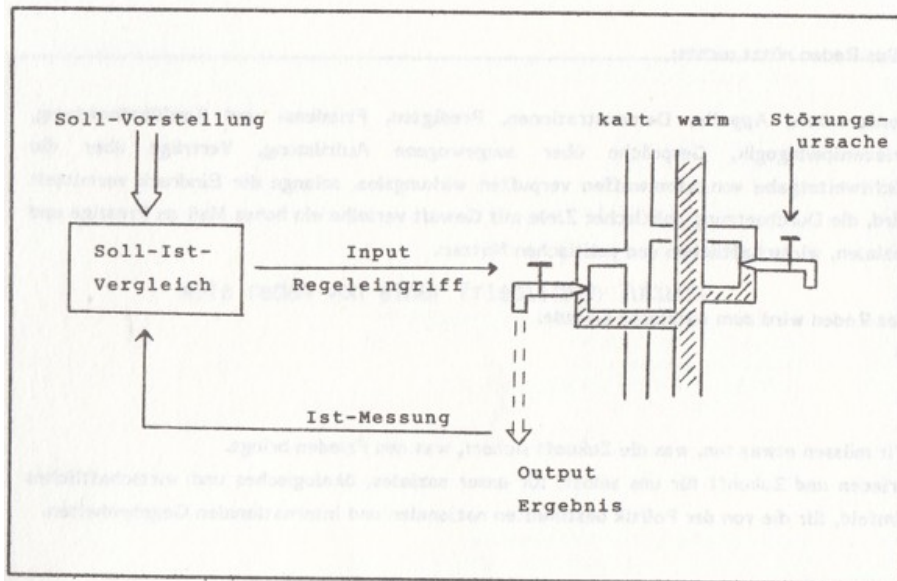
Und was müssen wir tun?

Auf jeden Fall nicht nur **sanft** sein und glauben, die jeweils andere Seite würde unserem sanften Weg folgen, wenn wir nur vorausgingen. Aber auch nicht nach dem Motto ". . . und willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein" handeln.

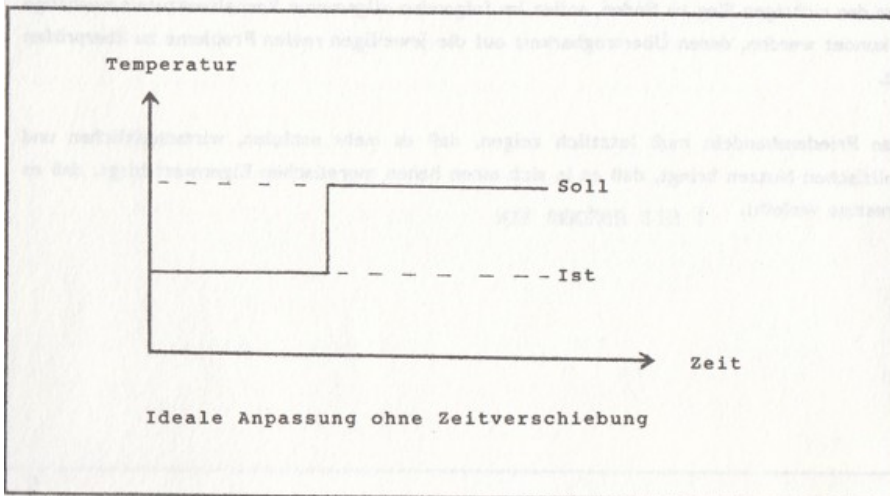
Um den richtigen Weg zu finden, sollen im folgenden allgemeine Verhaltenszusammenhänge erkundet werden, deren Übertragbarkeit auf die jeweiligen realen Probleme zu überprüfen ist.

Das Friedenshandeln muß letztlich zeigen, daß es mehr sozialen, wirtschaftlichen und politischen Nutzen bringt, daß es in sich einen hohen moralischen Eigenwert birgt, daß es Prestige verleiht.

## 1.2. Das Modell



### Die Verhaltensweisen



Als Modell stellen wir uns eine Person vor, die das Ziel, die Soll-Vorstellung hat, mit wohltemperiertem Wasser zu duschen.

Dieses Wasser wird einem Leitungssystem entnommen, an das auch noch andere Zapfstellen angeschlossen sind, weswegen das Gesamtsystem durch diese eine Person nicht klar bestimmt werden kann, sondern durch andere Wasserzäpfer Störungen verursacht werden können.

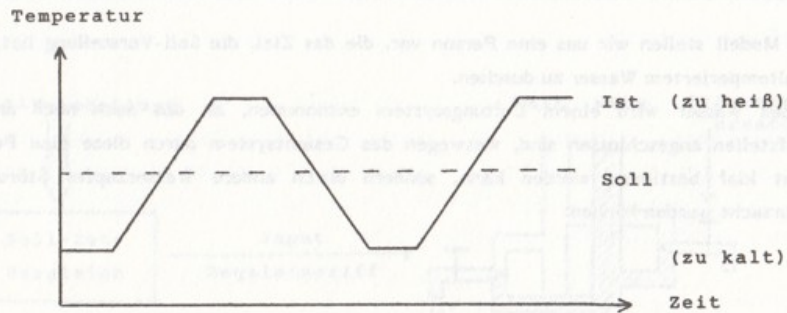
Führt eine solche Störung z.B. dazu, daß das Wasser zu kalt fließt, so kann ein Duschwilliger auf folgende Arten reagieren:

1.

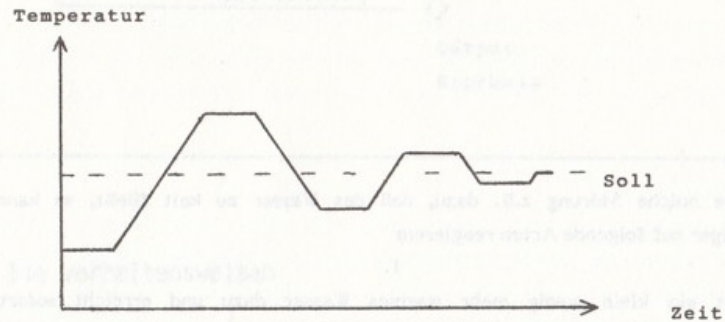
Er mischt ein klein wenig mehr warmes Wasser dazu und erreicht sofort die Idealtemperatur.

Dies erscheint unwahrscheinlich, da zwischen dem Regeleingriff (der Mischerbetätigung) und dem Output (dem Wasserstrahl aus der Dusche) ein zeitlicher Spielraum liegt, der um so größer ist, je länger der Dusch-Schlauch ist; d.h. es fließt noch kaltes Wasser aus der Dusche, obwohl die Temperatur an der Mischerbatterie bereits ideal ist.

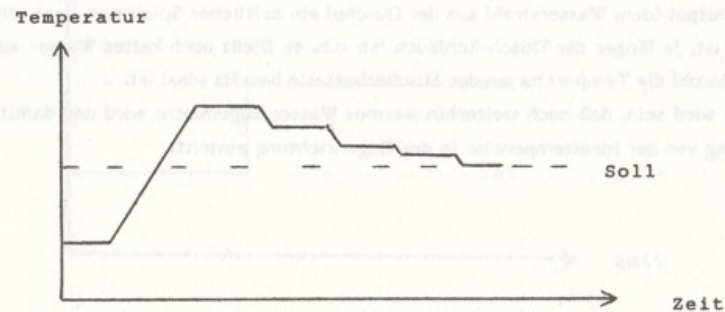
Die Folge wird sein, daß noch weiterhin warmes Wasser zugemischt wird und damit eine Abweichung von der Idealtemperatur in der Gegenrichtung eintritt.



Anpassung mit Zeitverschiebung,  
aber ohne Lerneffekt



Anpassung mit Zeitverschiebung  
und mit Lerneffekt  
- pendelnd -



Anpassung mit Zeitverschiebung  
und mit Lerneffekt  
- herantastend -

2.

Diese Zeitverschiebung kann zu Reaktionen mit und ohne Lerneffekt führen.

-a-

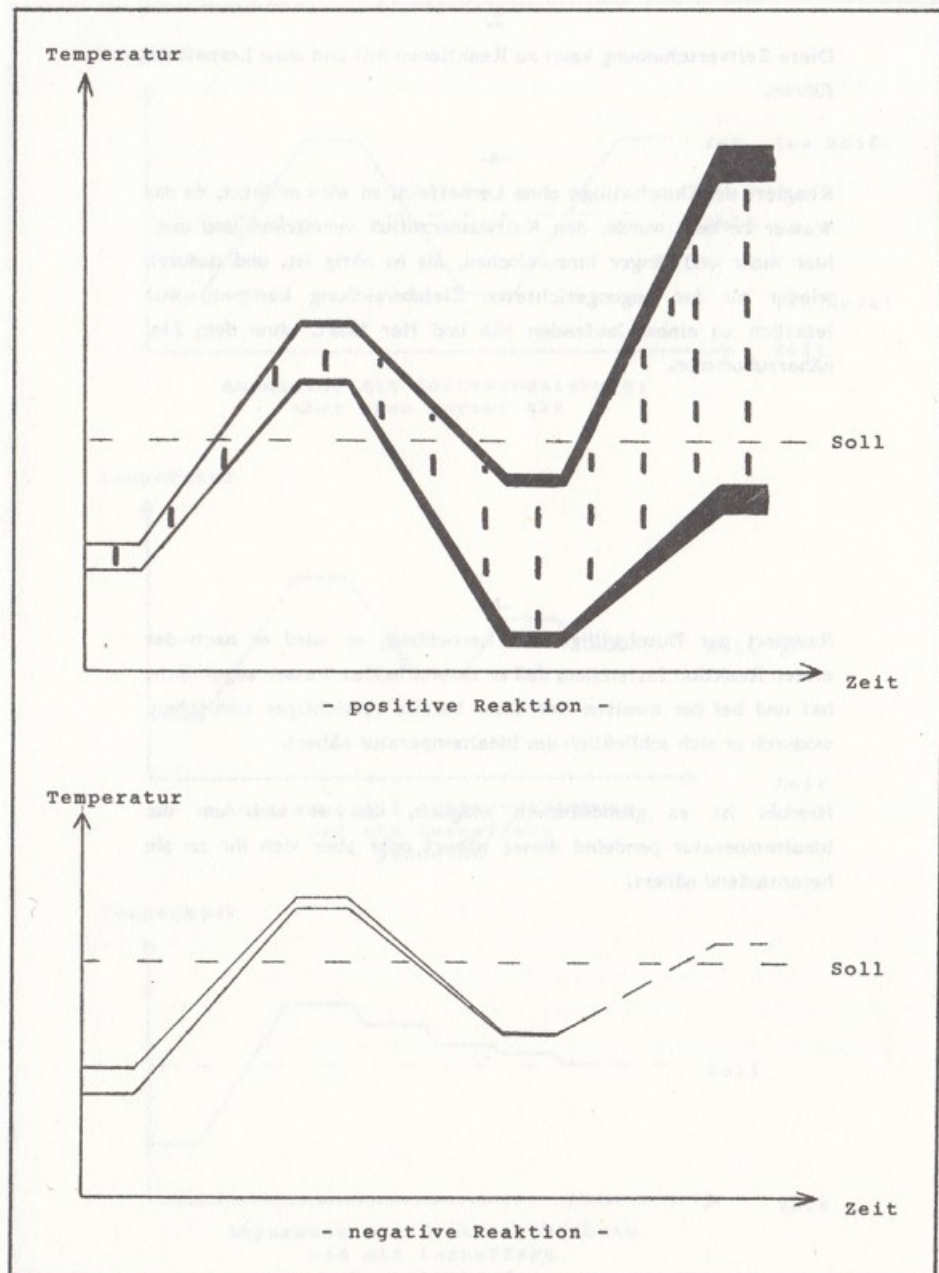
Reagiert der Duschwillige ohne Lerneffekt, so wird er jetzt, da das Wasser zu heiß wurde, den Kaltwasserzufluß verstärken und auch hier mehr und länger hinzumischen, als es nötig ist, und dadurch wieder zu der gegengerichteten Zielabweichung kommen, was letztlich zu einem laufenden Hin und Her führt, ohne dem Ziel näherzukommen.

-b-

Reagiert der Duschwillige mit Lerneffekt, so wird er nach der ersten Reaktion feststellen, daß er zu viel heißes Wasser zugemischt hat und bei der zweiten Korrektur bereits vorsichtiger zumischen, wodurch er sich schließlich der Idealtemperatur nähert.

Hierbei ist es grundsätzlich möglich, daß er sich um die Idealtemperatur pendelnd dieser nähert oder aber sich ihr an sie herantastend nähert.

## 1.2. Die Reaktionsrichtung



Ist das Wasser zu kalt, so kann man heißes Wasser dazumischen; wird es wegen der Zeitverschiebung zu heiß, so wird man verstärkt kaltes Wasser begeben. Es wird hier **positiv** reagiert, d.h. um einen Ausgleich zu erzielen, wird das jeweils schwächere Glied verstärkt.

Doch was ist die Folge dieser positiven Reaktionsweise?

Der Wasserstrahl wird immer stärker; so stark, daß der sich Duschende sich nicht mehr wohl fühlt, daß die Dusche schließlich total überschwemmt wird, daß das Ziel - ein angenehmes Duschbad - total verfehlt wird.

Wie wird der Prozeß bei umgekehrter, bei **negativer** Reaktionsweise, verlaufen?

Hier wird, sofern das Wasser zu kalt ist, zunächst einmal der Kaltwasserzufluß reduziert; wird das Wasser wegen der Zeitverschiebung nun zu warm, so wird der Warmwasserzufluß schwächer eingestellt; d.h. um einen Ausgleich zu erzielen, wird das jeweils stärkere Glied abgeschwächt.

Die Folge dieser negativen Reaktionsweise wird aber sein, daß der Wasserstrahl immer schwächer wird und auch hier das Ziel nicht erreicht wird.

Was erkennen wir hieraus?

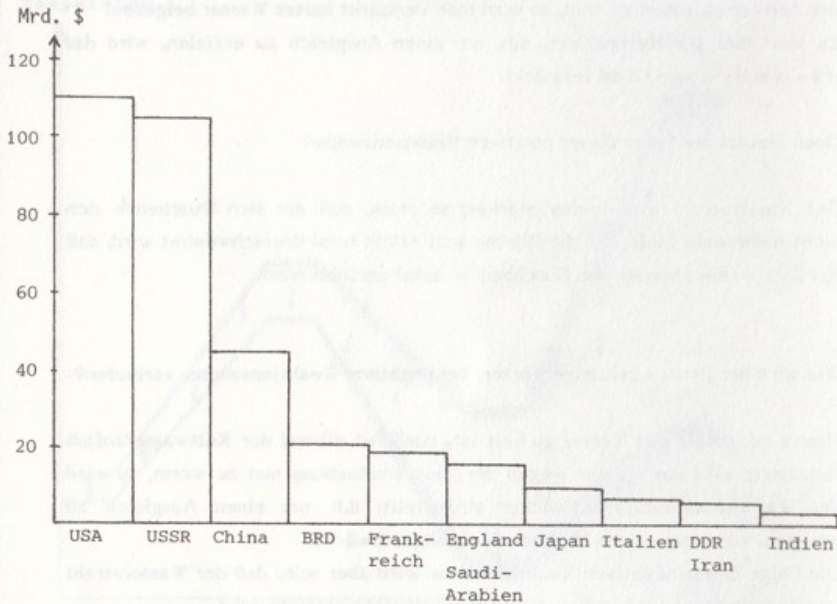
Positive oder negative Reaktion **an sich** kann nicht als besser oder schlechter beurteilt werden - wichtig allein ist, ob das Ziel erreicht wird und welche Nebenwirkungen dabei entstehen.

In beiden Fällen wurde das Ziel nicht erreicht, wobei die Nebenwirkungen bei positiver Reaktion allerdings bedeutend schlechter waren.

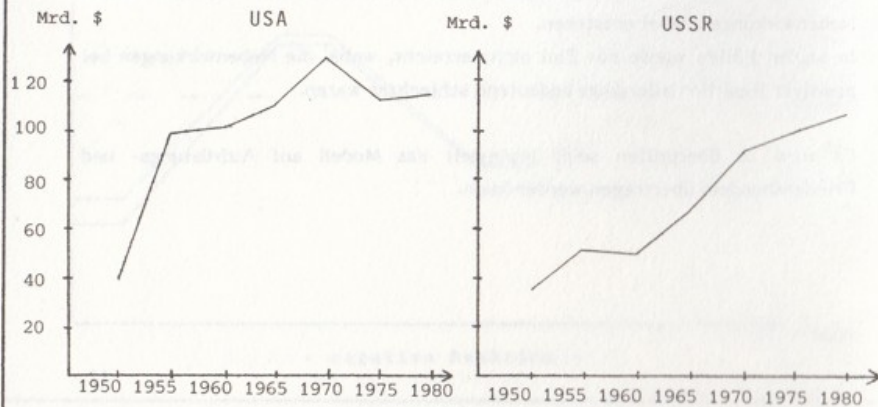
Es wird zu überprüfen sein, inwieweit das Modell auf Aufrüstungs- und Friedenshandeln übertragen werden kann.

### 1.3. Die Situation

Die Länder mit den größten Rüstungsausgaben  
(1979/1980)



Die Entwicklung der Rüstungsausgaben



Das Bild zeigt deutlich die herausragende Stellung der beiden Großmächte USA und UdSSR. Dies erlaubt es, die Betrachtung der Entwicklung der Rüstungsausgaben auf diese beiden Länder zu beschränken. Hierbei zeigt sich bei Nichtbeachtung der einzelnen Sprünge grundsätzlich ein steigender Trend.

Selbstverständlich sind die Werte in konstanten Preisen angegeben, d.h. Steigerungen auf der Grundlage der Geldentwertung sind bereits eliminiert. Trotzdem ergeben sich steigende Ausgaben, was nicht wundert, wenn man an das Wettrüsten in Ost und West mit den immer teureren und umfassender wirkenden Waffensystemen denkt.

Hier zeigt sich aber auch schon, daß das Modell mit der positiven Reaktionsrichtung - d.h. Verstärkung des jeweils schwächeren Gliedes - offenbar übertragbar ist.

Entwickelt ein Block ein neues Waffensystem, so muß der Gegner ein Verteidigungssystem und möglichst auch das gleiche Waffensystem entwickeln. Mithin ergibt sich für den Erfinder des neuen Systems die Notwendigkeit, selbst nach den entsprechenden Verteidigungssystemen und darüber hinaus nach einem wiederum neuen Waffensystem zu suchen, für welches es noch kein Verteidigungssystem gibt.

Diese Verhaltensweise - mit Macht zu imponieren - führt schließlich zu einer endlosen Spirale, welche von dem Ziel - Sicherung des eigenen Sozialsystems - letztlich eher wegführt, als sich ihm zu nähern.

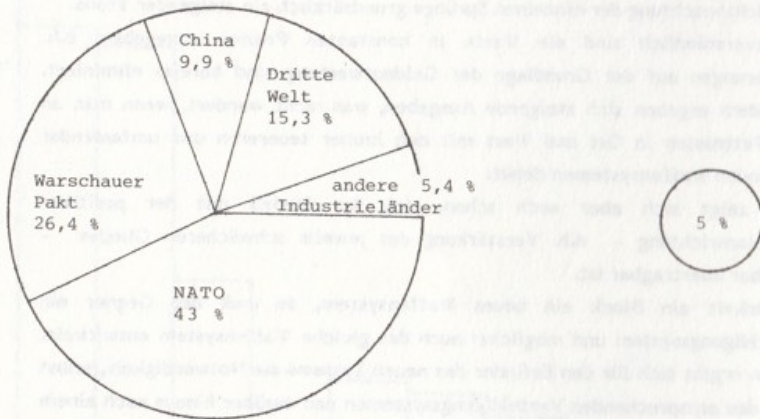
Gleichzeitig entstehen bedeutende Nebenwirkungen dadurch, daß durch dieses Verhalten große Teile des Sozialprodukts verbraucht werden.

Wenden die westlichen Industrienationen schon zwischen 3 % und 6 % des Sozialprodukts für Rüstungsausgaben auf, so beträgt dieser Anteil bei den weniger leistungsfähigen östlichen Industrienationen zwischen 3 % und 10 %. Diese Zahlen scheinen so lange unbedenklich, wie das verbleibende Sozialprodukt für eine zufriedenstellende Versorgung der Bevölkerung ausreicht. Dies ist in den Entwicklungsländern offensichtlich nicht so, und trotzdem werden dort ähnliche Prozentsätze erreicht.

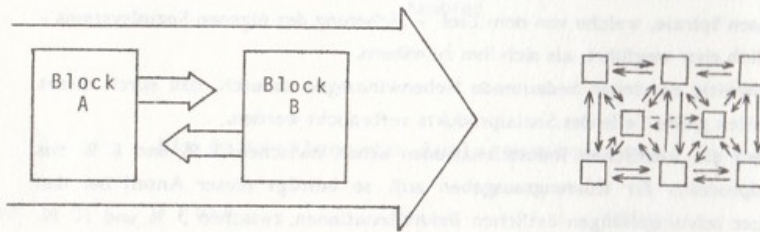
### 1.3. Die Situation Fortsetzung

Ungleichgewicht zwischen

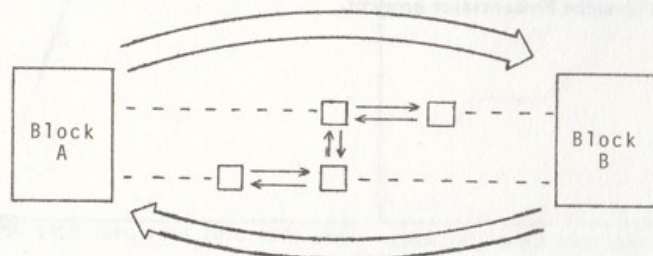
Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe



Export der Gewaltpolitik



Verknüpfung des Gewaltsystems



Dieser starke Anteil der Rüstungsausgaben am Sozialprodukt der wirtschaftlich unterentwickelten Länder hat in dreifacher Hinsicht eine negative Wirkung.

1.

Die in diese Länder fließende Entwicklungshilfe beträgt etwa 5 % der Weltrüstungsausgaben; der Anteil dieser Länder an den Weltrüstungsausgaben beläuft sich auf etwa 15 %. Bedenkt man, daß die Rüstungsgüter in den Industrieländern gekauft werden, so fließen letztlich mehr Mittel von den Entwicklungsländern in die Industrienationen als umgekehrt; d.h. das Ungleichgewicht zwischen industriell entwickelten und industriell unterentwickelten Ländern bleibt erhalten. Damit bleibt aber auch die mögliche Ursache für einen zukünftigen weltweiten Konflikt bestehen.

2.

Die Führungsnationen der großen Blöcke demonstrieren durch ihr Verhalten, daß die Ausübung von Macht wichtig, gut und nützlich sei. Indem den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern Waffen geliefert werden, können diese Länder das Imponierverhalten der Großmächte nachahmen; sie haben sogar den Vorteil, diese Waffen tatsächlich einsetzen zu können, da sie sich noch unterhalb der atomaren Schwelle befinden. Damit können aber viele Krisenherde entstehen, die durch die Vielzahl der Teilnehmer nicht mehr überschaubar sind und somit auch kein rationales Krisenmanagement zulassen, wie es zwischen den beiden Blöcken durchaus noch möglich erscheint.

3.

Diese kleinen Konflikte bergen in sich wiederum die Gefahr einer weltweiten Eskalation, da ein Konfliktpartner auf die eine oder andere Weise mit einem der Blöcke verbunden ist und der andere Konfliktpartner dann Hilfe bei dem anderen Block suchen wird.

#### 1.4. Die Zukunftsperspektiven

	persönlich	wirtschaftlich	politisch
Ziele	Erfolg Karriere	Wirtschafts- wachstum	Expansions- streben der Blöcke
Wirkungen	Geldkarriere in der freien Wirtschaft  Machtkarriere in der Planwirtschaft	Einkommens- steigerung  Arbeitsplatz- sicherung	Wettrüsten  Konflikte in der Dritten Welt
direkte Folgen	Karriere um der Karriere willen	Wegwerf- produktion von Konsumgütern	Wegwerf- produktion von Waffen
indirekte Folgen	innere Leere Enttäuschung	Umwelt- verschmutzung  Rohstoff- verknappung	Kriegsgefahr
Konsequenz	U n t e r g a n g		

In der nebenstehenden Tabelle sind die gegenwärtigen Zukunftsaussichten sehr negativ dargestellt; viele Indizien sprechen jedoch für eine derart pessimistische Sicht.

In einer Gesellschaft, deren Mitglieder von Kindheit an Erfolg haben müssen, werden viele dieses Erfolgszwanges überdrüssig und wenden sich extremen Alternativhandlungsweisen zu. Sie nehmen Drogen, sie verweigern jede Leistung, sie steigen aus, sie wählen am Ende einer frühen und schnellen Karriere den Freitod - sie zeigen Überreaktionen, sie übersteuern.

Diese Menschen erkennen wohl, daß ihr persönliches Verhalten - in bemerkenswertem Gleichklang mit ökonomischem und politischem Verhalten - nicht zu einer sinnvollen Lebenserfüllung führt und reagieren im Sinne des Duschmodells total positiv, d.h. sie verhalten sich zu ihrem bisherigen Verhalten total entgegengesetzt. Nicht das Ziel einer sinnvollen Lebenserfüllung ist der Wegweiser für ihr neues Handeln, sondern einzig und allein der Zwang zum total entgegengesetzten Handeln, zur Ablehnung aller bisherigen Verhaltensweisen, damit aber auch zur Ablehnung aller Institutionen, die das bisherige Verhalten forderten und förderten.

Umgekehrt werden diese Aussteiger, Alternativen und Leistungsverweigerer auch nicht von dem System und seinen Mitgliedern anerkannt. Die Aussteiger setzen sich durch ihre Überreaktion selbst ins Unrecht und begeben sich so der Möglichkeit, glaubhaft Kritik an dem bestehenden System zu üben. Und es kann ganz gewiß nicht gut sein, wenn ein Wirtschaftssystem, nur um bestehen und wachsen zu können, künstlich immer neue Bedürfnisse weckt, deren Befriedigung über eine immer stärker wachsende Produktionsleistung schließlich zur Vergeudung der Rohstoffe und zur Vernichtung einer lebenswerten Umwelt führt. Auf der anderen Seite kann ( ohne dies im Rahmen dieses Buches ausführlich zu begründen ) davon ausgegangen werden, daß dieses freiheitliche Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft einer zentralen Planwirtschaft vorzuziehen ist.

Es kann gewiß auch nicht gut sein, im Wettrüsten fortzufahren, das irgendwann darin gipfeln müßte, daß jeder seinen Atombunker hat. Der Kreislauf der menschlichen Behausung - von der Höhle bis zum Bunker - wäre geschlossen.

Dennoch wäre es falsch, nach dem Motto 'lieber rot als tot' zu handeln.

In allen Bereichen ist ein neues Verhalten gefordert - ein Verhalten, das nicht revolutionär alles in Frage stellt und auch keine totale Umkehr fordert, sondern ein Verhalten, das auf dem Bestehenden aufbaut, das erstrebenswerte Ziele erkennen läßt und wirkliche Aufgaben stellt, deren Lösung die Menschen befriedigen kann.



## 1.5. Die Alternativen

	persönlich	wirtschaftlich	politisch
Ziele	problem- und aufgabenorientierte Karriere	Deckung bestehender Bedürfnisse unter Ausdehnung des Bedürfnisspektrums über die Güterebene hinaus	Hilfe bei der Beseitigung bestehender Ungleichgewichte unter Anerkennung der gegebenen Machtverhältnisse bei Wahrung der autonomen Entscheidungsfreiheit
Wirkungen	Lösung der Probleme und Erfüllung der Aufgaben	Rückgang des güterorientierten Sozialprodukts bei Ausweitung des dienstleistungsorientierten Sozialprodukts	Lösung der echten Probleme  keine neuen, durch Machtpolitik bedingte, unechte Probleme
Folgen	Zufriedenheit verbunden mit Leistungs- und Fortbildungswille	sparsamer Umgang mit den Ressourcen	mehr Sicherheit durch Lösung der Probleme  weniger Unsicherheit durch Fehlen der Machtpolitik
Konsequenz	Glaube an eine Zukunft verbunden mit dem Willen, diese Zukunft zu meistern		

Bei der Entwicklung möglicher Alternativen soll kein Idealbild gezeichnet werden; auch soll nicht der sich ideal verhaltende Mensch als Grundlage der folgenden Überlegungen dienen; es soll nur davon ausgegangen werden, daß die bisher möglichen extremen Verhaltensweisen unterbleiben.

So wird im persönlichen Bereich durchaus noch der Egoismus und nicht das Dienen zugunsten des Gemeinwohls als die Grundlage allen Strebens angenommen. Beim Karrierestreben ist jedoch nicht mehr die höchste Stufe auf der Karriereleiter das anzustrebende Ziel, sondern jene Stufe, auf der die gestellte Aufgabe problemlos bewältigt werden kann, auf der noch Zeit und Muße bleibt, sich auch um andere Dinge zu kümmern. Es gilt also, bei jener Stufe stehen zu bleiben, auf der man mit Kompetenz und Sachverstand die gestellten Aufgaben lösen kann; falsch wäre es, die darüber liegenden Stufen der eigenen Inkompetenz zu erklimmen - die gestellten Aufgaben würden nicht erfüllt, man wäre überlastet und letztlich unzufrieden.

Wie im persönlichen Bereich von der Karriere an sich abgegangen werden muß, so muß im ökonomischen Bereich die Dominanz der Güterebene verlassen werden. Maßstab des Wohlstandes und des Prestiges darf nicht nur die Anhäufung mehr oder weniger sinnvoller Sachen sein, sondern z.B. auch das Ausmaß der Freizeit, der Umfang des Wissens, die Höhe geleisteter Spenden, die Teilnahme an Aktionen, die Mitarbeit in Vereinen oder ähnliches. Für das Volkseinkommen ist es im Prinzip gleichgültig, ob die in der Autoindustrie Beschäftigten Elektrogeräte und die in der Elektroindustrie Beschäftigten Autos kaufen oder ob Kellner sich z.B. weiterbilden und die Lehrer dann in Hotels und Gaststätten einkehren. Das Geld zirkuliert in beiden Fällen - **Einkommen wird geschaffen.**

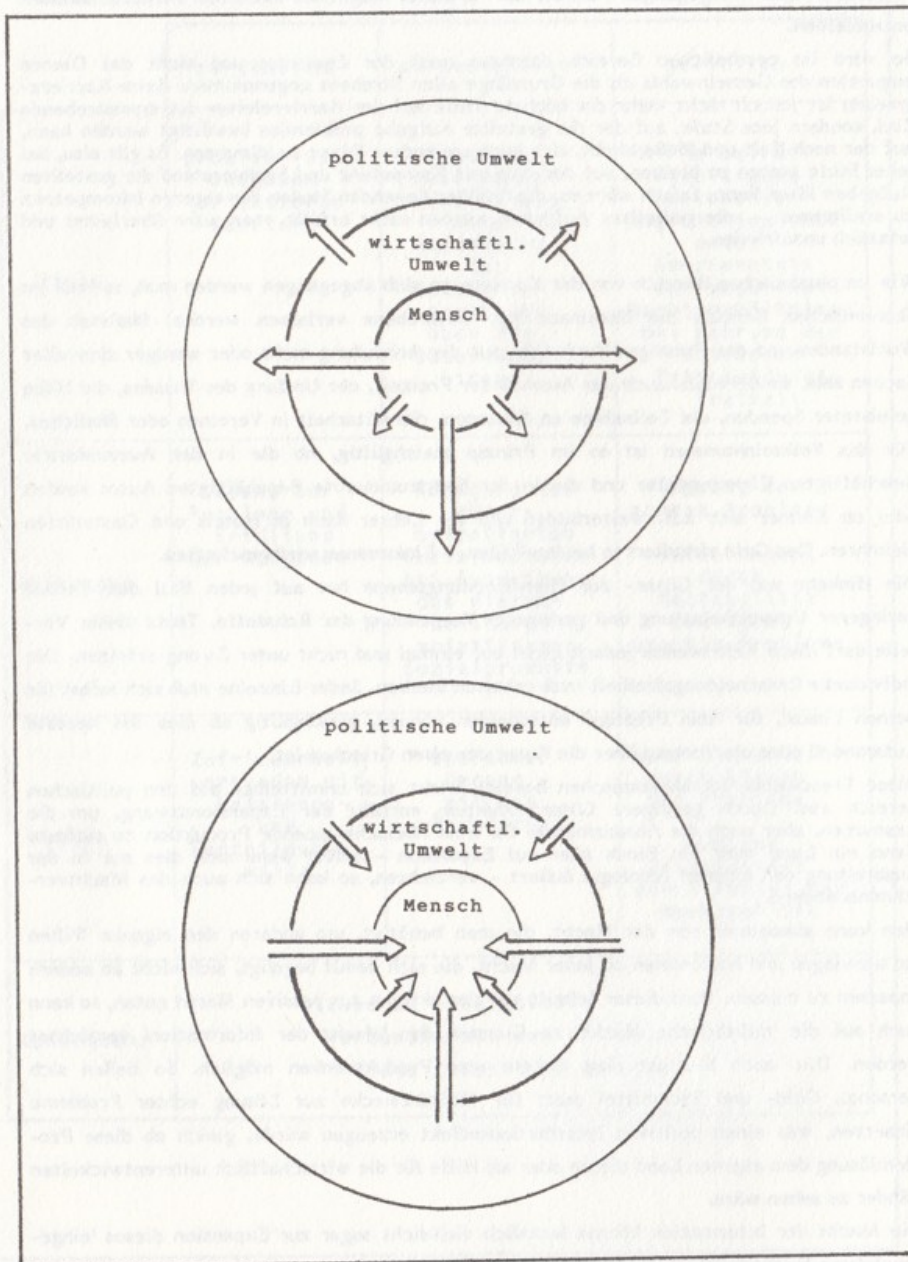
Die Hinkehr von der Güter- zur Dienstleistungsebene hat auf jeden Fall den Vorteil geringerer Umweltbelastung und geringerer Vergeudung der Rohstoffe. Trotz dieser Vorteile darf diese Kehrtwende jedoch nicht auf einmal und nicht unter Zwang erfolgen. Die individuelle Entscheidungsfreiheit muß erhalten bleiben. Jeder Einzelne muß sich selbst für 'seinen Luxus', für 'sein Prestige' entscheiden können, gleichgültig ob dies das neueste Automodell oder ein Vortrag über die Kunst der alten Griechen ist.

Diese Trendwende im ökonomischen Bereich wirkt sich unmittelbar auf den politischen Bereich aus. Durch geringere Güterproduktion entfällt der Expansionszwang, um die Ressourcen, aber auch die Absatzmärkte für eine überschwappende Produktion zu sichern. Kann ein Land oder ein Block aber auf Expansion - selbst wenn sich dies nur in der Ausbreitung der eigenen Ideologie äußert - verzichten, so kann sich auch das Machtverständnis ändern.

Man kann abkommen von der Macht, die man benötigt, um anderen den eigenen Willen aufzuzwingen und hinkommen zu jener Macht, die sich damit begnügt, sich nicht an andere anpassen zu müssen. Wird dieser Schritt von der aktiven zur passiven Macht getan, so kann auch auf die 'militärische Macht' zu Gunsten der 'Macht der Information' verzichtet werden. D.h. auch hier ist eine Abkehr vom Produktdenken möglich. So ließen sich Personal, Geld- und Sachmittel statt für Militärzwecke zur Lösung echter Probleme einsetzen, was einen positiven Informationseffekt erzeugen würde, gleich ob diese Problemlösung dem eigenen Land diene oder als Hilfe für die wirtschaftlich unterentwickelten Länder zu sehen wäre.

Die Macht der Information könnte letztlich vielleicht sogar zur Expansion dieses 'eingeschränkten Machtdenkens', dieses 'Friedensdenkens' führen.

## 1.6. Die totale Revolution



Sowohl bei den Zukunftsperspektiven gegenwärtigen Verhaltens als auch bei der Betrachtung des alternativen Handelns war der Gleichklang zwischen persönlichem, wirtschaftlichem und politischem Bereich zu erkennen. Bedeutet dies nun, daß in allen Bereichen gleichzeitig eine Umkehr erfolgen muß, daß nach einer totalen gesellschaftlichen Revolution verlangt werden muß, daß die Menschen und das bestehende System zu ihrem Glück gezwungen werden müssen, gleichgültig ob sie wollen oder nicht?

Sicher nicht - es genügt die Umkehr in einem Bereich.

Den Mensch und sein Verhalten durch bewußte Erziehung zu ändern, und darauf zu hoffen, daß von ihm ausgehend die anderen Bereiche geändert werden, ist die eine Möglichkeit. Dies ist jedoch ein langwieriger Prozeß, dessen Erfolg zudem ungewiß ist, da die Erziehung nicht nur durch bewußte Erziehungsmaßnahmen erfolgt, sondern in starkem Maße durch die Einflüsse jener Umwelt, die letztlich geändert werden soll. Damit stehen sich bewußte und unbewußte Erziehung konträr gegenüber, was schließlich zur Richtungslosigkeit und zur Lethargie der Erzogenen, aber auch durch offene Konflikte und Machtkämpfe zur Erschütterung des gesamten Systems führen kann. Beides macht dieses System ( ein Volk oder einen Block ) jedoch instabil und gefährdet damit die äußere Sicherheit.

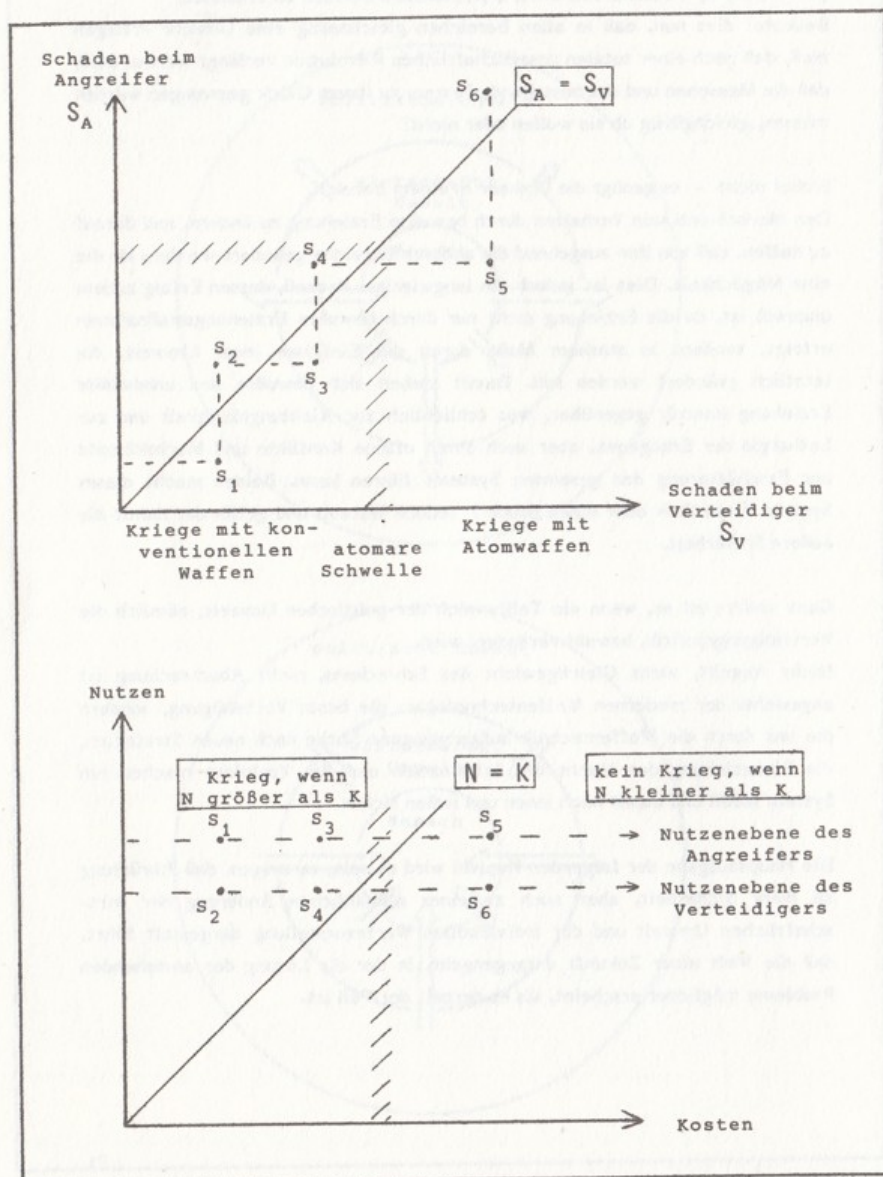
Ganz anders ist es, wenn ein Teilbereich der politischen Umwelt, nämlich die Verteidigungspolitik, bewußt verändert wird.

Nicht Angriff, nicht Gleichgewicht des Schreckens, nicht Abschreckung ist angesichts der modernen Waffentechnologien die beste Verteidigung, sondern die uns durch die Waffentechnik aufgezwungene Suche nach neuen Strategien, die Einbeziehung der Macht der Information und des Vorbildes machen ein System stabil und damit nach innen und außen sicher.

Die Hauptaufgabe der folgenden Kapitel wird es sein, zu zeigen, daß Abrüstung zu mehr Sicherheit, aber auch zu einer allmählichen Änderung der wirtschaftlichen Umwelt und der individuellen Wertevorstellung dergestalt führt, daß die Welt einer Zukunft entgegenght, in der die Lösung der anstehenden Probleme möglicher erscheint, als es derzeit der Fall ist.

## 2. Bestimmungsgründe der Abschreckungspolitik

### 2.1. Das Abschreckungsmodell



Die Abschreckung geht davon aus, daß der Gegner in einer rationalen Entscheidung die Vor- und Nachteile seines Verhaltens vergleicht und dann nicht angreift, wenn die ihm entstehenden Nachteile überwiegen.

Betrachtet man den dem Feind entstehenden Schaden als eigenen Nutzen, so könnte die Situation S 1 zu einem Angriff führen, da der Schaden des Angreifers geringer ist als der des Verteidigers. Um dies zu verhindern, muß der Verteidiger aufrüsten. Dies verursacht Kosten, wird aber den Angreifer abschrecken, da sein bei S 2 möglicherweise entstehender Schaden jetzt größer ist als der des Verteidigers. Gleichzeitig fühlt sich der Angreifer jetzt aber in der Rolle des Angegriffenen, da der Verteidiger seinerseits bei rationaler Entscheidung mit Gewinn angreifen könnte. Dies führt zu einer Aufrüstung ohne Ende, was durch die geschichtliche Entwicklung nicht nur im konventionellen, sondern auch im atomaren Bereich belegt wird.

Zu fragen ist, ob dieses Verhalten wirklich rational begründet ist.

Rationale Entscheidungen verlangen zuverlässige Informationen über die Waffen- und Verteidigungssysteme, aber auch über die Infrastruktur eines Landes und damit über die möglichen Schadensfolgen eines Krieges. Diese Informationen scheinen jedoch nicht vorzuliegen, sonst wäre das Gerangel um die Rüstungskontrollmaßnahmen nicht erforderlich. Rationale Entscheidungen verlangen echte Kosten-Nutzen-Vergleiche. Ist ein Schaden beim Gegner überhaupt ein eigener Nutzen ?

Sicher nicht.

Welcher Nutzen entsteht überhaupt durch eine kriegerische Auseinandersetzung und durch ihre Vorbereitung ?

Auf beiden Seiten wird durch die Aufrüstung die jeweilige Volkswirtschaft unwirtschaftlich in Gang gehalten.

Durch einen erfolgreichen Angriff wird der Geltungsbereich des eigenen Sozialsystems ausgedehnt und neue Rohstoff- und Absatzmärkte werden erschlossen.

Durch eine erfolgreiche Verteidigung bleibt der Geltungsbereich des Sozialsystems und der Marktmacht in seinem ursprünglichen Zustand erhalten.

Der Nutzen für den erfolgreichen Angreifer ist demnach höher einzuschätzen als der für den erfolgreichen Verteidiger.

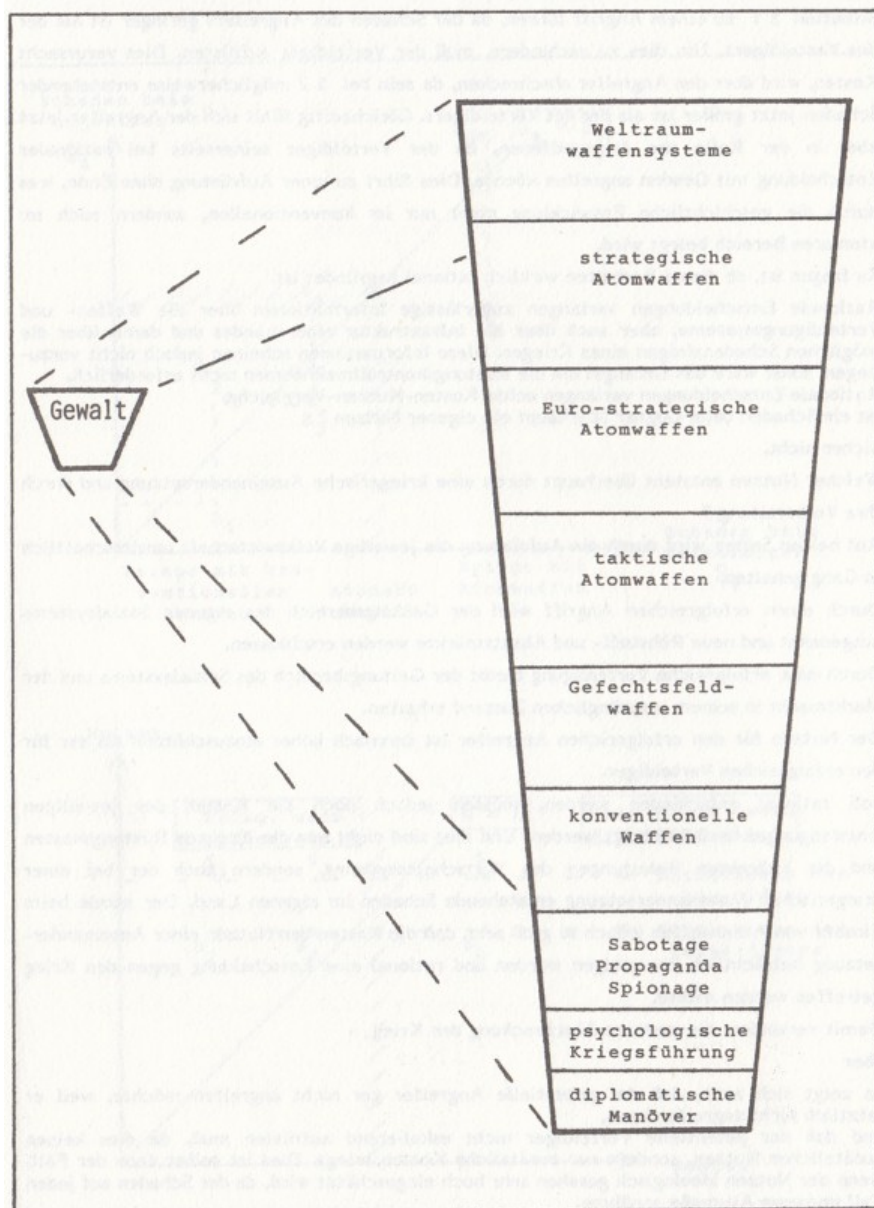
Soll rational entschieden werden, müssen jedoch noch die Kosten der jeweiligen Anstrengungen berücksichtigt werden. Und dies sind nicht nur die direkten Rüstungskosten und die indirekten Belastungen des Wirtschaftssystems, sondern auch der bei einer kriegerischen Auseinandersetzung entstehende Schaden im eigenen Land. Der würde beim Einsatz von Atomwaffen jedoch so groß sein, daß die Kosten den Nutzen einer Auseinandersetzung beträchtlich übersteigen würden und rational eine Entscheidung gegen den Krieg getroffen werden müßte.

Damit verhindert die atomare Abschreckung den Krieg -

aber

es zeigt sich auch, daß der potentielle Angreifer gar nicht angreifen möchte, weil er letztlich nicht angreifen kann, und daß der potentielle Verteidiger nicht eskalierend aufrüsten muß, da dies keinen zusätzlichen Nutzen, sondern nur zusätzliche Kosten bringt. Dies ist selbst dann der Fall, wenn der Nutzen ideologisch gesehen sehr hoch eingeschätzt wird, da der Schaden auf jeden Fall immense Ausmaße annähme.

## 2.2. Das Spektrum der Gewalt



Die Waffensysteme nur in konventionelle und atomare einzuteilen, wird der feinen Rasterung des Gewaltspektrums nicht gerecht.

Vielmehr gibt es unterhalb der konventionellen Waffen die Möglichkeit, durch gezielte Informationen den Gegner anzugreifen. Geschieht dieser Informationsaustausch nur zwischen den jeweiligen Machteliten, dann handelt es sich um diplomatische Manöver; werden jedoch die jeweiligen Völker vom Gegner direkt angesprochen, so ist der Bereich der psychologischen Kriegsführung erreicht. Diesen beiden Stufen können z.B. auch Wirtschaftsboykottmaßnahmen zugeordnet werden. Gemeinsam ist diesen Maßnahmen, daß die Informationen zwar im gegnerischen Land empfangen werden, ihren Ausgang aber im Land des Angreifers haben.

Anders ist es bei Spionage, Propaganda und Sabotage - hier werden die Aktivitäten bereits in das Land des Angegriffenen verlegt und gipfeln z.B. darin, daß eine korrupte Machtelite in dem bedrohten Land den Angreifer um Hilfe ersucht und damit eine Invasion vorbereitet; ein Gebiet, auf dem der Osten dem Westen offensichtlich überlegen ist.

Erst jetzt ist die Stufe der konventionellen Waffen erreicht, die über die Gefechtsfeldwaffen mit atomaren Sprengköpfen zu den taktischen Atomwaffen übergehen.

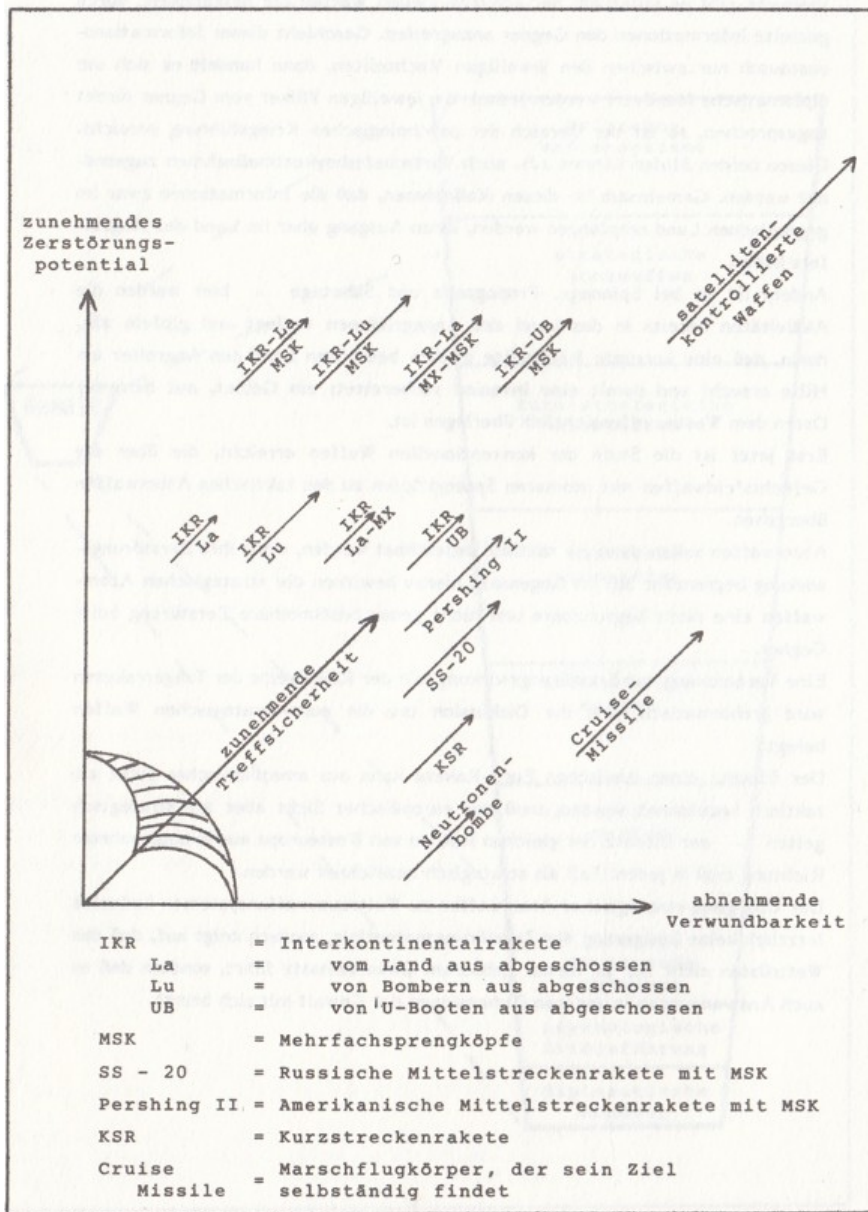
Atomwaffen sollen dann als taktisch bezeichnet werden, wenn ihre Zerstörungswirkung begrenzt ist; im Gegensatz hierzu bewirken die strategischen Atomwaffen eine nicht begrenzbare und nicht genau bestimmbar Zerstörung beim Gegner.

Eine Verquickung der Zerstörungswirkung mit der Reichweite der Trägerraketen wird problematisch, wie die Diskussion um die euro-strategischen Waffen belegt.

Der Einsatz einer russischen Euro-Rakete kann aus amerikanischer Sicht als taktisch bezeichnet werden, muß aus europäischer Sicht aber als strategisch gelten - der Einsatz der gleichen Rakete von Westeuropa aus in umgekehrter Richtung muß in jedem Fall als strategisch bezeichnet werden.

Der Übergang strategischer Atomwaffen zu Weltraumwaffensystemen bedeutet letztlich keine Steigerung des Zerstörungspotentials, sondern zeigt auf, daß das Wettrüsten nicht nur zu immer größerem Gewalteinsatz führt, sondern daß es auch Anstrengungen in anderen Dimensionen der Gewalt mit sich bringt.

### 2.3. Die Dimensionen der Gewalt



Um eine Waffe zu beurteilen, darf nicht nur das Zerstörungspotential betrachtet werden, sondern es sind auch Treffsicherheit und Verwundbarkeit einer Waffe zu berücksichtigen. Die Gefahr einer Waffe steigt demnach mit zunehmendem Zerstörungspotential, mit abnehmender Verwundbarkeit und mit zunehmender Treffsicherheit.

Waffen gleicher Gefährlichkeit liegen bei **zweidimensionaler** Betrachtung, also beim Vergleich von Zerstörungspotential und Verwundbarkeit oder von Zerstörungspotential und Treffsicherheit oder von Verwundbarkeit und Treffsicherheit, jeweils auf einem **konzentrischen Kreis**, der um den Ausgangspunkt des Koordinatenkreuzes beschrieben wird.

Bei **dreidimensionaler** Betrachtung liegen gleich gefährliche Waffen auf der Fläche eines **sphärischen Dreiecks**, das durch die konzentrischen Kreise der zweidimensionalen Betrachtung gebildet wird.

Eine eindeutige Zuordnung aller Waffensysteme scheint schwierig. So soll wenigstens der Versuch unternommen werden, einzelne Systeme miteinander zu vergleichen, um ansatzweise eine Rangordnung zu erhalten.

Es ist klar, daß Interkontinentalraketen mit mobiler Abschußrampe weniger verwundbar sind als solche mit stationärer Abschußrampe. Mithin sind luft- und U-Boot-gestützte Raketen gefährlicher als landgestützte Systeme. Eine größere Gefährlichkeit wird aber auch dann erreicht, wenn stationäre Abschußrampen durch Anti-Raketen-Raketen geschützt werden oder wenn, wie bei den ersten MX-Überlegungen, durch rollierenden Wechsel zwischen belegten und unbelegten Abschußrampen eine Ortung der abschußbereiten Rakete durch den Feind genauso schwierig wie z.B. beim U-Boot wird.

Sind die Interkontinentalraketen nun nicht mehr mit Einfachsprengköpfen, sondern mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet, so ist die Einordnung gegenüber dem jeweiligen Einfachsprengkopf-Typ auch eindeutig: das Zerstörungspotential steigt; die Verwundbarkeit nimmt ab, da selbst bei Vernichtung einiger Sprengköpfe immer noch einige bleiben, die ihr Vernichtungswerk vollenden können; schließlich nimmt auch die Treffsicherheit zu, da die Gesamtheit der Köpfe das Ziel eher treffen als nur ein einziger.

Vergleichen wir die Kurzstreckenraketen mit den Interkontinentalraketen, so haben sie sicher eine geringere Sprengkraft, aber auch eine relativ geringe Verwundbarkeit, da sie näher beim Feind stationiert sind und während einer kurzen Flugzeit nur schlecht zerstört werden können; ihre Treffsicherheit dürfte bei gleicher Technologie wegen der geringeren Entfernung etwas größer sein als bei Interkontinentalraketen.

Mittelstreckenraketen wie Pershing II und SS-20 haben, bedingt durch die Mehrfachsprengköpfe, ein Zerstörungspotential, das zwischen Interkontinental- und Kurzstreckenraketen liegt, und sind durch neue Technologien eindeutig treffsicherer.

Die Marschflugkörper haben zwar nur eine geringe Sprengkraft, sind aber durch sehr geringe Verwundbarkeit und hohe Treffsicherheit eine sehr gefährliche Waffe.

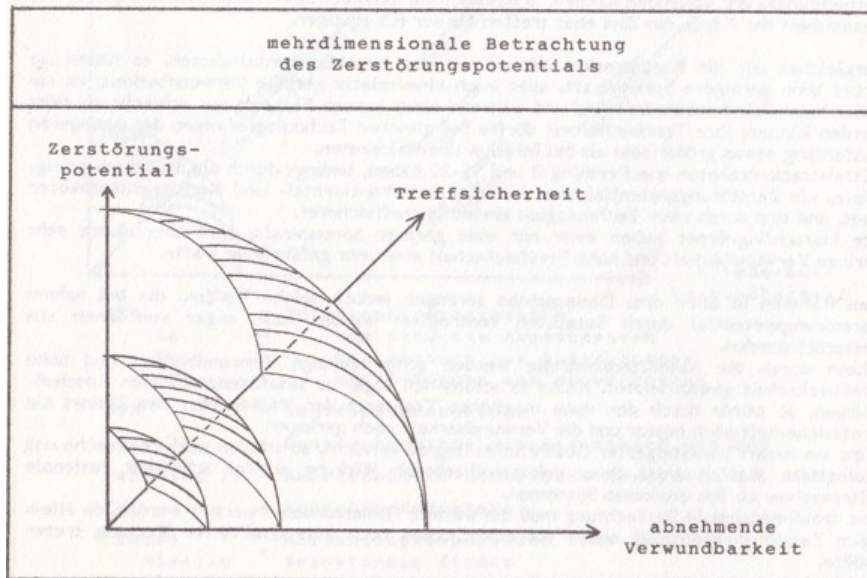
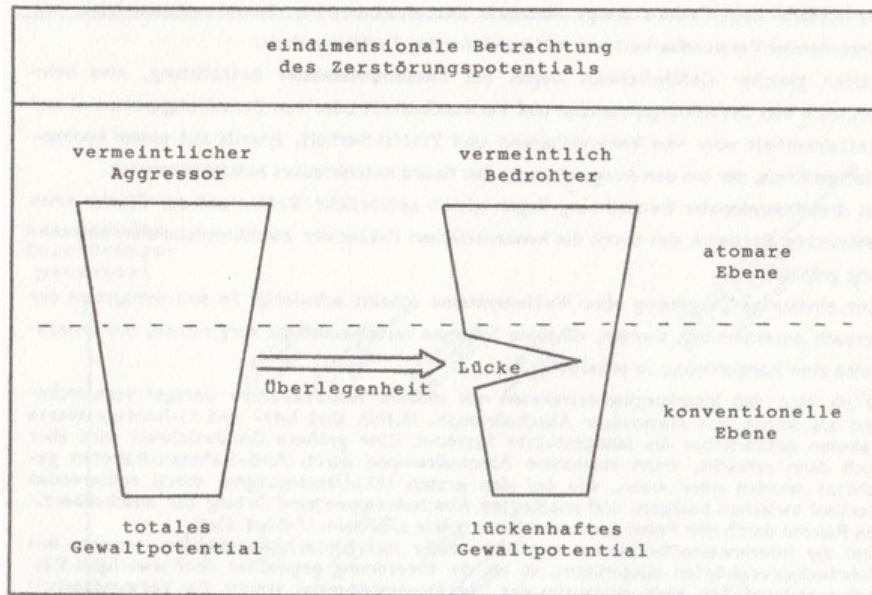
Den Rahmen in allen drei Dimensionen sprengen jedoch solche Waffen, die bei hohem Zerstörungspotential durch Satelliten kontrolliert werden bzw. sogar von ihnen aus gestartet werden.

Allein durch die Satellitenkontrolle werden schon geringe Verwundbarkeit und hohe Treffsicherheit gewährleistet. Käme es schließlich sogar zu satellitengestützten Abschußrampen, so würde durch den dann möglichen Transport der Waffen über den Zielort die Treffsicherheit noch besser und die Verwundbarkeit noch geringer.

Wird ein derart übersteigter Gefährlichkeitsgrad erreicht, so werden auch chemische und biologische Waffen trotz ihrer unkontrollierbaren Wirkung wieder scheinbar rationale Alternativen zu den atomaren Systemen.

Die dreidimensionale Betrachtung muß um weitere Dimensionen erweitert werden, da allein beim Zerstörungspotential neben die quantitative noch eine qualitative Wertung treten müßte.

## 2.4. Die mehrdimensionale Eskalation



Bei eindimensionaler Betrachtung reichte es zu einer Verstärkung der jeweils eigenen Position aus, immer stärkere Waffen anzuschaffen.

Durch die Androhung, diese Waffen ( Atomwaffen ) einzusetzen, wurde der jeweilige Gegner abgeschreckt.

Dies funktioniert aber nur dann, wenn der Gegner den Einsatz der Atomwaffen als wahrscheinlich erachtet. Die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes nimmt in dem Maße ab, in dem der Ersteinsetzer befürchten muß, daß er durch die Reaktion des Gegners einen unschätzbaren Schaden erleiden wird.

Die Waffen der atomaren Ebene neutralisieren sich gegenseitig; das Ziel der Abschreckung ist erreicht - **aber:**

besteht nun unterhalb der atomaren Ebene eine Lücke im Gewaltpotential des Bedrohten, so kann der Aggressor in diese Lücke stoßen, d.h. er kann risikolos einen Kampf auf dieser Ebene führen.

Dies hat zwei Gründe:

Erstens ist er hier überlegen, und zweitens fügt er trotz seiner Überlegenheit dem Bedrohten einen bedeutend geringeren Schaden zu, als wenn der Bedrohte als Antwort auf die Aggression in die atomare Ebene eskaliert. Dies gilt aber nur, solange eine atomare Auseinandersetzung in ihrer Entwicklung **unkontrollierbar** und in ihren Folgen unberechenbar bleibt.

In einer solchen Situation ist es verständlich, wenn die auf konventioneller Ebene besser ausgerüstete Macht auf den Ersteinsatz der Atomwaffen verzichtet; würde der Gegner dieser Absichtserklärung folgen, so wäre er hoffnungslos unterlegen bzw. müßte die konventionelle Lücke durch Aufrüstungsmaßnahmen schnellstens schließen.

Andererseits muß der konventionell Unterlegene glaubhaft zu machen versuchen, daß er eine atomare Auseinandersetzung ohne größere eigene Verluste siegreich überstehen kann.

Eine weitere Problematik ergibt sich dann, wenn sich die partielle Unterlegenheit auf verschiedene, voneinander unabhängige geographische Gebiete (z.B. auf Westeuropa) beschränkt. Hier gibt es mehrere Möglichkeiten:

**Entweder** die Eskalationsandrohung des Gesamtblockes ist so glaubhaft, daß der Aggressor aus Angst seinen partiellen Vorteil nicht ausnützt,

**oder** der Aggressor ist gar kein Aggressor, sondern baut sich nur aus Abschreckungsgründen ein umfassendes Gewaltpotential auf.

Folgt man nun nicht der These des verkannten oder mißverstandenen Aggressors, so ergibt sich konkret eine weitere Problematik daraus, daß die Führungsnation des partiell unterlegenen Blockes von dieser Unterlegenheit nicht direkt betroffen ist. Hier muß die Frage auftauchen, ob diese Nation wirklich das Risiko eines totalen Krieges auf sich nehmen wird. Allein schon die Existenz dieser Frage läßt die atomare Gesamtabschreckung nicht mehr glaubhaft erscheinen und vergrößert damit das Risiko eines konventionellen Angriffs.

Zwingende Folge muß sein, daß das geographische Teilgebiet entsprechend der Rüstung des Aggressors aufrüstet und damit ein eigenes, unabhängiges vollständiges Abschreckungspotential zur Verfügung hat oder aber daß das Teilgebiet fester mit der Führungsnation verknüpft wird, wie dies z.B. durch die Stationierung von Truppen und Waffen, die im Kriegsfall einen Eskalationsmechanismus auslösen, der Fall ist.

#### **Erkenntnis:**

Das scheinbare Gleichgewicht des Schreckens ist von sehr vielen Risiken begleitet, die zur Verunsicherung der Gesamtsituation beitragen. Um diese Sicherheitsrisiken einigermaßen zu begrenzen, bedarf es des Informationsaustausches zwischen den Führungseliten der gegnerischen Blöcke.

1. Durch die gezielte und offene Kommunikation innerhalb des einen Blockes erfährt der andere Block, daß er einen Krieg nicht als Sieger überleben wird.
2. Durch die direkte Kommunikation zwischen den Blöcken müssen Begrenzungen der Eskalation vereinbart werden.

Hierbei ist jener Block im Vorteil, der zentral gelenkt wird und keine offene Diskussion über diese Fragen zuläßt. Bei einer konsequenten Verfolgung des Grundsatzes vom Gleichgewicht des Schreckens müßte der in diesem Kommunikationsbereich unterlegene Block eine ebenso zentrale Informations- und Führungshierarchie aufbauen.

Tut er dies nicht, so entstehen Nachteile, die nur durch waffentechnologischen Fortschritt ausgeglichen werden können. Dies aber führt wieder zu Eskalationen, wobei die Dimension des Zerstörungspotentials erweitert wird um jene von Treffsicherheit und Verwundbarkeit der Waffen.

Verlangt eine eindimensionale Eskalation schon Vollständigkeit der Waffenarsenale und führt deren Fehlen schon zu immensen Risiken, so ist die Problematik bei mehrdimensionaler Eskalation um ein Vielfaches größer, d.h. es steigt die Gefahr, einen Punkt im Gewebe des Gewaltpotentials nicht besetzt zu haben und damit hier unterlegen zu sein.

Diese Gefahr wird dadurch noch verstärkt, daß ein direkter Vergleich der Waffen immer schwieriger wird und daß atomare Waffen durch hohe Treffsicherheit und geringe Verwundbarkeit nur noch ein relativ geringes Zerstörungspotential benötigen und damit in ihrer Wirkung scheinbar berechenbar werden, wodurch ein Atomkrieg letztlich kontrollierbar erscheint.

Die durch die atomare Waffentechnik verursachte Erkenntnis, daß Krieg kein Mittel der Politik sein kann, wird durch bewußte Beschränkung im Zerstörungspotential wieder ungültig.

## 2.5. Kooperation mit dem Gegner Beispiele

### **I. Regionale Abrüstungsvereinbarungen**

#### **1.1. Antarktis-Vertrag ( 1. Dez. 1959 )**

Er verbietet militärische Aktionen jeder Art, Kernwaffenexplosionen und die Lagerung atomaren Abfalls.

Die Antarktis soll ein Gebiet friedlicher Nutzung werden.

#### **Beurteilung**

##### **positiv**

Die Gegner zeigen sich kooperationsfähig.

##### **negativ**

Ein strategisch uninteressantes Gebiet wird bewußt ausgeklammert; würde es nicht aus den Rüstungsüberlegungen ausgeklammert werden, so entstünden wegen seiner großen Entfernung zu den Führungsnationen der gegnerischen Blöcke äußerst hohe Kosten. Werden diese Kosten hier eingespart, so können sie für **effizientere** Rüstungsmaßnahmen eingesetzt werden.

#### **1.2. Vertrag von Tlatelolco ( 14. Februar 1967 )**

Er verbietet jede Art von Erprobung, Verwendung, Erzeugung oder Erwerb, Lagerung, Einbau, Aufstellung und jede andere Form des Besitzes von Kernwaffen jeder Art für die lateinamerikanischen Staaten.

#### **Beurteilung**

##### **positiv**

Ein ganzer Erdteil soll atomwaffenfrei bleiben.

##### **negativ**

- Die beiden größten Länder dieses Kontinents, Brasilien und Argentinien, haben den Vertrag nicht unterschrieben.
- Beide Länder verfügen über Atomreaktoren, die Grundlage sein können für Vorbereitung und Bau atomarer Waffen.

## 2. Sektorale Abrüstungsvereinbarungen

### 2.1. B-Waffen-Vertrag ( 10. April 1972 )

Er verbietet Entwicklung, Herstellung, Erwerb und Lagerung biologischer Waffen.

#### Umweltkriegsverbots-Abkommen ( 18. Mai 1977 )

Es verbietet die militärische Nutzung umweltverändernder Techniken als Mittel der Zerstörung, Schädigung oder Benachteiligung der anderen Vertragsstaaten.

#### Beurteilung

##### positiv

Der Einsatz völlig unkontrollierbarer und schleichend wirkender Waffen wird unterbunden.

##### negativ

- Führt schon nicht die Angst vor den unvorhersehbaren Folgen eines Atomkrieges zu der Erkenntnis, daß Krieg kein Mittel der Politik ist, so könnte dies vielleicht durch die grauenvolle Vision eines biologischen Krieges erreicht werden.
- Die B-Waffe ist sowohl im Angriff als auch in der Verteidigung schwierig zu handhaben, da sie zwar langsam, aber dennoch großflächig und schwer berechenbar wirkt und somit keine Alternative bildet zu den großflächig und unkontrolliert wirkenden Atomwaffen älterer Generation. Heute wird die treffsichere Waffe gesucht, die gezielt eingesetzt werden kann.

### 2.2. Waffen-Konvention ( 11. Okt. 1980 )

Sie verbietet bzw. beschränkt den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen hervorrufen oder unterschiedslos wirken.

#### Beurteilung

##### positiv

- Überflüssige Verletzungen und unnötige Leiden der kämpfenden Truppe sollen reduziert werden, z.B. durch Verbot bzw. Einschränkung von Dum-dum-Geschossen, von Plastikwaffen (deren Splitter durch Röntgenuntersuchungen nicht festgestellt werden können) und von Brandwaffen, sofern sie gegen ungeschützte Personen eingesetzt werden.
- Waffen mit unterschiedsloser und flächendeckender Wirkung (Brandbomben, Minen) sollen nur so eingesetzt werden, daß die Zivilbevölkerung weder während der Kampfhandlungen noch danach (durch Spätzündung) Schaden nehmen kann.

##### negativ

Die Formulierungen dieser Konvention sind so vage und so lückenhaft, daß der Einsatz der neu entwickelten Waffen der jeweiligen Waffengattung jederzeit möglich ist, ohne den Vertrag offiziell brechen zu müssen.

## 3. Vereinbarungen über das Krisenmanagement

### 3.1. Heißer Draht

Rußland - USA ( 20. Juni 1963 )

Rußland - Frankreich ( 9. Nov. 1966 )

Rußland - England ( 25. Aug. 1967 )

### 3.2. Abkommen über Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr des unbeabsichtigten Ausbruchs eines Nuklearkrieges

Rußland - USA ( 30. Sept. 1971 )

Rußland - Frankreich ( 16. Juli 1976 )

### 3.3. Abkommen zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges

Rußland - USA ( 22. Juni 1973 )

#### Beurteilung

##### positiv

Wird in einer ersten Stufe nur eine rein technische Nachrichtenverbindung bereitgestellt, damit eine evtl. nötige und gewünschte Kommunikation nicht an der technischen Voraussetzung scheitert, werden in der zweiten Stufe bereits Kommunikationsregeln festgelegt.

1. Erscheint ein Partner durch einen ungewollten Vorfall (z.B. Raketenfehlstart) als Aggressor, so muß er den ungewollt Bedrohten sofort benachrichtigen, damit dieser entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten kann.
2. Entdeckt ein Partner ihm offensichtlich gefährlich werdende unbekannte Flugobjekte, so muß er den vermeintlichen Aggressor sofort darüber informieren, damit dieser die Chance hat, unverzüglich nachzuweisen, daß er kein Aggressor ist.

In einer dritten Stufe versprechen sich die Partner gegenseitiges Wohlverhalten, d.h. es soll alles unternommen werden, um den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu verhindern.

##### negativ

Versagen mehrfach gesicherte Sicherheitsvorkehrungen und führt dies z.B. zu einem Raketenfehlstart, so ist auch nicht sicher, daß die technische Nachrichtenverbindung nicht versagt.

Sicherheit wird vorgegaukelt.

Bleibt die technische Nachrichtenverbindung aufrechterhalten und handelt ein Vertragspartner wirklich aggressiv, so kann er versuchen, seinen Partner durch bewußte Falschinformation zu täuschen. Für den Getäuschten erweist sich die Nachrichtenverbindung nicht als sicherheits-, sondern als risikosteigernd.

Wird schließlich Wohlverhalten versprochen, so ist dies ein fast wertloses Abkommen, da gegenseitige direkte Kontrollmaßnahmen nicht zugelassen wurden.

Die Vielzahl der Vereinbarungen führt zu keiner zusätzlichen Sicherheit - diese wird letztendlich nur bestimmt durch die gegenseitige Furcht vor dem Einsatz des nuklearen Waffenpotentials. Hinzu kommt, daß die Vorwarnzeiten immer kürzer werden, da die Waffen immer näher an der Grenzlinie zwischen den gegnerischen Blöcken stationiert werden.



#### 4. Vertrauensbildende Maßnahmen

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
KSZE ( 1. Aug. 1975 )

- Die Teilnehmerstaaten achten gegenseitig ihre Souveränität und verzichten auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt. Streitfälle sollen friedlich geregelt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker geachtet werden.
- Zur besseren Verständigung zwischen den Machtblöcken soll die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, aber auch im persönlichen, kulturellen und sportlichen Bereich vertieft werden.

##### Beurteilung

###### **positiv**

Es ist ein Gremium geschaffen, das in bestimmten Zeitabständen zusammentritt. Dies scheint gut zu sein, da zumindest die Hoffnung genährt werden kann, daß in der Zeit, während der miteinander gesprochen wird, nicht aufeinander geschossen wird.

###### **negativ**

Die Vereinbarungen sind völkerrechtlich nicht verbindlich, und wirksame Kontrollen sind nicht vorgesehen.

In den vereinbarten Folgekonferenzen zur KSZE wird nicht der gemeinsame Versuch unternommen, die Einhaltung der Vereinbarungen sicherzustellen, sondern die Blöcke versuchen sich nur gegenseitig vorzuwerfen und auch nachzuweisen, daß der jeweils andere sich nicht den Vereinbarungen entsprechend verhalten hat.

Die Konferenz verwandelt sich von einem Instrument der Zusammenarbeit zu einem solchen der informatorischen Kriegsführung - ein Zustand, der die Gesamtsituation gewiß nicht stabilisiert.

#### 5. Nukleare Begrenzungsvereinbarungen

##### 5.1. Teststoppvertrag ( 5. Aug. 1963 )

Er untersagt Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser.

##### Beurteilung

###### **positiv**

Der radioaktive Niederschlag auf die Erdoberfläche und die davon ausgehenden negativen Einflüsse werden auf jeden Fall reduziert.

###### **negativ**

Die Beitrittsmächte sind diesem Abkommen regelmäßig erst dann beigetreten, sobald sie die Technik der unterirdischen Atomversuche beherrschten. So ist die Zahl der Atomexplosionen seit diesem Abkommen eher gestiegen als gesunken.

##### 5.2. Weltraumvertrag ( 27. Januar 1967 )

Er untersagt die Stationierung von Kernwaffen auf Himmelskörpern.

##### Beurteilung

###### **positiv**

Der Rüstungswettlauf wird nicht in den Bereich der Weltraumfahrt vorangetrieben, wodurch den wettrüstenden Völkern hohe Kosten erspart werden. Gleichzeitig konnten Risiken vermieden werden, die bei dem damaligen Stand der Technik durchaus bestanden hätten, wenn auf Satelliten Atomwaffen stationiert worden wären.

###### **negativ**

Indem die Gegner sich die Aussparung dieses Bereichs gegenseitig zusagten, konnten sie ihre Kräfte verstärkt und gezielt auf andere Waffentechnologien konzentrieren. Daß der Verzicht auf Weltraumwaffen keine grundsätzliche Entscheidung war, erkennt man an den derzeitigen Anstrengungen der Großmächte auf diesem Gebiet. Hierbei ist es von Bedeutung, daß die Satelliten, auch ohne Abschlußrampe zu sein, bereits großen militärischen Nutzen haben, indem sie z.B. der zielgenauen Steuerung der Raketen dienen.

##### 5.3. Meeresbodenvertrag ( 11. Februar 1971 )

Außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone dürfen keine Massenvernichtungswaffen stationiert werden.

##### Beurteilung

###### **positiv**

Die Weltmeere werden waffenfrei gehalten.

###### **negativ**

Die vereinbarte Aussparung dieses Bereichs erlaubt die Konzentration auf andere Waffengattungen. Daß dies keine übertrieben pessimistische Deutung ist, zeigt sich schon allein an den laufend steigenden Rüstungsausgaben.

#### 5.4. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ( 1. Juli 1968 )

Er gebietet den Kernwaffenstaaten, keine Kernwaffen weiterzugeben und auch keinen Staat darin zu unterstützen, solche Waffen herzustellen. Weiter verbietet er den Nichtkernwaffenstaaten die Herstellung oder die Annahme von Kernwaffen.

##### Beurteilung

###### **positiv**

Ein Interaktionssystem ist um so einfacher durchschaubar und um so einfacher kontrollierbar, aus je weniger Elementen es besteht.

Aus diesem Grund ist es sicher risikomindernd, wenn das System aus möglichst wenig Mitgliedern besteht, da diese sich dann eher aufeinander einstellen können. Es wäre sicher falsch, anzunehmen, daß den Nichtkernwaffenmächten ein geringeres Maß an Rationalität bei der Entscheidung über den Einsatz von Kernwaffen zugebilligt wird als den Kernwaffenmächten. Es ist ganz einfach so, daß bei weiterer Verbreitung der Kernwaffen das System noch weniger gut unter Kontrolle gehalten werden könnte und viel eher aus Zufälligkeiten heraus ein weltweit eskalierender Atomkrieg entstehen könnte.

###### **negativ**

- Die Entwicklung der Waffentechnologie mit ihrer totalen Konsequenz einer völligen Vernichtung der Menschheit zwingt den Menschen eigentlich zu der Erkenntnis, daß Krieg kein Mittel der Politik sein kann. Aber die soziale Entwicklung bleibt hinter der technischen Entwicklung zurück und die Menschheit sucht offensichtlich nach Auswegen, um ihre alten Denkschemata, ihre festgefahrenen Verhaltensformen beibehalten zu können. Hierzu hat sie sich bewußt Beschränkungen unterworfen und behält somit in weiten Bereichen die Möglichkeit, Krieg als ein Mittel der Politik zu betrachten. Dies gilt sowohl für Auseinandersetzungen zwischen blockungebundenen Staaten als auch für Konflikte zwischen jeweils gegnerischen Blöcken verpflichteten Staaten, aber auch für Differenzen zwischen Staaten des gleichen Blockes. In allen Fällen steht ein reichlich gefülltes Arsenal konventioneller Waffen zur Verfügung.
- Neben dieser allgemeinen Kritik muß angeführt werden, daß der Vertrag lückenhaft ist, da die Lieferung kerntechnischer Anlagen an Nichtunterzeichnerländer des Kernwaffensperrvertrages durchaus möglich ist. Wird aber die allgemeine Atomtechnologie weiterverbreitet und fortentwickelt, so ist eine Kontrolle über deren rein friedliche Nutzung, zumal bei Nichtunterzeichnerländern, nur schwer möglich.

###### **Fazit:**

Auch hier wird eine Sicherheit vorgegaukelt, die eigentlich nicht mehr besteht.

#### 5.5. Vertrag zwischen USA und UdSSR über die Begrenzung strategischer Angriffswaffen und über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen - SALT I - ( 26. Mai 1972 )

In einer zeitlich unbegrenzten Vereinbarung verpflichten sich die Partner, maximal zwei begrenzte Regionen ihres Landes ( Hauptstadt und eine Angriffsraketenstellung ) mit Abwehrraketen zu sichern.

1976 wurde die Vereinbarung erweitert und nur noch ein Gebiet als Aufstellungsraum für Abwehrraketen zugelassen.

In einer auf fünf Jahre begrenzten Vereinbarung wurden für beide Staaten Höchstgrenzen festgelegt für landgestützte und U-Boot-gestützte Abschlußrampen von Interkontinentalraketen. Zudem gestehen sich die Partner die gegenseitige Überwachung durch Spionage-Satelliten zu.

##### Beurteilung

###### **positiv**

Ein totales Verbauen der Landschaft mit Abwehrraketen unterbleibt. Wäre dies nicht der Fall und würde der Gegner die Abwehrmaßnahmen durch neue Waffensysteme überwinden können, so müßte sich die Bevölkerung durch verstärkte Zivilschutzmaßnahmen ( z.B. Bunkerbau ) schützen. Der Kreislauf menschlicher Behausung wäre geschlossen: von der Höhle bis zum Bunker.

Durch die Begrenzung der Raketenstellungen wird zwar kein Abrüstungseffekt erzielt, es wird aber sichergestellt, daß die Rüstungsanstrengungen bei beiden Mächten in die gleiche Richtung gelenkt werden, wodurch letztlich eine Vergleichbarkeit der Waffensysteme möglich wird, was Voraussetzung für eine einigermaßen gleichmäßige Eskalation auf beiden Seiten ist. Diese Abgestimmtheit der beiderseitigen Entwicklungen wird auch noch dadurch gefördert, daß die gegenseitige Satellitenüberwachung zugestanden wird. Man ist über das Maß der Unsicherheit sicherer informiert, was ganz bestimmt ein gradueller Vorteil sein kann.

## negativ

1. Ein wichtiger Bereich wurde bei den Vereinbarungen nicht berücksichtigt: die auf Langstreckenbomben stationierten Trägersysteme; damit ist das Abkommen lückenhaft.
2. Die Vereinbarung betreffs der Abwehrraketen ist aus mehreren Gründen negativ zu beurteilen.
  - a. Wären Abwehrraketen errichtet worden, so hätte dies zu einer enormen Geldmenge verschlungen und damit große Einsparungen bei der Bevölkerung bedurft; zum anderen hätte dies der Bevölkerung laufend die bestehende Bedrohung vor Augen geführt. Dies hätte die positive Folge haben können, daß das Bewußtsein des betroffenen Volkes für strategische Überlegungen geschärft worden wäre und so evtl. ein Umdenkungsprozeß eingeleitet worden wäre; es hätte aber auch die negative Folge haben können, daß es zu überstürzten Strategiediskussionen gekommen wäre und hieraus Unorientiertheit, Ungewißheit und voreilige Reaktionen entstanden wären, was schließlich zu größerer Unsicherheit geführt hätte.
  - b. Werden Abwehrraketen eingesetzt, so ist anzunehmen, daß sie näher beim eigenen Land als bei dem des Gegners explodieren. Folglich ergeben sich selbst bei erfolgreicher Abwehr aufgrund des radioaktiven Niederschlags große Nachteile für die eigene Bevölkerung.  
Ein weiterer Nachteil ergibt sich dann, wenn die Abwehrrakete erst über dem eigenen Territorium die Angriffsrakete zerstören kann, da dies zu einem **Hochenergieblitz** führen wird. Der wirkt sich jedoch verheerend auf die Bausteine der Mikroelektronik aus und würde so sämtliche elektronisch gesteuerten Nachrichten- und Waffensysteme teilweise oder völlig zum Erliegen bringen.  
Abwehrraketen wären also aus wirtschaftlichen und technischen Gründen auch ohne Vereinbarung nicht gebaut worden.
3. Die Festlegung von Höchstgrenzen für Interkontinentalraketen blieb selbst dann ohne Wirkung, wenn berücksichtigt wird, daß der Umbau alter Abschussrampen zu solchen, die für die neuen Raketen geeignet sind, verboten wurde. Es war noch genügend Spielraum in den vereinbarten Zahlen, um eine ausreichende Menge neuer Abschussrampen zu installieren. Außerdem verlagerten sich die Rüstungsanstrengungen von der Quantität zur Qualität. Es wurden seit der Vertragsunterzeichnung Raketen mit Mehrfachsprengköpfen und mit größerer Zielgenauigkeit installiert.  
So zeigt sich **SALT I** insgesamt als Mißerfolg:  
es wird nur das beschränkt, was sowieso nicht gemacht wird; und wenn etwas beschränkt wird, dann bleiben ausreichende Ausweichmöglichkeiten offen, um weiterhin mit der Eskalation fortfahren zu können.

## 5.6. Vertrag zwischen USA und UdSSR über die längerfristige Begrenzung strategischer Angriffswaffen - SALT II - ( 18. Juni 1979 )

Das Abkommen besteht aus drei Komponenten:

1. In einem Vertrag, der bis Ende 1985 ausläuft, werden Höchstgrenzen festgelegt für die Abschussvorrichtungen von Interkontinentalraketen.  
So sind maximal 820 landgestützte Abschussrampen für Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen vorgesehen. Hinzu können 380 U-Boote mit Abschussvorrichtungen für Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen kommen. Die Zahl der U-Boote kann in dem Maße erhöht werden, in dem die landgestützten Abschussrampen unter der Höchstgrenze von 820 bleiben. Wichtig ist, daß die Gesamtzahl beider Systeme die Zahl von 1200 ( 820 + 380 ) nicht übersteigen darf. Darüber hinaus können noch mindestens 120 mit Cruise Missiles ausgerüstete Fernbomber eingesetzt werden. Ihre Zahl kann um den Wert erhöht werden, um den die vorgenannten Waffensysteme unter der Höchstgrenze von 1200 bleiben, so daß sich insgesamt eine Höchstgrenze dieser - gegenüber SALT I neuen - Waffensysteme von 1320 ergibt.  
Über diese Zahl hinaus können die älteren Systeme, also die mit Einfachsprengköpfen ausgestatteten Interkontinentalraketen, die von Land, U-Boot oder Fernbomber aus gestartet werden, bis zu einer Gesamtzahl von 2250 Trägersystemen beibehalten werden. D.h. bei völliger Nutzung der Höchstgrenze für die neuen Systeme von 1320 können noch 930 alte Systeme erhalten bleiben.  
Neben dieser Mengenbegrenzung werden für die Mehrfachsprengköpfe auch noch Höchstzahlen vorgegeben. So sind bei landgestützten Raketen höchstens 10, bei U-Boot-gestützten Raketen höchstens 14 Sprengköpfe erlaubt; Langstreckenbomber dürfen höchstens 28 Marschflugkörper mit sich führen.
2. In einem Protokoll zu diesem Vertrag, das 1981 auslief, wurde die Stationierung beweglicher Abschussvorrichtungen für Interkontinentalraketen verboten. Weiter waren Flugerprobungen von solchen Abschussrampen aus und die Errichtung von land- bzw. von seegestützten Abschussrampen für Cruise Missiles untersagt. Dieses Verbot erstreckte sich jedoch nicht auf die Erprobung solcher Systeme und natürlich nicht auf die ausdrücklich erlaubten, auf Fernbomben stationierten Cruise Missiles.
3. In einer zusätzlichen Erklärung zu dem SALT-II-Vertrag werden Grundsätze und Leitlinien für die folgenden SALT-Verhandlungen vorgegeben.

## Beurteilung

### **positiv**

Gegenüber SALT I hebt sich SALT II dadurch positiv ab, daß alle zu Vertragsbeginn bestehenden Systeme in die Begrenzung mit eingeschlossen wurden; dies bezieht sich konkret auf die Fernbomber. Weiter wurden nicht nur mengenmäßige Grenzen gesetzt, sondern durch die Vorgabe der Höchstzahlen der Sprengköpfe pro Rakete auch qualitative Grenzen gezogen.

Positiv ist auch zu werten, daß beide Seiten sich verpflichtet haben, die gegenseitige Überwachung durch Spionage-Satelliten nicht zu stören. Damit wissen beide Seiten genauer als je zuvor, womit auf der Gegenseite zu rechnen ist. Das vielleicht Positivste ist jedoch die Erklärung über die Grundsätze und Leitlinien zukünftiger SALT-Verhandlungen; zeigt dies doch, daß die Partner an eine Zukunft glauben und offensichtlich nicht beabsichtigen, den Vertragspartner zu vernichten.

Dies hindert sie jedoch nicht daran, in den Verträgen zu versuchen, den Gegner zu benachteiligen, was in dieser Situation gegenseitigen Mißtrauens durchaus verständlich ist.

### **negativ**

Die Festlegung von Höchstgrenzen forderte bei den Altsystemen zwar eine geringfügige Reduzierung, erlaubte bei den Neuentwicklungen jedoch ein weiteres mengenmäßiges Aufrüsten. Zudem gilt die Vereinbarung nur für Interkontinentalraketen, weswegen Systeme mit geringerer Reichweite in den Vertrag nicht einbezogen sind. Werden aber Mittelstreckenraketen unbeschränkt weitergebaut, so entsteht eine weitere Unsicherheit dadurch, daß sie durch Anbau weiterer Stufen zu Langstreckenraketen umgebaut werden können. Die gesonderte Lagerung derartiger zusätzlicher Raketenstufen ist nicht verboten.

Außer der Anzahl der Köpfe bei Raketen mit Mehrfachsprengköpfen werden keine weiteren qualitativen Merkmale berücksichtigt. Somit werden qualitative Fortentwicklungen der Waffen, wie z.B. die Bemühungen um eine größere Zielgenauigkeit und um eine geringere Verwundbarkeit, weiterhin ermöglicht. Zu dieser geringeren Verwundbarkeit gehört es auch, die Abschußrampen besser vor den feindlichen Mehrfachsprengköpfen zu sichern, was schließlich zu der ersten MX-Konzeption führen mußte.

Durch den geheimen Transport einer Rakete in einem verbundenen Rampensystem kann der Feind die tatsächlich benutzte Rampe nicht feststellen und zielt damit trotz Mehrfachsprengkopf ins Ungewisse.

Diese Technik beweglicher Abschußrampen war eine vorhersehbare Entwicklung und wurde daher aus dem Gesamtvertrag ausgeklammert und in einem gesonderten Protokoll nur bis 1981 verboten. Ab diesem Zeitpunkt war auch ein verstärkter Einsatz der Cruise Missiles erlaubt.

Nach einer zweiten MX-Konzeption werden die Raketenabschlußrampen auf einem engen Raum gebündelt. Dadurch wird der Feind gezwungen, gleichzeitig mit einer großen Staffel von Raketen anzugreifen. Durch die Explosion der ersten Angriffsrakete würden die folgenden jedoch abgelenkt oder sogar zerstört und gut 50 % der abschußbereiten Raketen würden nicht zerstört werden und könnten zu einem vernichtenden Vergeltungsschlag starten.

SALT II, das trotz Nichtanerkennung durch die USA auch von diesen eingehalten wurde, mußte insgesamt zu der Entwicklung besserer Waffen führen.

Damit diene es nicht der Begrenzung des Wettrüstens, sondern öffnete die Tür zu neuen Dimensionen und legte den Grundstein für neue Unsicherheiten.

## **5.7. Weitere Vertragsbemühungen**

Seit 1973 wird über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung in Mitteleuropa ( **MBFR** ) verhandelt.

( MBFR = Mutual Balanced Forces Reduktion )

Wollte der Osten zunächst eine prozentuale Reduzierung in allen Bereichen und gleichzeitig den Abzug der Amerikaner aus Europa erreichen, so verlangte der Westen die Reduzierung der konventionellen Waffensysteme auf bestimmte Höchstgrenzen. Jeder versuchte also Vorteile für sich selbst zu erzielen. Inzwischen ist eine Einigung bezüglich der reinen Truppenreduzierung erreicht, dennoch kommt es nicht zu einem Vertragsabschluß, da sich die Verhandlungspartner nicht über die tatsächlich bestehenden Truppenstärken einigen können.

Neben diesen Bemühungen im konventionellen Bereich werden seit November 1981 auch Gespräche über die Begrenzung der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ( **INF** ) geführt.

( INF = Intermediate Nuclear Forces Negotiations )

Die Ausgangspositionen der Verhandlungspartner USA und UdSSR sind jedoch so entgegengesetzt, daß es schwerlich zu einer sinnvollen vertraglichen Einigung kommen wird.

So möchte Rußland alle auf europäische Ziele gerichteten Mittelstreckenraketen in die Verhandlungen einbeziehen, während die USA nur die landgestützten Raketen berücksichtigen möchte. Diese Verhandlungspositionen sind verständlich, wenn man bedenkt, daß der Osten sich von bomber- bzw. von U-Boot-gestützten Systemen der USA bedroht fühlt, die USA aber andererseits eine große Gefahr in den mobilen landgestützten SS-20-Mittelstreckenraketen sehen, die sie offensichtlich für weniger verwundbar halten als die eigenen Bomber und U-Boote. Damit wird dokumentiert, wie schwierig es ist, Waffensysteme mit verschiedener qualitativer Ausstattung miteinander zu vergleichen. Für die auf westlicher Seite fehlenden landgestützten Raketen soll sogar noch eine neue Qualitätsstufe - der Marschflugkörper und eine Rakete mit Wiedereintrittssystem - in die Verhandlungen einbezogen werden. Es wird abzuwarten sein, ob es bei diesen Gesprächen zu einer Trendwende kommt oder ob ein Vertrag entsteht, der wieder nur Höchstwerte in einer oder zwei Dimensionen der Gewalt in solcher Höhe festlegt, daß beide Partner begrenzt weiterrüsten können, und zudem ein ungehemmtes Wettrüsten in den nicht festgelegten Qualitätsdimensionen erlaubt.

Sind MBFR und INF auf Europa beschränkt, so werden seit 29. Juni 1982 auch wieder Gespräche geführt, die sich auf die Interkontinentalraketen beziehen und somit als Folgeverhandlungen von SALT I und SALT II zu werten sind.

Im Gegensatz zu der bisherigen Vertragspraxis, Höchstwerte anzugeben, die ein Weiterrüsten erlauben, soll es in diesen START-Gesprächen ( Strategic Arms Reduction Talks ) zu einer echten Reduzierung kommen. Als Problem wird es sich jedoch erweisen, daß der eine Verhandlungspartner bestimmte Relationen zwischen landgestützten Raketen einerseits und luft- und seegestützten Raketen andererseits anstrebt, welche den Relationen der bisherigen Rüstungsanstrengungen des anderen Verhandlungspartners in keiner Weise entsprechen.

Trotzdem erscheint ein Verhandlungsergebnis bezüglich der mengenmäßigen Reduzierung erreichbar, da gleichzeitig

- die Qualität dieser Waffen sowohl im Angriff als auch in der Verteidigung besser wird,
- im Bereich der Mittel- und Kurzstreckenraketen eine Aufrüstungstendenz festzustellen ist,
- bei den konventionellen Waffen durch verbesserte Technologien Ersatzrüstungsinvestitionen nötig sind und
- im Bereich der Weltraumfahrt ohne die Verletzung des entsprechenden Vertrages verstärkte militärische Anstrengungen unternommen werden. Dies bezieht sich auf die bessere Beobachtung des Feindes, auf die Verbesserung der Zielgenauigkeit der eigenen Raketen und auf die Störung der Waffenleitsysteme des Feindes durch die Nutzung der Weltraumtechnologie.

Mit MBFR, INF und START wird auf drei Ebenen gleichzeitig verhandelt, was die Chance, aber auch die Gefahr in sich birgt, daß jede Seite die möglichen Ergebnisse miteinander verquickt.

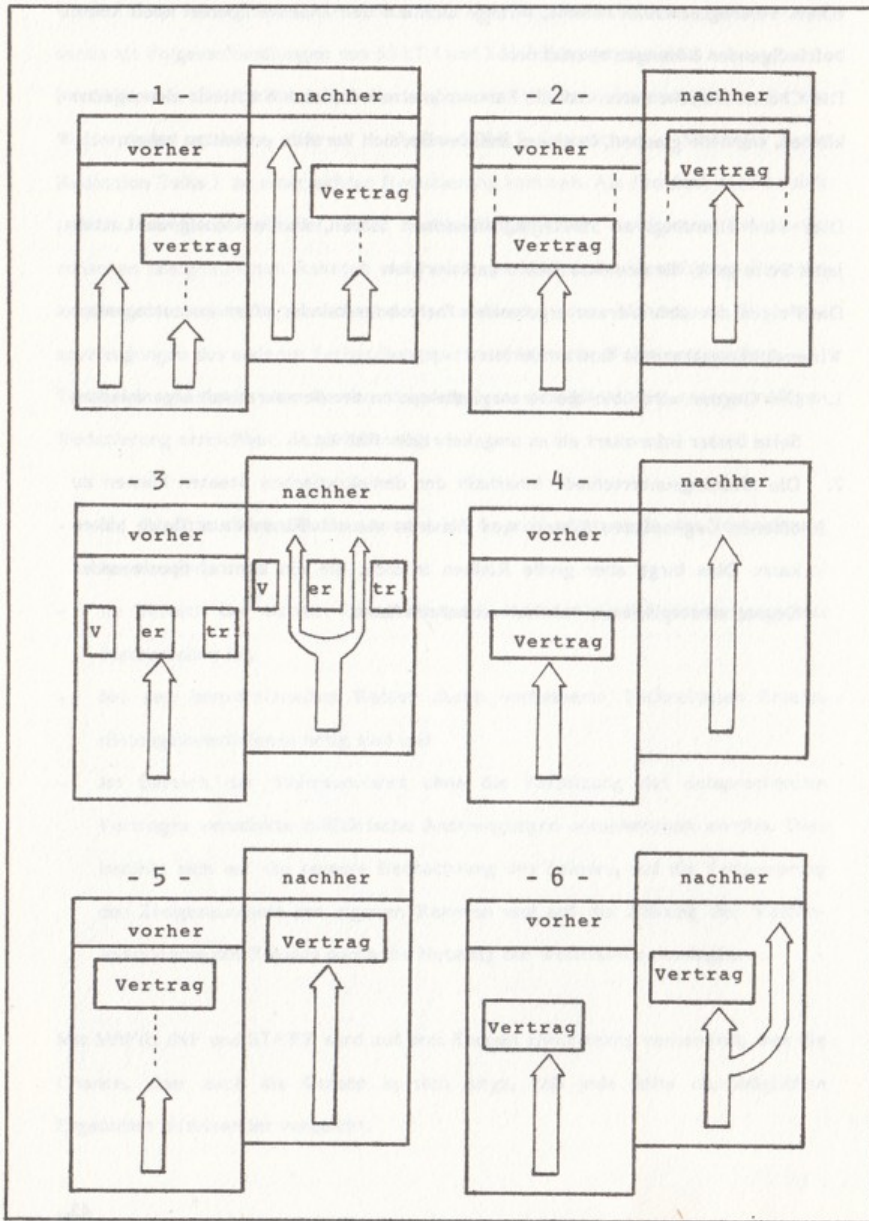
Die Gefahr wird die sein, daß es selbst bei Einigung auf einer Ebene nicht zu einem Vertragsabschluß kommt, solange sich auf den anderen Ebenen noch keine befriedigenden Lösungen abzeichnen.

Die Chance besteht darin, daß die Partner in einem Bereich Nachteile akzeptieren können, wenn sie glauben, in einem anderen Bereich Vorteile erzielt zu haben.

Dies wird allerdings zu Strategiediskussionen führen, was eindeutig zu Lasten jener Seite geht, die demokratisch organisiert ist.

Die Folgen der sich hieraus ergebenden mehr oder minder offen auszutragenden Willensbildungsprozesse sind zweierlei:

1. Der Gegner wird über die Strategiediskussion der demokratisch organisierten Seite besser informiert als es umgekehrt der Fall ist.
2. Die Meinungsunterschiede innerhalb der demokratischen Staaten können zu offenen Gegensätzen führen, was Risse in diesem Bündnis zur Folge haben kann. Dies birgt aber große Risiken in sich, die ein zentral operierender Gegner strategisch und taktisch ausnutzen kann.



Um die Kooperation zwischen den Gegnern beurteilen zu können, sind die Ergebnisse der bisherigen Verträge zu würdigen und das Verhalten bei den laufenden Verhandlungen zu werten.

Die Vertragsergebnisse lassen sich in sechs Gruppen unterteilen.

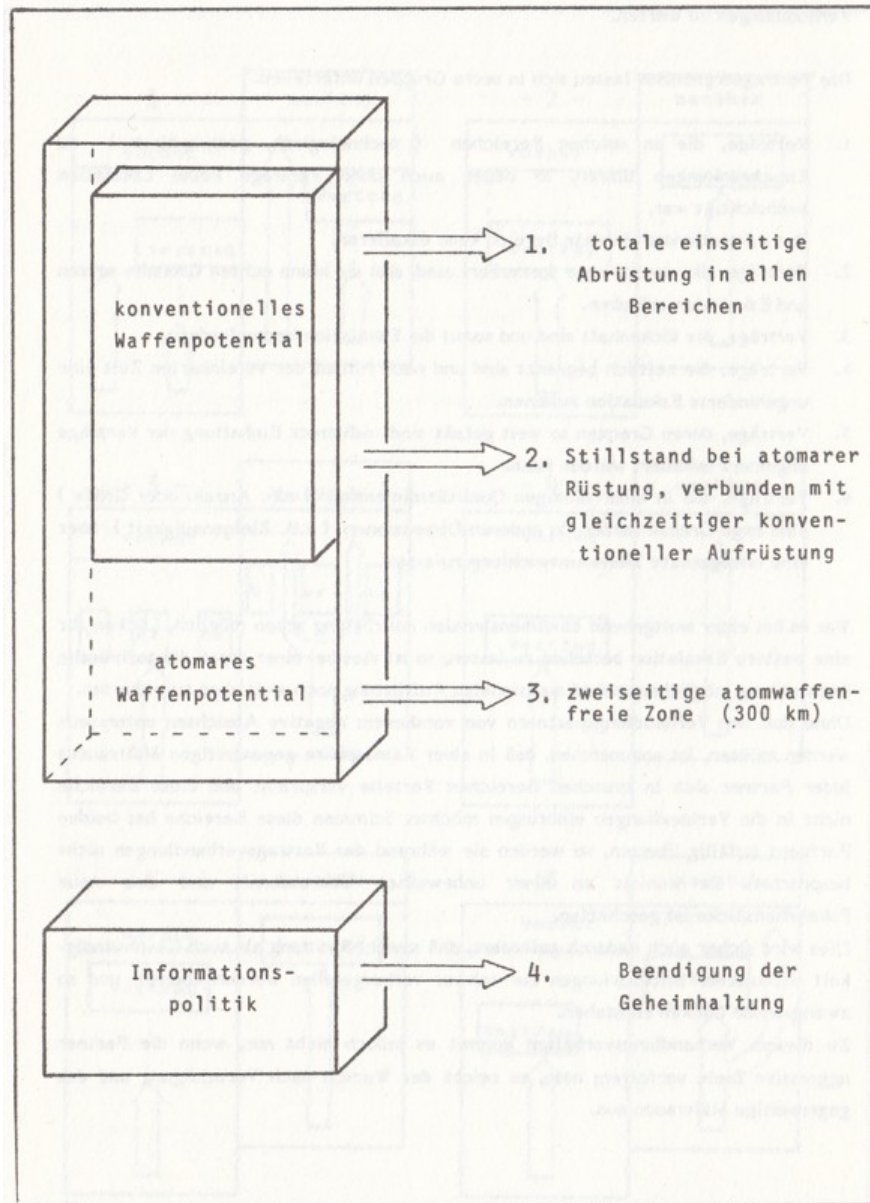
1. Verträge, die in solchen Bereichen ( technologisch, geographisch ) zu Einschränkungen führen, in denen auch ohne Verträge keine Eskalation beabsichtigt war.  
Der eskalationsgefährdete Bereich kann eskalieren.
2. Verträge, die derart vage formuliert sind, daß sie keine echten Grenzen setzen und Eskalation erlauben.
3. Verträge, die lückenhaft sind und somit die Eskalation herausfordern.
4. Verträge, die zeitlich begrenzt sind und nach Ablauf der vereinbarten Zeit eine ungehinderte Eskalation zulassen.
5. Verträge, deren Grenzen so weit gefaßt sind, daß trotz Einhaltung der Verträge ungeniert eskaliert werden kann.
6. Verträge, die in einer einzigen Qualitätsdimension ( z.B. Anzahl oder Größe ) eine enge Grenze setzen, in anderen Dimensionen ( z.B. Zielgenauigkeit ) aber eine unbegrenzte Weiterentwicklung zulassen.

War es bei einer weitgehend eindimensionalen Aufrüstung schon möglich, Lücken für eine weitere Eskalation bestehen zu lassen, so ist dies bei einer durch die technische Entwicklung möglichen mehrdimensionalen Aufrüstung noch weit eher zu erwarten. Ohne daß den Verhandlungspartnern von vornherein negative Absichten unterstellt werden müßten, ist anzunehmen, daß in einer Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens jeder Partner sich in manchen Bereichen Vorteile verspricht und diese Bereiche nicht in die Verhandlungen einbringen möchte. Stimmen diese Bereiche bei beiden Partnern zufällig überein, so werden sie während der Vertragsverhandlungen nicht besprochen. Es kommt zu einer unbewußten Übereinkunft und eine neue Eskalationslücke ist geschaffen.

Dies wird sicher auch dadurch gefördert, daß sowohl Richtung als auch Geschwindigkeit technischer Entwicklungen nur schwer vorhergesehen werden können, und so zwangsweise Lücken entstehen.

Zu diesem Verhandlungsverhalten kommt es jedoch nicht nur, wenn die Partner aggressive Ziele verfolgen; nein, es reicht der Wunsch nach Verteidigung und das gegenseitige Mißtrauen aus.

## 2.7. Friedensinitiativen



## Erster Bereich

In dem **Dusch-Modell** wurde gezeigt, daß die **positive** Reaktion zu einem aufschaukelnden Verhalten führt. Bei der Übertragung dieses Modells auf die Rüstungsproblematik ist es sicher richtig, in den Aufrüstungsmaßnahmen des Gegners eine solche Störung zu sehen, die das eigene Aufrüsten erklärt. Umgekehrt muß aber der Gegner das eigene Aufrüsten auch als derart wirkende Störung empfinden.

Geht man von der Gültigkeit dieses Modells aus, so ist es legitim anzunehmen, daß eine eigene Abrüstung zu einer ebensolchen Reaktion beim Gegner führen wird, d.h. eine **negative** Reaktion führt zu einer Abkehr von dem aufschaukelnden Rüstungsverhalten.

Das Modell geht wohlgernekt davon aus, daß beide Gegner Opfer dieses **positiven** Reaktionsverhaltens sind.

Problematisch ist es, wenn die Befürworter einer einseitigen Abrüstung ihrer eigenen Seite aggressive Ziele unterstellen und nur den Gegner als Opfer betrachten. Dies muß zu Diskussionen und Konfrontationen innerhalb des eigenen Blockes führen, was Unsicherheiten und Brüche zur Folge haben wird. Dies wiederum macht den eigenen Block verwundbar, was das Risiko eines Angriffs durch den Gegner erhöht. Hier stimmt es, daß **das Gerede vom Frieden den Frieden unsicherer macht.**

## Zweiter Bereich

Ein Stillstand der atomaren Aufrüstung scheint sinnvoll, da 5 % des vorhandenen Zerstörungspotentials bereits ausreichen, um die Menschheit zu vernichten. Sind die Atomwaffen jedoch Waffen, die eigentlich nicht eingesetzt werden können, so sind die konventionellen Waffen durchaus einsetzbar. Die Hinwendung zu ihnen ist demnach kein Schritt zu mehr Frieden - außer der Gegner hat bereits ein konventionelles Übergewicht. Damit er diesen Vorteil nicht ausnützen kann bzw. damit auf einen konventionellen Angriff nicht atomar geantwortet werden muß, ist es für den konventionell Unterlegenen eine friedenssichernde Maßnahme, im konventionellen Bereich aufzurüsten.

Hier können jedoch Zeichen gesetzt werden, sofern die konventionellen Rüstungsmaßnahmen überwiegend als Verteidigungssysteme konzipiert werden. Probleme ergeben sich aber dadurch, daß auch ein konventioneller Angriff nicht nur aus unmittelbarer Nähe, sondern auch aus größerer Entfernung vorgetragen werden kann. Der Schutz vor solchen konventionellen Mittelstreckenwaffen verlangt nach entsprechend weit reichenden Verteidigungssystemen, die dann ihrerseits wiederum als Angriffswaffe genützt werden könnten.

Die Hinwendung von atomarer zu konventioneller Aufrüstung ist demnach auch kein sicherer Weg zum Frieden - ganz besonders nicht, wenn man bedenkt, daß die Sprengköpfe konventioneller Waffen problemlos durch nukleare Sprengköpfe ersetzt werden können.

### Dritter Bereich

Zu beiden Seiten der Grenze, an der die beiden Blöcke direkt aneinanderstoßen, soll nach einem Vorschlag der Palme-Kommission eine Zone von jeweils 150 km frei von atomaren Waffen bleiben.

Dies hat sicher den Vorteil, daß das Risiko eines unüberlegten Einsatzes taktischer Atomwaffen, der dann die atomare Eskalation nach sich zöge, reduziert würde.

Dem ist entgegenzuhalten, daß es gerade diese Drohung mit der atomaren Keule ist, die den Feind nach gängiger Abschreckungsstrategie an einem Angriff hindert. Gleichzeitig gilt auch hier, daß die Beschränkung auf die konventionellen Waffen strategisch eine Hinwendung zu einer einsetzbaren Waffe bedeutet und damit eine kriegerische Auseinandersetzung wieder vorstellbar wird. Hierbei ist es gleichgültig, ob man sich an eine niedrigere oder an eine höhere Ebene konventioneller Rüstung angleicht. Ein weiterer Nachteil ist sicher der, daß eine insgesamt nur 300 km breite Zone in einem Krisenfall wieder sehr schnell mit Atomwaffen ausgerüstet werden kann und somit echte Sicherheit nicht geschaffen, sondern nur vorgetäuscht wird. Das Verbot aller Mittelstrecken- und taktischen Kernwaffen für diesen Bereich ( konkret: Europa ) zu fordern, wäre sicher auch unredlich, da dies die Vorteile des Ostblocks im geostrategischen und konventionellen Bereich zementieren würde. Und Vorteile einer Seite können so lange nicht hingenommen werden, solange das Gesamtkonzept der Kommunikation zwischen den beiden Blöcken auf Abschreckung und gegenseitigem Mißtrauen aufgebaut ist.

### Vierter Bereich

Der Vorschlag, die militärische Geheimhaltung zu beenden, basiert auf der Erkenntnis, daß der Gegner durch seine Spionagemassnahmen sowieso alles weiß und der Verbündete im eigenen Block nicht über die Entscheidungen und Maßnahmen der Führungsnation informiert wird. Mit dieser mangelhaften Information lassen sich aber Mißverständnisse und Zerwürfnisse innerhalb eines demokratisch organisierten Blockes erklären, die ihrerseits den Block schwächen und so dem Gegner einen relativen Vorteil verschaffen.

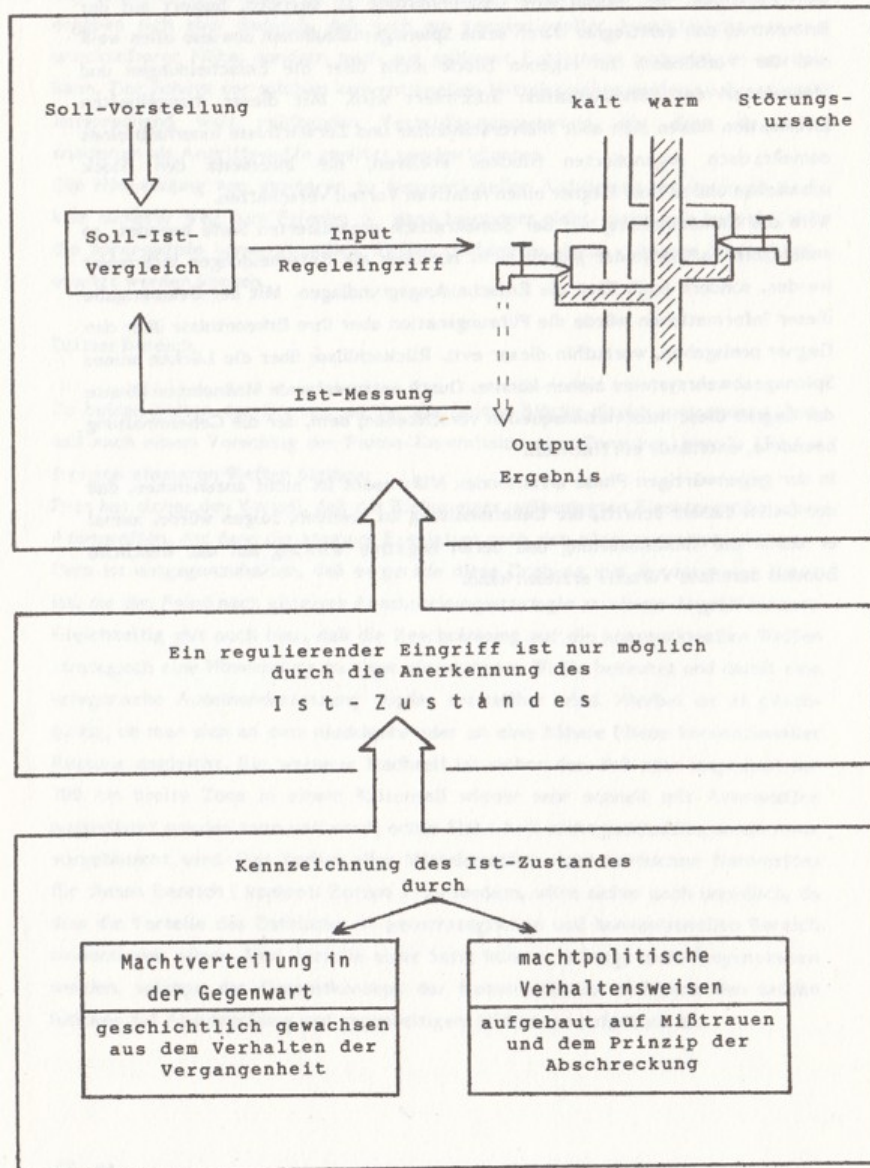
Wird die Geheimhaltung auf der demokratisch organisierten Seite beendet, so wollen die Partnerländer jedoch nicht nur über die Entscheidungen informiert werden, sondern auch über die Entscheidungsgrundlagen. Mit der Bekanntgabe dieser Informationen würde die Führungsnation aber ihre Erkenntnisse über den Gegner preisgeben, woraufhin dieser evtl. Rückschlüsse über die Lücken seines Spionageabwehrsystems ziehen könnte. Durch entsprechende Maßnahmen könnte der Gegner diese Informationsquellen verschließen; dem, der die Geheimhaltung beendetete, entstünde ein Nachteil.

In der gegenwärtigen Phase anhaltenden Mißtrauens ist nicht anzunehmen, daß der Osten diesem Schritt, die Geheimhaltung zu beenden, folgen würde, zumal er durch die Geheimhaltung und deren negative Wirkung auf das westliche Bündnis durchaus Vorteile erzielen kann.



### 3. Die Entscheidung zur Friedenspolitik

#### 3.1. Anerkennung - die Grundlage neuen Verhaltens



vor nach der Kritik an bisherigen Friedensinitiativen eine neue Verhaltensalternative vorgeschlagen wird, soll das Prinzip **Anerkennung** erläutert werden.

Ein Rückgriff auf das Modell zur Einstellung der richtigen Wassertemperatur zeigt, daß ein sinnvoller Regeleingriff nur dann möglich ist, wenn die gewünschte Temperatur (Soll) mit der tatsächlichen Temperatur (Ist) verglichen wird. Nur wenn die tatsächliche Temperatur richtig erfaßt wird, ist eine sinnvolle Korrektur möglich. Es ist also wichtig, daß das, worauf korrigierend Einfluß genommen werden soll, so erkannt wird, wie es ist, daß es aber auch so akzeptiert wird, wie es ist.

Es gibt zwei deutsche Staaten; diese Staaten gehören verschiedenen Blöcken an, und diese Blöcke befinden sich in einer Einbahnstraße eskalierender Aufrüstung.

Aber nicht nur dieser Zustand muß anerkannt werden, sondern ebenso wichtig ist es, das die Eskalation fördernde Verhalten **beider** Blöcke zu sehen und dies bei neuen Friedensinitiativen zu berücksichtigen.

So geht es nicht an, nur den tausendfachen Tod durch die Atomwaffen zu sehen und einseitige Abrüstungsmaßnahmen der einen Seite zu fordern, wobei man sich der taktischen und strategischen Argumentation der anderen Seite anschließt.

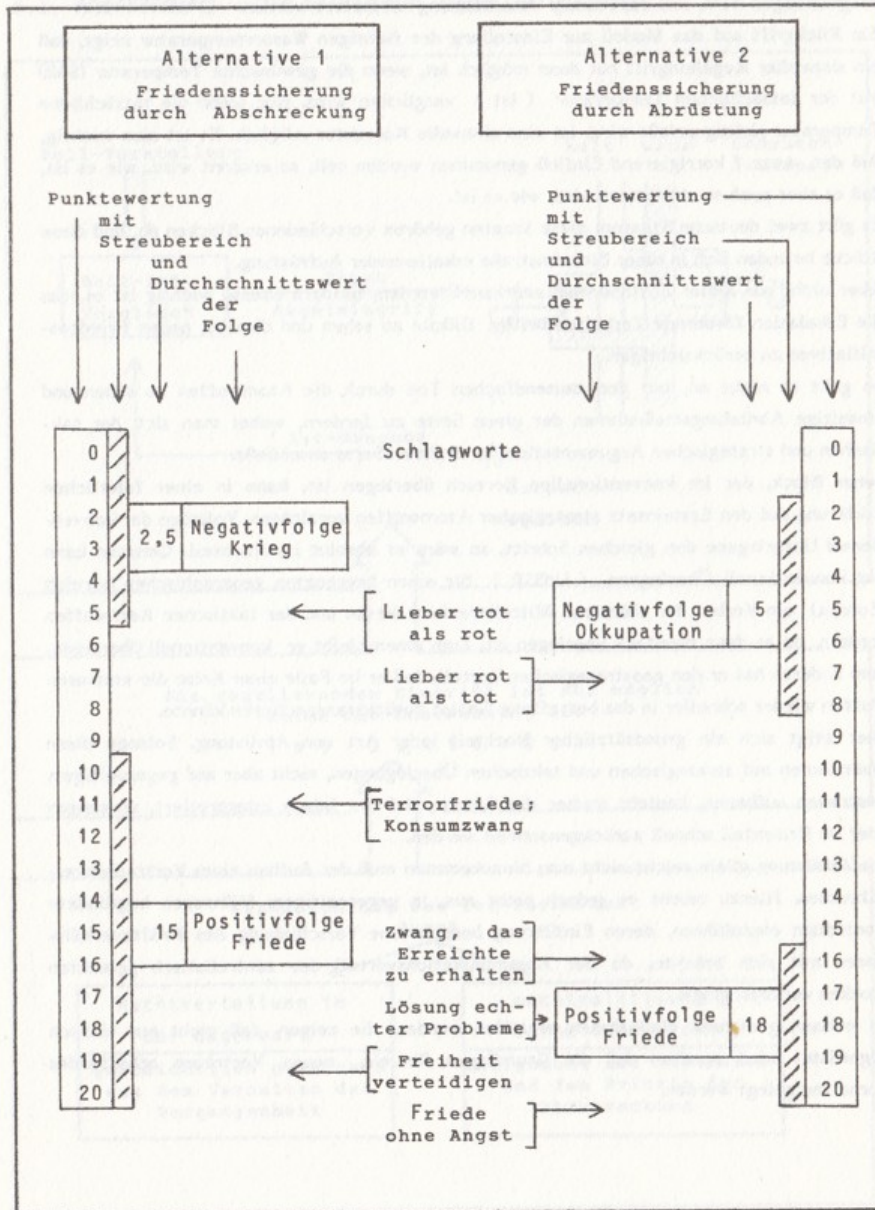
Jener Block, der im konventionellen Bereich überlegen ist, kann in einer feierlichen Erklärung auf den Ersteinsatz strategischer Atomwaffen verzichten. Vollzüge der konventionell Unterlegene den gleichen Schritt, so wäre er absolut im Nachteil. Genauso kann der konventionell Überlegene ( UdSSR ) für einen begrenzten geographischen Bereich (Europa) ein Verbot der atomaren Mittelstreckenraketen und der taktischen Kernwaffen fordern, da er dann zweifach überlegen ist. Zum einen bleibt er konventionell überlegen, zum anderen hat er den geostrategischen Vorteil, daß er im Falle einer Krise die atomaren Waffen wieder schneller in das betroffene Gebiet zurücktransportieren könnte.

Hier zeigt sich ein grundsätzlicher Nachteil jeder Art von Abrüstung. Solange diese Maßnahmen auf strategischen und taktischen Überlegungen, nicht aber auf gegenseitigem Vertrauen aufbauen, besteht immer die Gefahr, daß sie falsch interpretiert, umgangen oder im Krisenfall schnell zurückgenommen werden.

Die Abrüstung allein reicht nicht aus; hinzukommen muß der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses. Hierzu reicht es jedoch nicht aus, in gegenseitigem Mißtrauen begründete Kontrollen einzuführen, deren Einführung bereits eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses mit sich brächte, da der Kommunikationsvorteil des zentralistisch gelenkten Blockes verloren ginge.

Es müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, die zeigen, daß nicht nur einfach abgerüstet wird, sondern daß die Grundlagen für ein neues, Vertrauen schaffendes Verhalten gelegt werden.

### 3.2. Die Verhaltensalternativen und ihre Folgen



Um die Folgen der beiden Verhaltensalternativen zu beurteilen, soll eine Punktetabelle zu Hilfe genommen werden, wobei 0 Punkte eine ungenügende Situation und 20 Punkte eine sehr gute Situation darstellen sollen.

Wird der derzeitige Friede als Positivfolge der Friedenssicherung durch Abschreckung bewertet, so zeigt sich ein Streubereich zwischen 10 und 20 Punkten. Der untere Wert (10) wird von jenen bestimmt, die sich durch den Kapitalismus ausgebeutet, durch den Konsumzwang verführt und durch den sog. Terrorfrieden in seelischer Not sehen; der obere Grenzwert (20) wird durch jene vorgegeben, die die Grundrechte verwirklicht sehen und den Frieden zu verteidigen wünschen, damit nicht Unfreiheit, Gewalt und Rechtslosigkeit einkehren. In einem mittleren Wert von 15 Punkten scheinen diese Grenzmeinungen ausreichend berücksichtigt zu sein.

Ist Abschreckung gerechtfertigt, so müßte Abrüstung zur Negativfolge, also zur Okkupation durch den Gegner führen. Die Folgen dieser Okkupation können verschieden hart sein, je nachdem wie der Sieger auf die besiegte Gesellschaft einwirkt, die bisher mit ihren Elementen durch das Zusammenwirken in einer bestimmten Ordnung ein bestimmtes Ergebnis erbracht hat.

Wird diese Gesellschaft nur ihrer Früchte beraubt, so ist dies objektiv nicht schlechter, als Ressourcen unnötig für überflüssige Waffen und Wegwerfprodukte einzusetzen. Trotzdem wurde dieser positivste Fall mit 8 Punkten um 2 Punkte schlechter bewertet als die Positivfolge des bisherigen Verhaltens bei pessimistischster Betrachtung. Sollte der Sieger jedoch das Ordnungssystem ändern und die Elemente willkürlich umsetzen ( Demontage der Sachmittel und Deportation der Menschen ), so ist dies so negativ zu werten, daß die Folgen eines Atomkrieges sogar noch positiver erscheinen können.

Für die Folge der Okkupation ergibt sich bei einem Streubereich zwischen 2 und 8 Punkten ein Durchschnittswert von 5 Punkten.

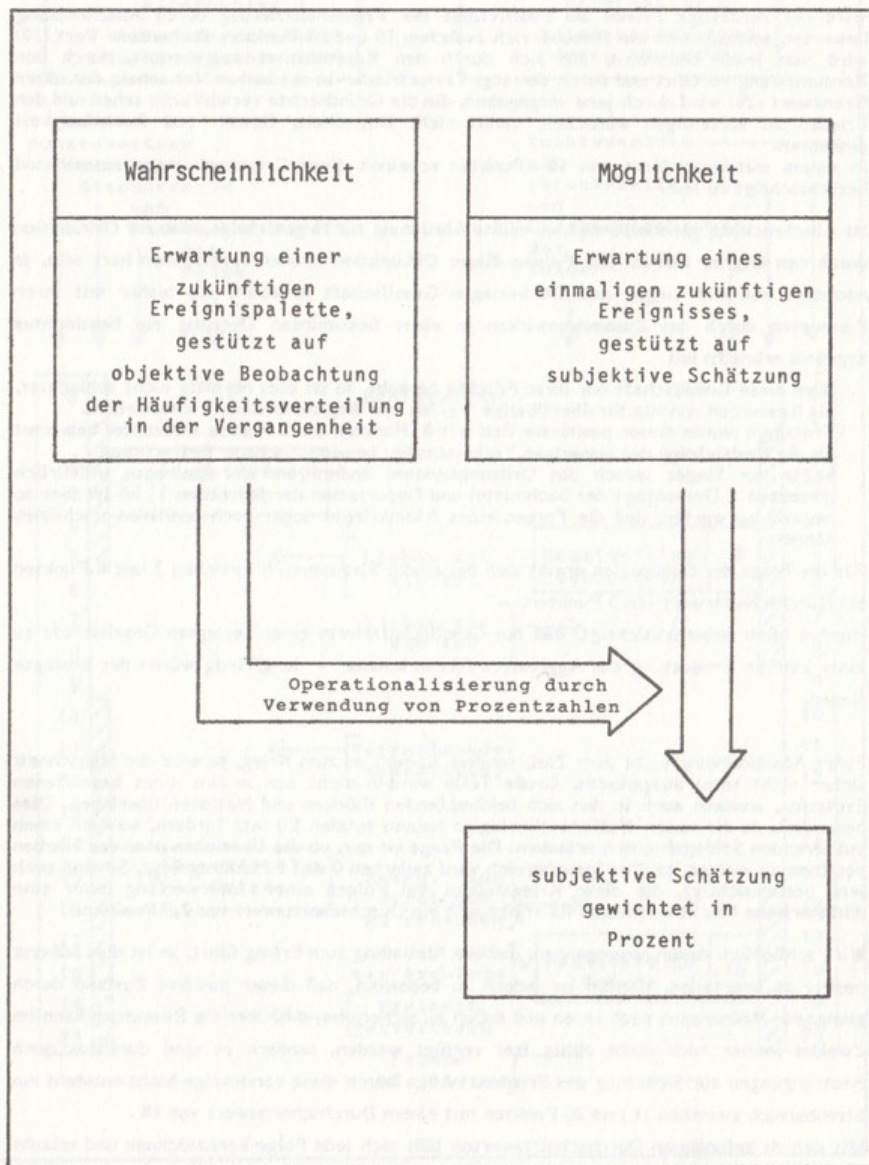
Hierbei blieb unberücksichtigt, daß die Gesellschaftsform einer besiegten Gesellschaft zu einer inneren Erneuerung des Aggressors führen könnte - langfristig würde der Besiegte siegen.

Führt Abschreckung nicht zum Ziel, sondern kommt es zum Krieg, so wird die Menschheit sicher nicht total ausgelöscht. Große Teile werden nicht nur in den nicht betroffenen Erdteilen, sondern auch in den sich bekämpfenden Blöcken und Nationen überleben. Dies besonders, da die neuen Waffentechnologien keinen totalen Einsatz fordern, sondern einen pulsierenden Schlagabtausch erlauben. Die Frage ist nur, ob das Überleben oder das Sterben positiver zu werten ist. Der Streubereich wird zwischen 0 und 5 Punkte gelegt. So sind auch jene berücksichtigt, die diese Kriegsfolgen den Folgen einer Unterwerfung unter eine diktatorische Macht vorziehen. Es ergibt sich ein Durchschnittswert von 2,5 Punkten.

Wird schließlich davon ausgegangen, daß die Abrüstung zum Erfolg führt, so ist dies äußerst positiv zu beurteilen. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß dieser positive Zustand durch geeignete Maßnahmen nach innen und außen zu sichern ist, d.h. über die Ressourcen kann im Zweifel immer noch nicht völlig frei verfügt werden, sondern es sind durchaus noch Anstrengungen zur Sicherung des Friedens nötig. Durch diese vorsichtige Sicht entsteht ein Streubereich zwischen 16 und 20 Punkten mit einem Durchschnittswert von 18.

Mit den so gefundenen Durchschnittswerten läßt sich jede Folge kennzeichnen und erlaubt im folgenden eine möglichst rationale Entscheidung.

### 3.3. Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Folgen - Theorie



Wenn in der Vergangenheit 5 % aller Ehen geschieden wurden, so ist es wahrscheinlich, daß sich auch in naher Zukunft eine Scheidungsquote von 5 % ergibt.

Die einzelne Ehe ist damit jedoch nicht zu 95 % in ihrem Bestand gesichert; entweder sie hält oder sie hält nicht.

Noch deutlicher wird dieser Unterschied zwischen Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit am Beispiel einer schwierigen Operation, die bisher mit einer Quote von 50 % erfolgreich verlief. Der Operateur kann davon ausgehen, daß er auch in Zukunft mit 50 %-iger Sicherheit erfolgreich sein wird.

Dem Patienten hingegen nützt diese Zahl fast nichts; wenn die Operation mißlingt, dann stirbt er nicht 50 %-ig, sondern 100 %-ig. Die Prozentangabe kann ihm nur dann eine Hilfe sein, wenn er z.B. zwischen zwei Operationsmethoden wählen kann, wobei bei der einen jeder zweite Patient stirbt und bei der anderen nur jeder dritte; d.h. die Überlebenschance ist einmal 50 % und einmal etwa 70 %. Entscheidet sich der Patient für die sicherere Methode, so ist er dennoch ein Einzelfall und der Ausgang der Operation bleibt ungewiß.

Diese Unterscheidung der Begriffe **Wahrscheinlichkeit** für die großzahlige Betrachtung und **Möglichkeit** für den Einzelfall scheint wichtig, da ein atomarer Krieg auch ein Einzelfall sein wird und die beiden möglichen Verhaltensalternativen (Abschreckung oder Abrüstung) keine 100 %-ige Sicherheit vermitteln können.

Obwohl die Eintrittsmöglichkeit eines bestimmten Ereignisses ungewiß bleibt, wird man sich bei einer Entscheidung, die nicht nur gefühlsbetont, sondern ein wenig rational sein soll, an den Wahrscheinlichkeiten aus dem großzahligen Bereich orientieren wollen, d.h. im Operationsbeispiel wird sich der Patient für die zu 70 % sichere Operation entscheiden; der Politiker muß sich für seine Entscheidung entsprechende Prozentzahlen suchen.

Aber nicht nur die Prozentzahlen sind von Bedeutung, sondern auch die Bewertung des möglichen Erfolges, sofern z.B. bei einer Operation ein Mißerfolg nicht zum Tode führt. Ist davon auszugehen, daß die sichere Operation (70 %) beim Mißlingen zum Tode führt, die unsichere (50 %) jedoch nur zu einer starken Behinderung, so sind diese Ergebnisse auch noch zu gewichten. Findet der Patient eine Behinderung nur halb so schlimm wie den Tod, so kann die Behinderung mit  $-5$  und der Tod mit  $-10$  bewertet werden. Die zu 70 % sichere Operation führt mit 30 % zu dem mit  $-10$  bewerteten Tod, weswegen die Gesamtbewertung dieser Operation 30 % von  $-10$ , also  $-3$  beträgt.

(Rechenweg:  $-10$  mal  $0,3$  ist  $-3$ )

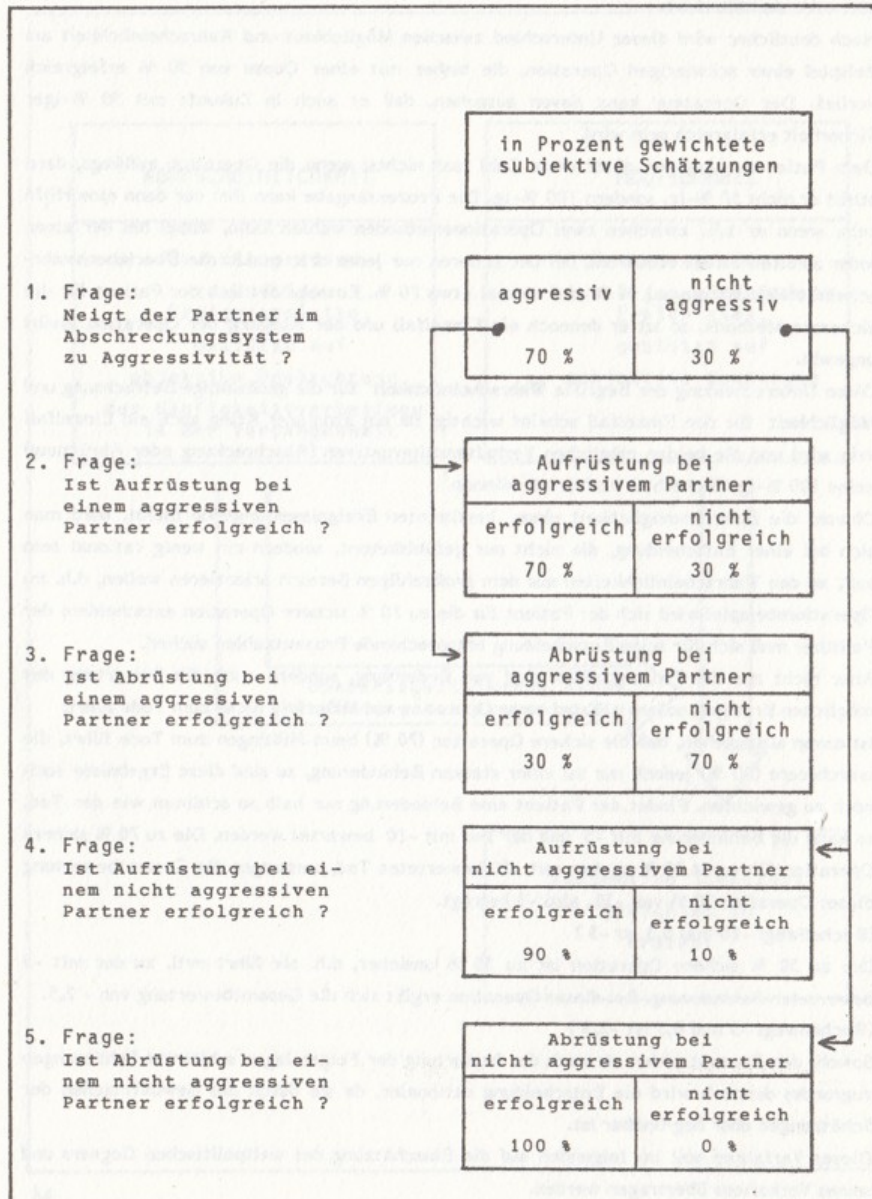
Die zu 50 % sichere Operation ist zu 50 % unsicher, d.h. sie führt evtl. zu der mit  $-5$  bewerteten Behinderung. Bei dieser Operation ergibt sich die Gesamtbewertung von  $-2,5$ .

(Rechenweg:  $-5$  mal  $0,5$  ist  $-2,5$ )

Sowohl den Prozentzahlen als auch der Bewertung der Folgen lagen subjektive Schätzungen zugrunde; dennoch wird die Entscheidung rationaler, da sie durch das Bewußtmachen der Schätzungen eher begründbar ist.

Dieses Verfahren soll im folgenden auf die Einschätzung des weltpolitischen Gegners und seines Verhaltens übertragen werden.

### 3.4. Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Folgen - Anwendung



Wenn die Verfechter der Abschreckungsstrategie ihr Verhalten durch die Erfolge der letzten 30 Jahre bestätigt sehen und auch hierauf verweisen, so kann ihnen sicher insoweit zugestimmt werden, als dies für Europa gilt. Hier gab es seit Ende des 2. Weltkrieges keinen neuen größeren Krieg, von einem Atomkrieg ganz zu schweigen. Abschreckung führt also zum Erfolg.

Nicht getestet ist, ob auch Abrüstung zum Erfolg geführt hätte. Hier kann allerdings auf eine Untersuchung von Michael D. Wallace zurückgegriffen werden, der bei einer Analyse von 80 Konfrontationen zwischen Großmächten in den Jahren von 1816 bis 1965 folgendes feststellte:

Bei den Staaten, die sich in einer Situation gegenseitigen Wettrüstens befanden, kam es in etwa 70 % der Fälle zu einem Krieg. In jenen Fällen, in denen eine Überlegenheit des Gegners akzeptiert wurde, es also nicht zu einem Wettrüsten kam, trat eine kriegerische Auseinandersetzung nur in 3 % der Fälle ein.

Da diese Untersuchung aber die Vergangenheit betrifft und daher nicht total in die Gegenwart übertragen werden darf, sollen diese sehr eindeutigen Zahlen durch weitere Überlegungen modifiziert werden.

In einer ersten Stufe ist zu fragen, ob der Gegner im Rüstungswettrlauf eher aggressive Ziele verfolgt oder ob er eher an die eigene Verteidigung denkt.

Konkret: Ist der Westen unterlegen, so müßte der Osten bei aggressiver Verhaltensweise eigentlich angreifen. Tut er dies nicht, so ist er offensichtlich unterlegen - dann bestünde für den Westen aber kein Grund aufzurüsten. Diese Logik greift bei einem laufenden Prozeß gegenseitigen Wettrüstens jedoch nicht, da beide Seiten durch die dem Prozeß innewohnende Automatik gezwungen sind, weiter aufzurüsten. Dies spräche dafür, daß sowohl der Osten als auch der Westen zu gleichen Teilen an der mißlichen Situation Schuld tragen, was in Prozenten ausgedrückt dazu führen muß, den politischen Gegner mit 50 %-iger Sicherheit als Aggressor zu betrachten. Verbindet man diese Prozentzahl mit der Erkenntnis, daß es bei fehlendem Wettrüsten, also bei Unterlegenheit, nur in 3 % der Fälle zu einem Krieg kam, so bildet sich ein durchschnittlicher Prozentsatz von etwa 27 %, der dafür spricht, daß der Gegner (UdSSR) ein Aggressor ist. Demgegenüber soll in der folgenden Betrachtung mit der überaus vorsichtigen Annahme operiert werden, daß der Gegner mit 70 %-iger Sicherheit ein Aggressor sei. Ergänzend wird mit 30 %-iger Sicherheit davon ausgegangen, daß er kein Aggressor ist.

In einer zweiten Stufe wird gefragt, inwieweit gegenseitiges Wettrüsten zum Erfolg führt, d.h. ein Krieg verhindert wird. Die Zahlen der Vergangenheit zeigen auf, daß Wettrüsten in 70 % der Fälle erfolglos war. Im Gegensatz hierzu soll in der folgenden Betrachtung angenommen werden, daß Wettrüsten in 70 % der Fälle erfolgreich sei und nur in 30 % der Fälle zum Krieg führe. Daß diese Zahl übertrieben optimistisch angesetzt ist, zeigten schon die Kapitel über mehrdimensionale Gewalt, über Kooperation mit dem Gegner und über die Friedensinitiativen.

Drittens ist nach dem Erfolg jenes Verhaltens zu fragen, das durch fehlendes Wettrüsten und Abrüsten gekennzeichnet ist. Wallace zeigt auf, daß dies nur mit 3 % zu einem Krieg führte. In einer überaus vorsichtigen Betrachtung soll von einem mehr als 20-fachen Wert ausgegangen werden, d.h. es wird mit 70 %-iger Sicherheit angenommen, daß die Abrüstung zu einem Krieg führt, bzw. mit 30 %-iger Sicherheit, daß Abrüstung erfolgreich sein wird und nicht zu einem Krieg führt.

In der vierten Stufe ist festzustellen, daß Aufrüstung selbst bei einem im Prinzip friedlichen Partner durch die aufgebauten Zerstörungspotentiale und -mechanismen zu einem zufälligen und ungewollten Krieg führen kann. Diese Eintrittswahrscheinlichkeit wird mit 10 % so gering bewertet, daß mit 90 %-iger Sicherheit angenommen wird, eine eigene Aufrüstung würde bei der Existenz eines friedlichen Gegners einen Krieg verhindern.

In einer fünften Stufe wird schließlich gezeigt, daß eigene Abrüstung bei dem Vorhandensein eines friedlichen Gegners mit 100 %-iger Sicherheit zum Erfolg führt, ein Krieg also verhindert wird.

### 3.5. Die Entscheidung

Abschreckung				Alternativen	Abrüstung			
aggressiver Gegner 70 % E		nicht aggressiver Gegner 30 % F			aggressiver Gegner 70 % E		nicht aggressiver Gegner 30 % F	
kein Krieg	Krieg	kein Krieg	Krieg	Voraussetzungen	kein Krieg	Krieg	kein Krieg	Krieg
70 %	30 %				Folgen	30 %	70 %	
G	H			K		J		
		90 %	10 %	Erwartung bei aggressivem Gegner			100 %	0 %
				Erwartung bei nicht aggressivem Gegner				
49 %	21 %	27 %	3 %	Prozentanteil der Erwartung an der Gesamterwartung	21 %	49 %	30 %	0 %
15	2,5	15	2,5	Bewertungskennzahl der jeweiligen Folge	18	5	20	5
A	C	F	C		B	D	B	D
7,35	0,525	4,05	0,075	mit Prozent gewichtete Bewertung	3,78	2,45	6,0	0
L	M	N	O		P	Q	R	S
12,0				Gesamtbewertung	12,23			
XL					PU			

### Die Entscheidungstechnik

Für jede Alternative (Abschreckung bzw. Abrüstung) wurden die jeweils möglichen Folgen mit einer durchschnittlichen Punktezah bewert ( **Bewertungskennzahl** ). Diese Kennzahl wird mit einem Prozentwert gewichtet, der die Eintrittsmöglichkeit der jeweiligen Folge zum Ausdruck bringt. Der jeweilige Prozentwert ergibt sich aus einer zweistufigen Betrachtung.

Zunächst wird mit 70 %-iger Sicherheit davon ausgegangen, daß der Gegner aggressiv sei. Sodann wird innerhalb der Annahme, daß der Gegner ein potentieller Aggressor sei, wiederum mit 70 %-iger Sicherheit angenommen, daß eigene Aufrüstung zum Erfolg führt; 70 % von 70 % sind aber nichts anderes als 49 % der Gesamterwartung.

Entsprechend führt die Annahme, daß eigene Aufrüstung bei Vorhandensein eines aggressiven Gegners mit 30 %-iger Sicherheit zu einem Krieg führt, zu der Erkenntnis, daß dies 30 % von 70 % und damit 21 % der Gesamterwartung sind.

In gleicher Weise werden die restlichen Prozentwerte aller möglichen Folgen der beiden Verhaltensweisen ermittelt.

Sind alle Erwartungswerte (Prozentzahlen) bekannt, so werden sie mit der jeweiligen Bewertungskennzahl multipliziert und ergeben die gewichtete Bewertung.

(Rechenweg: 49 % von 15 sind 0,49 mal 15 und das ist 7,35 )

Die Summe aller Einzelwertungen ergibt die Gesamtbewertung pro Alternative, wobei sich zeigt, daß die Alternative **Abrüstung** ein etwas besseres Ergebnis erzielt.

### Würdigung der Entscheidung

Eine Entscheidung für die Alternative **Abrüstung** läßt sich durch diesen Vorteil von 0,23 Punkten sicher nicht schlüssig begründen. Berücksichtigt werden muß jedoch, daß die Prozentwerte übertrieben vorsichtig angesetzt wurden und daß auch die Ermittlung der Bewertungskennzahlen der jeweiligen Folgen mit äußerster Vorsicht geschah. So wird ein Leben unter zentralistischer Herrschaft im besten Falle um 20 % schlechter eingestuft als ein Leben in freiheitlicher Ordnung unter dem Damoklesschwert des Terrorfriedens bei schlechtesten Beurteilung. Auch ist dem Umstand, daß die Folgen eines Atomkrieges evtl. als weniger schlimm empfunden werden können als die Folgen eines Lebens in einer möglichen Unfreiheit, dadurch Rechnung getragen, daß die Folge Krieg bei bester Beurteilung mit der Punktzahl 5 besser bewertet ist als die Folge Okkupation mit der Punktzahl 2 bei schlechtesten Beurteilung.

Wichtig ist aber auch, daß bei der Positivfolge des Abrüstungsverhaltens nicht von dem Spitzenwert 20 ausgegangen wird, sondern in dem Mittelwert 18 gezeigt wird, daß zur Friedenssicherung weitere Anstrengungen zu unternehmen sind, die den vollkommen freien Gebrauch der vorhandenen Ressourcen verbieten.

Neben der gezeigten Entscheidungstechnik gibt es noch ein anderes -sehr vorsichtiges- Entscheidungsverfahren, das jene Alternative wählt, bei der das maximale Bedauern, etwas falsch gemacht zu haben, minimiert wird. Entscheidet man sich für Aufrüstung und führt dies zum Krieg, so hätte Abrüstung zum Frieden führen können. Man bedauert dies in der Größenordnung von '18 minus 2,5 = 15,5'. Entscheidet man sich für Abrüstung und führt dies zum Krieg, so hätte Aufrüstung zum Frieden führen können. Man bedauert dies in der Größenordnung von '15 minus 5 = 10'. Auch nach dieser Entscheidungstechnik müßte Abrüstung als die Alternative mit dem geringsten Risiko gewählt werden.

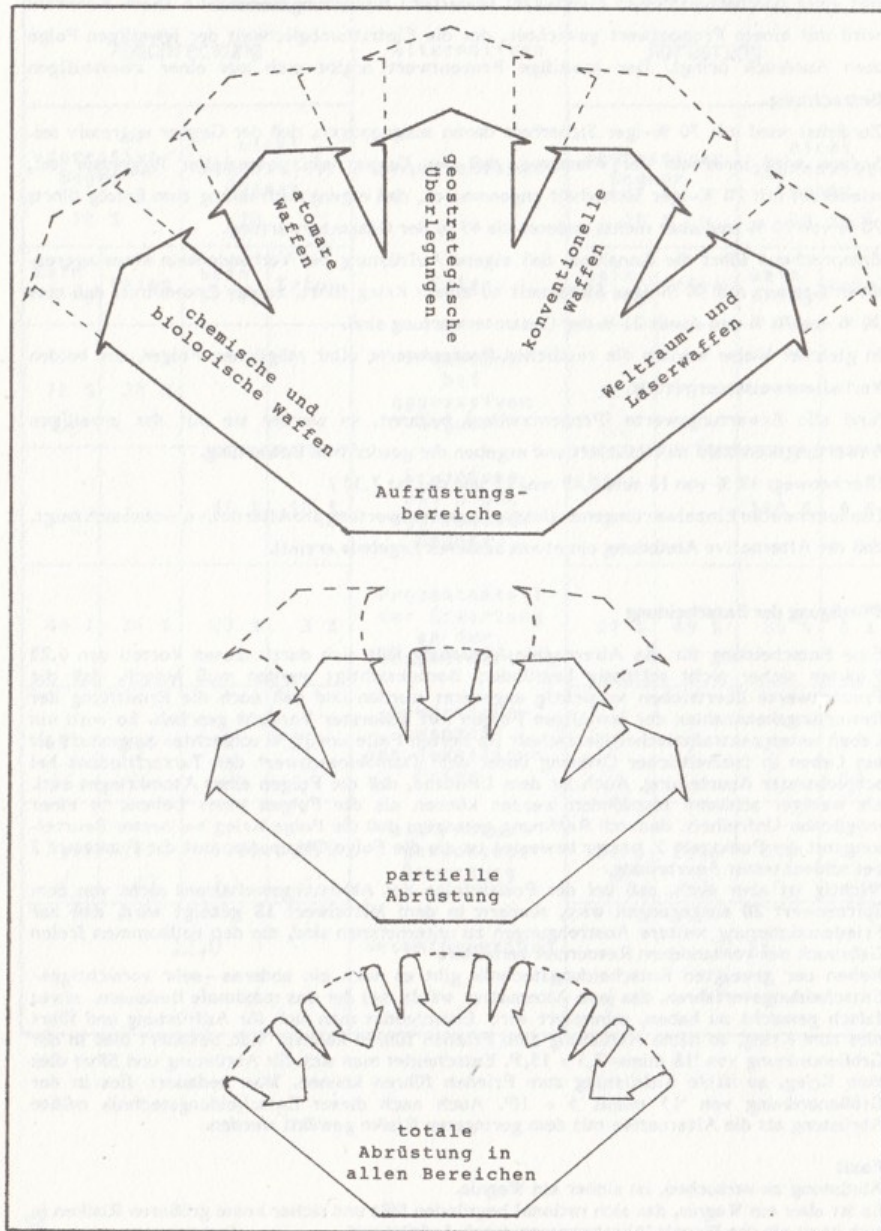
### Fazit

Abrüstung zu versuchen, ist sicher ein Wagnis.

Es ist aber ein Wagnis, das sich rational begründen läßt und sicher keine größeren Risiken in sich birgt als das Wagnis 'Abschreckung durch Aufrüstung'.

## 4. Einschränkungen der Friedenspolitik

### 4.1. Die Art der Abrüstung



### Einseitige oder zweiseitige Abrüstung ?

Bei der Besprechung der Abschreckungspolitik wurde bereits gezeigt, daß eine zweiseitige graduelle Abrüstung so lange nicht möglich ist, solange die Basis gegenseitigen Verhaltens das Mißtrauen und das Streben nach Stärke und Überlegenheit ist. In jedem Abrüstungsvertrag wurde eine Hintertür offengehalten, durch die es möglich war, die jeweils eigenen Aufrüstungsabsichten weiter zu verfolgen. Folge aller Abrüstungsvereinbarungen war daher die ungehemmte Eskalation.

Aus diesem Grund wurde aufzuzeigen versucht, daß eine durch Abrüstung herbeigeführte Unterlegenheit keine größeren Risiken in sich birgt als das bisherige Aufrüstungsverhalten. Die Entscheidung erfolgt daher eindeutig zugunsten der einseitigen Abrüstung.

### Totale oder partielle Abrüstung ?

Entscheidet sich ein unabhängiger Staat bzw. ein in sich homogener Block für die Alternative 'einseitige Abrüstung', so darf er seine Bemühungen nicht nur auf die bestehenden Aufrüstungsbereiche lenken, sondern muß darüber hinaus die durch den jeweiligen technischen Fortschritt ermöglichten neuen Dimensionen des Wettrüstens in seine Betrachtung einbeziehen. Erfolgt diese alle Bereiche und alle Dimensionen umfassende Betrachtung nicht, so besteht die große Gefahr, daß Abrüstung in einem Bereich oder in einer Dimension durch Aufrüstung in anderen Bereichen und/oder Dimensionen kompensiert wird.

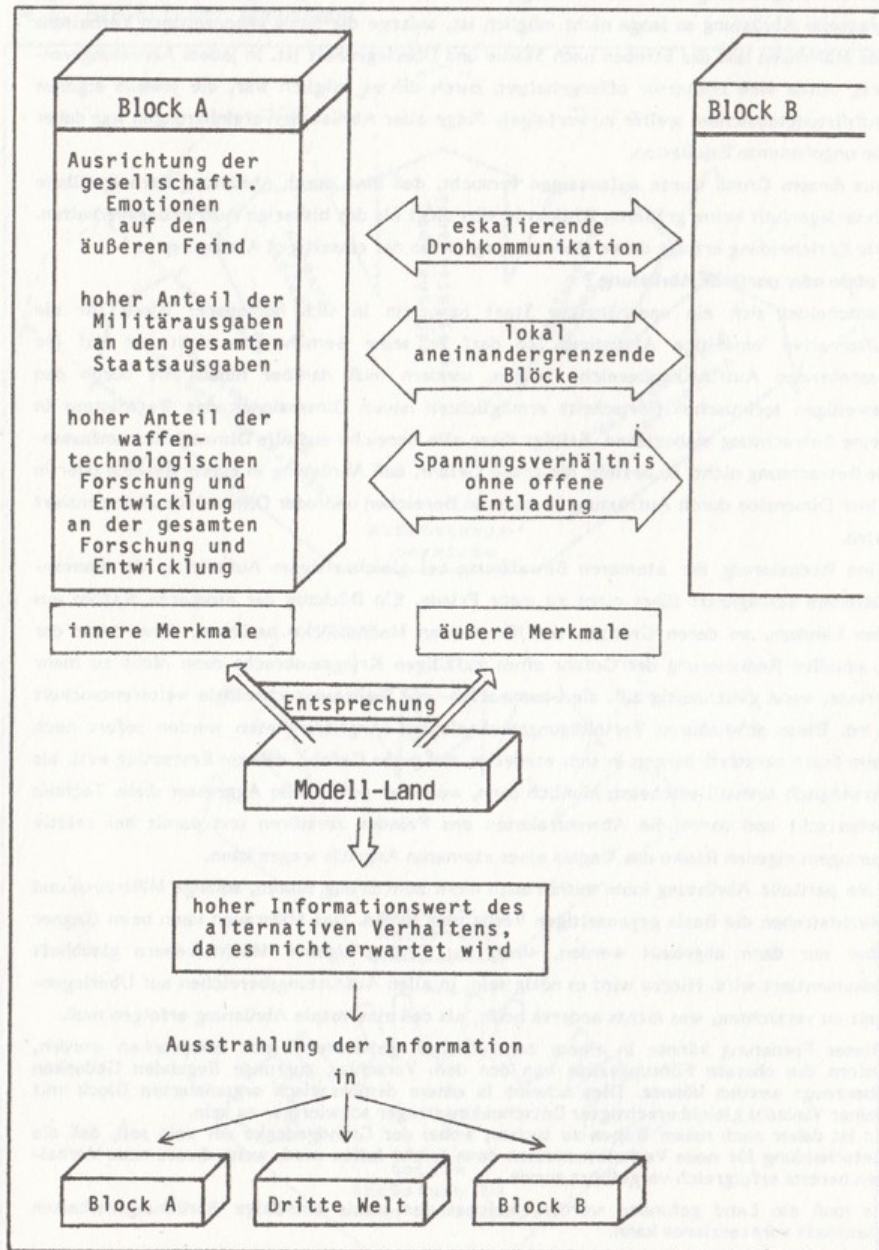
Eine Reduzierung der atomaren Bewaffnung bei gleichzeitigem Aufstocken der konventionellen Schlagkraft führt nicht zu mehr Frieden. Ein Rückzug der atomaren Waffen aus den Ländern, an deren Grenzen sich die beiden Machtblöcke berühren, führt trotz der graduellen Reduzierung der Gefahr eines zufälligen Kriegsausbruchs dann nicht zu mehr Frieden, wenn gleichzeitig z.B. die Laserwaffen- und Weltraumtechnologie weiterentwickelt wird. Diese scheinbaren Verteidigungstechnologien (Angriffsraketen werden sofort nach dem Start zerstört) bergen in sich wiederum die große Gefahr, daß ein Erstschlag evtl. als strategisch sinnvoll erscheint; nämlich dann, wenn der potentielle Aggressor diese Technik beherrscht und somit die Abwehr raketen des Feindes zerstören und damit bei relativ geringem eigenen Risiko das Wagnis eines atomaren Angriffs wagen kann.

Eine partielle Abrüstung kann mithin auch nicht zum Erfolg führen, solange Mißtrauen und Machtstreben die Basis gegenseitigen Verhaltens bilden. Das Mißtrauen kann beim Gegner aber nur dann abgebaut werden, wenn das Fehlen eigenen Machtstrebens glaubhaft dokumentiert wird. Hierzu wird es nötig sein, in allen Aufrüstungsbereichen auf Überlegenheit zu verzichten, was nichts anderes heißt, als daß eine totale Abrüstung erfolgen muß.

Dieser Forderung könnte in einem zentralistisch geleiteten Block entsprochen werden, sofern die oberste Führungselite von den dem Vorschlag zugrunde liegenden Gedanken überzeugt werden könnte. Dies scheint in einem demokratisch organisierten Block mit seiner Vielzahl gleichberechtigter Entscheidungsträger schwieriger zu sein. Es ist daher nach neuen Wegen zu suchen, wobei der Grundgedanke der sein soll, daß die Entscheidung für neue Verhaltensweisen dann leicht fallen wird, wenn dieses neue Verhalten bereits erfolgreich vorgeführt wurde.

Es muß ein Land gefunden werden, welches das totale einseitige Abrüstungsverhalten glaubhaft vorexerzieren kann.

#### 4.2. Das Modell-Land - Auswahlkriterien



Soll ein Modell-Land den Wechsel von der eskalierenden Aufrüstung zur totalen einseitigen Abrüstung glaubhaft vorexerzieren, so muß es in seinen Außenbeziehungen zum feindlichen Block und in seinem inneren Aufbau dem Gesamtblock entsprechen, dem es als Vorbild dienen soll.

So muß das Modell-Land, dokumentiert durch wachsende Verteidigungsausgaben, an der sich gegenseitig eskalierenden Drohkommunikation zwischen den beiden Blöcken aktiv beteiligt sein. Weiter soll es mit dem feindlichen Block gemeinsame Grenzen haben, da die Gesamtblöcke ja auch direkt aneinandergrenzen. Und schließlich soll es mit seinem direkten Nachbarland, welches dem feindlichen Blocksystem angehört, in einem Spannungsverhältnis leben, jedoch noch nicht offene Kämpfe geführt haben.

Neben dieser Entsprechung im außenpolitischen Bereich muß das Modell-Land auch in seiner inneren Struktur dem Gesamtblock gleichen.

Hierzu ist es zum einen nötig, daß es verschiedene Entscheidungsträger und Gruppen gibt, und zum anderen, daß Unstimmigkeiten und Differenzen zwischen den Entscheidungsträgern und Gruppen dadurch behoben werden, daß die angesammelten Emotionen auf den äußeren Feind gelenkt werden.

So wird innerhalb des demokratischen Blockes z.B. eine Militärdiktatur geduldet, solange dieses diktatorisch geführte Land Blockmitglied bleibt; entsprechend wird Umweltverschmutzung und auch der dagegen gerichtete Protest geduldet, solange beides in erklärter Gegnerschaft zum Kommunismus erfolgt - gleichzeitig werden nicht genehme Aktionen jenen Gruppen angelastet, die eine ideologische Annäherung an den gegnerischen Block nicht verleugnen können.

Läßt sich diese Ausrichtung der gesellschaftlichen Emotionen auf einen äußeren Feind in den geschilderten sozialen Prozessen nicht klar darlegen, so dokumentiert sie sich jedoch eindeutig in der Bereitschaft eines Volkes, den hohen Anteil der Rüstungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben zu akzeptieren.

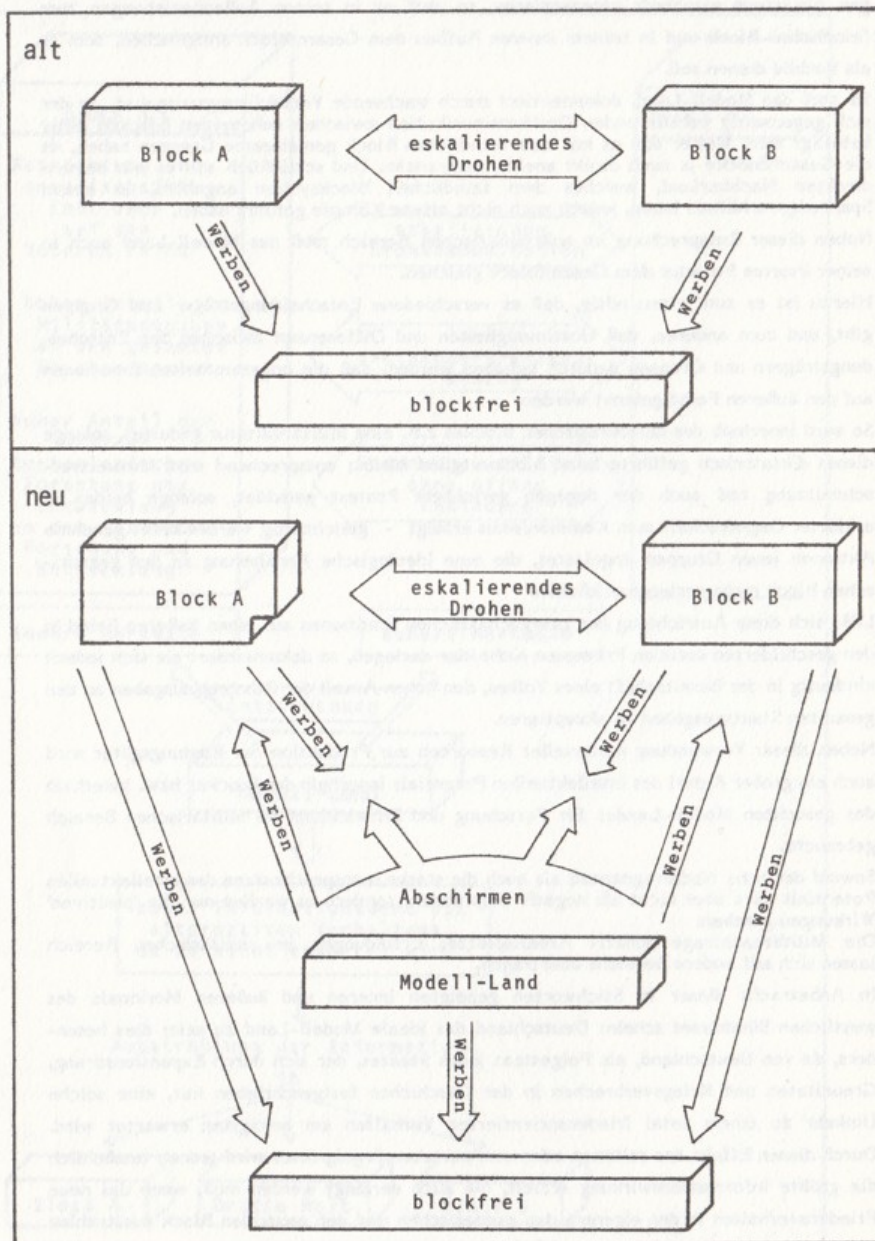
Neben dieser Verwendung materieller Ressourcen zur Produktion der Rüstungsgüter wird auch ein großer Anteil des intellektuellen Potentials innerhalb des Blockes bzw. innerhalb des gesuchten Modell-Landes für Forschung und Entwicklung im militärischen Bereich gebraucht.

Sowohl der hohe Nachfrageanteil als auch die starke Inanspruchnahme des intellektuellen Potentials wird aber nicht als negativ empfunden, sondern es werden nur die 'positiven' Wirkungen gesehen:

Die Militarnachfrage schafft Arbeitsplätze; Erfindungen im militärischen Bereich lassen sich auf andere Bereiche übertragen.

In Anbetracht dieser in Stichworten gezeigten inneren und äußeren Merkmale des westlichen Bündnisses scheint Deutschland das ideale Modell-Land zu sein; dies besonders, da von Deutschland, als Folgestaat jenes Staates, der sich durch Expansionsdrang, Greuelthaten und Kriegsverbrechen in der Geschichte festgeschrieben hat, eine solche Umkehr zu einem total friedensorientierten Verhalten am wenigsten erwartet wird. Durch diesen Effekt des seltenen oder unerwarteten Ereignisses wird jedoch tatsächlich die größte Informationswirkung erzielt, die auch verlangt werden muß, wenn das neue Friedensverhalten in den eigenen, den gegnerischen und den neutralen Block ausstrahlen soll.

### 4.3. Das Modell-Land - Kommunikationsströme



erstarrt die Welt in zwei Blöcken, so sind drei Hauptkommunikationsströme festzustellen.

Zwischen den Blöcken kommt es zu einer eskalierenden Drohkommunikation, die nicht nur den Austausch von Verbalinformationen enthält, sondern sich auch auf den Austausch von Tatinformationen ausdehnt. Hierbei müssen sich Tat- und Verbalinformationen entsprechen; d.h. es darf nicht nur mit dem Einsatz bestimmter Waffensysteme gedroht werden, sondern es muß darüber hinaus tatsächlich glaubhaft gemacht werden, daß dieser Einsatz technisch möglich und strategisch sinnvoll ist. Diese stete Notwendigkeit zur Demonstration der Macht verursacht eine weitere gegenseitige Eskalation. Hinzu kommt die Werbekommunikation der jeweiligen Blöcke zu den blockfreien Staaten. Diese Werbung ist jedoch nicht an den Bedürfnissen der umworbenen Staaten orientiert, indem wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt gefördert wird, sondern dient weitgehend den Interessen der werbenden Blöcke, indem die Einflußsphäre des jeweiligen Blockes vergrößert werden soll, um somit geostrategische Vorteile erzielen zu können. Dadurch ist diese Werbung letztlich auch nicht erfolgreich, da Wort- und Tatinformationen so weit auseinanderklaffen. Es wird zwar Freiheit verkündet; durch den Verkauf von Waffen wird aber totale Staatsverschuldung und damit Abhängigkeit und neue Unfreiheit gebracht.

Tritt mit dem Modell-Land, das sich aus einem Block herausgelöst hat, ein neues Element in das Kommunikationssystem ein, so führt dies zu einer Vervielfachung der Informationsströme.

Das Werben zu dem Block, aus dem das Modell-Land hervorging, muß derart gestaltet sein, daß dieser Block sich durch das Ausscheiden des abrüstungsorientierten Landes nicht in seiner Gesamtheit geschwächt sieht und daher dieses neue Verhalten als Test für das Gesamtverhalten akzeptieren kann.

Noch wichtiger scheint die Werbekommunikation zu dem bisher gegnerischen Block. Sie muß schließlich glaubhaft machen, daß das Ausscheiden aus dem alten Block nicht gleichzusetzen ist mit einem Bruch innerhalb des alten Blockes und auch keinen Wechsel von Block zu Block bedeutet. Bei Beibehaltung einer klaren Abgrenzung zu dem bisher feindlichen Block muß auch diesem deutlich demonstriert werden, daß eine Hinkehr zu friedensorientiertem Verhalten langfristig mehr Vorteile bringt als das kurzfristige Ausnutzen einer militärischen Überlegenheit.

Neben diesen Werbemaßnahmen in Richtung der verfeindeten Blöcke sind jedoch noch stärkere Maßnahmen zu ergreifen, um das eigene Land vor den Werbemaßnahmen dieser Blöcke abzuschirmen. So lange sich diese Blöcke im Prozeß des gegenseitigen Wettrüstens befinden, werden sie versuchen wollen, das Modell-Land für sich zu gewinnen. Da sich militärische Machtmittel dazu nicht eignen, muß das Modell-Land besonders darauf achten, daß es eine große innenpolitische Stabilität erreicht, um gegen mögliche Angriffe auf diesem Gebiet gewappnet zu sein.

Dies wird um so eher der Fall sein, je eher das Volk dieses Landes von der Größe der gestellten Aufgabe überzeugt ist, gleichzeitig Nutzen aus dem Friedensverhalten zieht, aber auch erkennt, daß eventuell zu erbringende Opfer der Lösung echter Probleme dienen. Damit ist der Weg gewiesen von dem unechten Problem des Ost-West-Konflikts hin zu dem echten Problem des Nord-Süd-Konflikts.

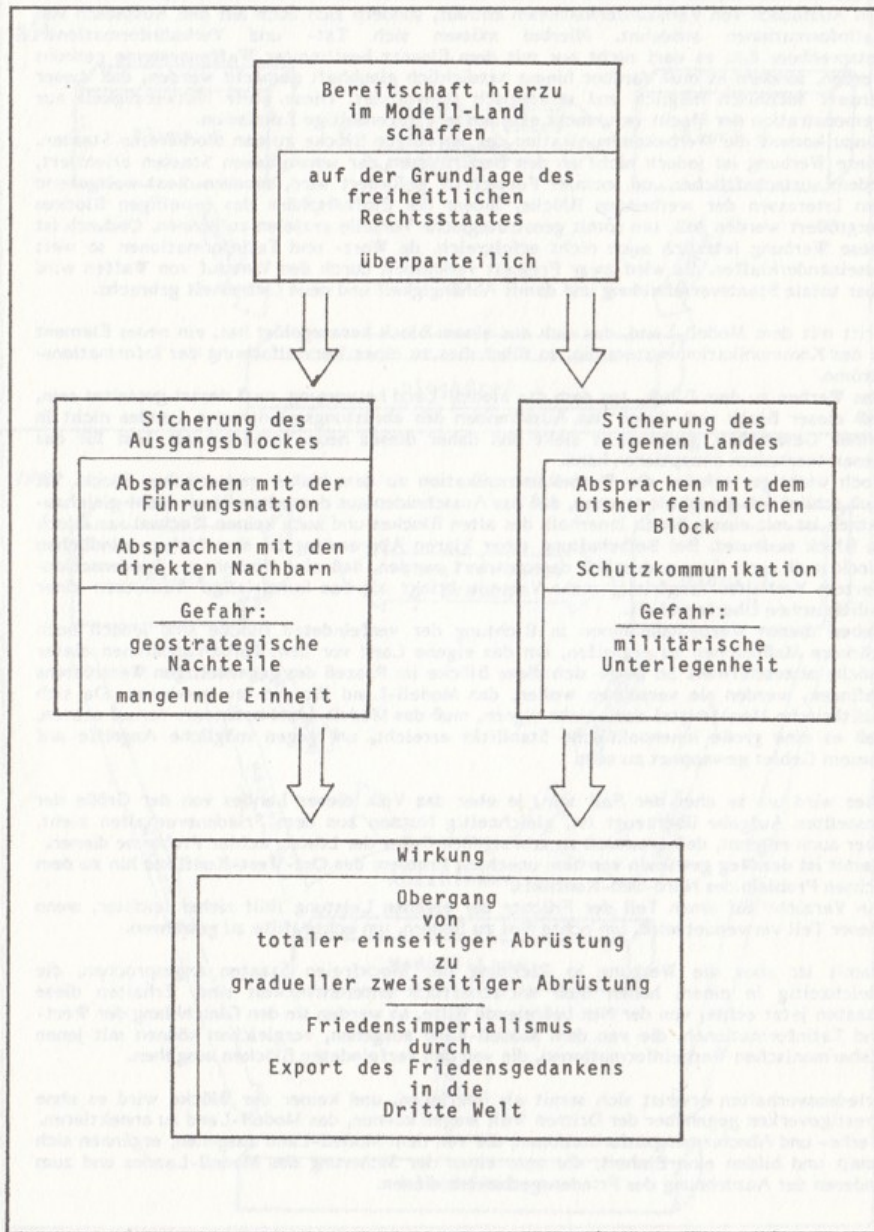
Ein Verzicht auf einen Teil der Früchte der eigenen Leistung fällt sicher leichter, wenn dieser Teil verwendet wird, um echte Not zu lindern, um echte Hilfe zu gewähren.

Damit ist aber die Werbung in Richtung der blockfreien Staaten angesprochen, die gleichzeitig in einem hohen Maß wirtschaftlich unterentwickelt sind. Erhalten diese Staaten jetzt echte, von der Not befreiende Hilfe, so werden sie den Gleichklang der Wort- und Tatinformationen, die von dem Modell-Land ausgehen, vergleichen können mit jenen disharmonischen Werbeinformationen, die von den verfeindeten Blöcken ausgehen.

Friedensverhalten erweist sich somit als überlegen, und keiner der Blöcke wird es ohne Prestigeverlust gegenüber der Dritten Welt wagen können, das Modell-Land zu annektieren. Werbe- und Abschirmungsinformationen, die von dem Modell-Land ausgehen, ergänzen sich somit und bilden eine Einheit, die zum einen der Sicherung des Modell-Landes und zum anderen der Ausdehnung des Friedensgedankens dienen.



#### 4.4. Die Herauslösung des Modell-Landes aus einem Machtblock



Jeder Bruch innerhalb eines Blockes führt grundsätzlich zur Schwächung der strategischen Position dieses Blockes.

Es ist daher dafür Sorge zu tragen, daß der Prozeß des Herauslösens aus einem Block vom gegnerischen Block nicht als Bruch interpretiert werden kann, sondern als gemeinsame Aktion des Gesamtblockes erkannt wird, die zu mehr Frieden führen soll. Hierbei ist das friedensorientierte Land bereit, ein neues, ein andersartiges Risiko zu tragen, während der Restblock bereit ist, einen geostrategischen Nachteil hinzunehmen, ohne diesen Nachteil durch überdimensionierte Aufrüstung in anderen Bereichen auszugleichen.

Die Basis dieses einheitlichen Verhaltens muß zunächst bei der Bevölkerung des Modell-Landes geschaffen werden. Auf der Grundlage der die Staaten des westlichen Bündnisses kennzeichnenden freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung sollte sich dieses Volk über Partei- und Interessengrenzen hinaus darüber einig sein, den Weg zum Friedensverhalten gehen zu wollen. Auf dem Weg hierzu und bei den Diskussionen hierüber muß jedoch eindeutig sichergestellt werden, daß diese Maßnahmen nicht im Gegensatz zu den Interessen der bisherigen Blockmitglieder ergriffen werden. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß das voraussichtliche Modell-Land sich so lange uneingeschränkt an der Strategie des gegenseitigen Wettrüstens beteiligt, solange die Maßnahmen zur nationalen und internationalen Absicherung des Friedensverhaltens nicht erfolgt sind.

Diese Erkenntnis darf aber nicht daran hindern, den Weg zur Abrüstung zu gehen und Verhandlungen in dieser Richtung zu führen.

Sind Volk und politische Führung des möglichen Modell-Landes gewillt, den Weg zum Frieden zu riskieren, so sind gleichsam Sicherheitsringe um dieses Land, aber auch um den das Modell-Land hervorbringenden Machtblock zu legen. Hierzu muß das Modell-Land mit den Staaten seines Ursprungsblockes Verträge schließen, um zum einen deren Sicherheit zu erhalten und zum anderen eine echte militär-politische Unabhängigkeit für sich selbst zu erreichen.

Nur eine solch einvernehmliche Herauslösung aus dem Block führt trotz partieller geo-strategischer Nachteile nicht zu einer echten Schwächung des Ausgangsblockes und erlaubt es dem Modell-Land, ein echtes Pionierverhalten zu testen.

Um dies zum Erfolg zu führen, muß gleichzeitig mit der Herauslösung aus dem Ursprungsblock in Verhandlungen mit dem bisher gegnerischen Block getreten werden; Ziel solcher Verhandlungen sollten gegenseitige Nichtangriffsvereinbarungen sein.

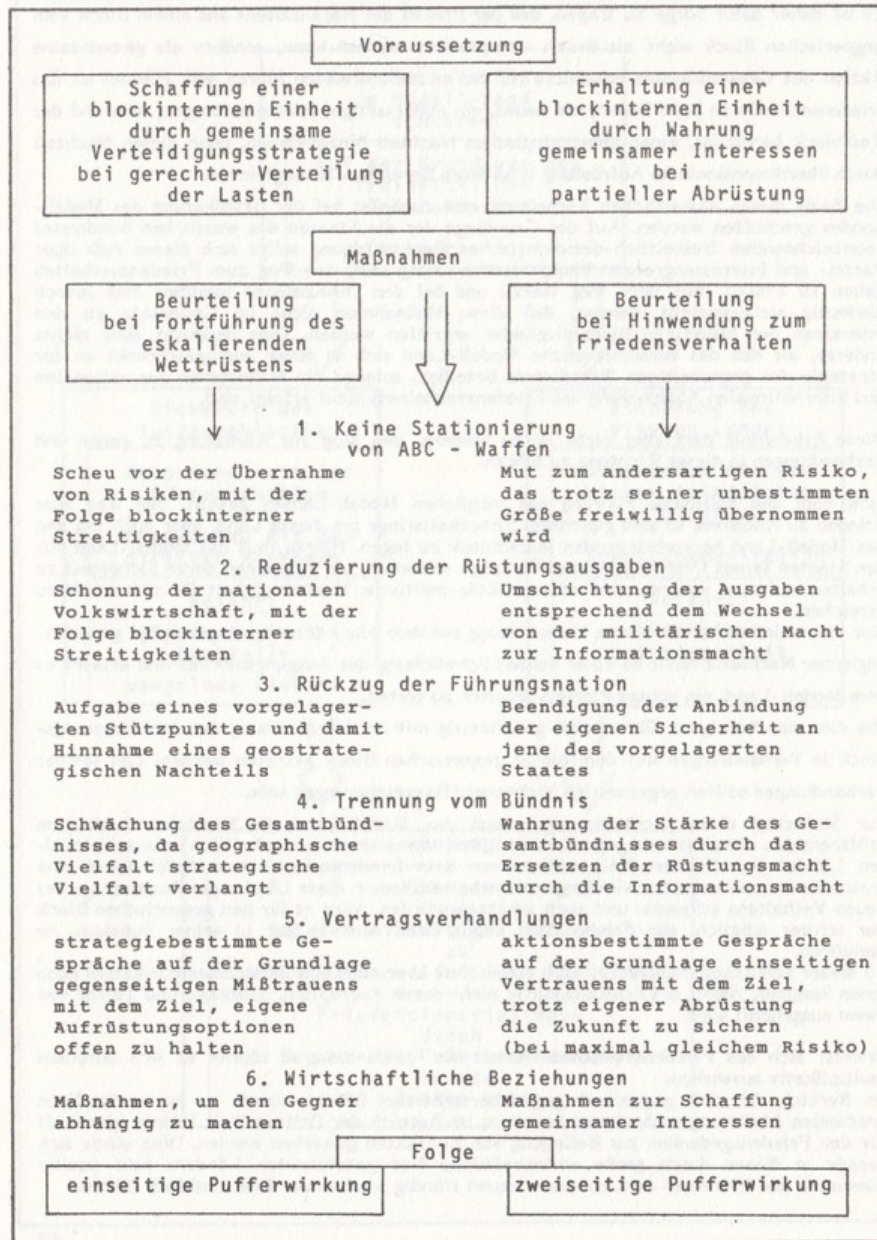
Zur Sicherung dieser Vereinbarungen muß das Modell-Land die Schutzkommunikation eröffnen; d.h. die auch vom gegnerischen Block umworbenen wirtschaftlich unterentwickelten Länder der Dritten Welt sollten von dem friedensorientierten Modell-Land eine wirksame ökonomische Entwicklungshilfe erhalten. Indem diese Länder die Positivfolge des neuen Verhaltens erkennen und auch schätzen würden, wäre es für den gegnerischen Block nur schwer möglich, das Friedensland anzugreifen oder es gar in seiner Substanz zu zerstören.

Zu dieser Schutzkommunikation nach außen muß aber auch eine Schutzkommunikation nach innen kommen, damit die Friedenspolitik nicht durch Korruption, Sabotage und Terror von innen ausgehöhlt wird.

Erweist sich das Friedensverhalten somit als realisierbar, so könnte es sich durchaus multiplikativ auswirken.

Im Bereich der sich gegnerisch gegenüberstehenden Blöcke könnte es zu zweiseitigen graduellen Abrüstungsmaßnahmen kommen; im Bereich der Dritten Welt könnte glaubhaft für den Friedensgedanken zur Beilegung von Konflikten geworben werden. Dies würde sich gerade in diesen durch große wirtschaftliche Not gezeichneten Ländern sehr positiv auswirken und könnte so evtl. zu einem neuen ständig wachsenden Friedensblock führen.

#### 4.5. Die Beurteilung gleicher Maßnahmen bei unterschiedlicher Betrachtungsweise



Voraussetzung jeden Verhaltens, also auch des neuen Friedensverhaltens, muß sein, daß das bestehende Bündnissystem nicht geschwächt werden darf. Jede Schwächung fördert bei Beibehaltung der gegenwärtigen Drohstrategien das Risiko eines gegnerischen Angriffs.

Unter Beachtung dieses Grundgedankens sollen für das mögliche Modell-Land Deutschland einige friedensgerichtete Maßnahmen beurteilt werden.

#### 1.

Lehnt Deutschland ohne Einbettung in ein friedensorientiertes Gesamtkonzept nur die Stationierung aller bzw. bestimmter ABC-Waffen ab, so führt dies über Strategiediskussionen und Uneinigkeiten zu einer Schwächung des westlichen Bündnisses. Diese Ablehnung läßt sich auch nicht damit begründen, daß über den Einsatz der in Deutschland stationierten Waffen die Führungselite der westlichen Führungsnation USA entscheidet und nicht das deutsche Volk selbst. Einem Land, das sich militärpolitisch so stark engagiert und das sicherheitspolitisch so fest mit der Sicherheit Deutschlands verknüpft ist, muß das Recht zugestanden werden, über seine eigenen Waffensysteme auch selbst zu entscheiden.

Die Ablehnung der Stationierung eigener und fremder ABC-Waffen ist aber dann anders zu beurteilen, wenn sie Teil eines friedenspolitischen Gesamtkonzepts ist, das in Absprache mit der Führungsnation und den Partnerländern des eigenen Bündnisses zu realisieren versucht wird. In diesem Fall übernimmt ein Partner testweise das noch unbekannt Risiko einer neuen Verhaltensweise, um so den Ländern des eigenen Blockes und auch denen des zunächst gegnerischen Blockes die Chance zu eröffnen, aus dem Teufelskreis ständig eskalierender Aufrüstung auszubrechen.

#### 2.

Reduziert Deutschland seine Rüstungsausgaben, so ist dies sicher keine das westliche Bündnis stärkende Maßnahme. Verwendet Deutschland diese Gelder jedoch dazu, um die Werbekommunikation für das neue Friedensverhalten zu ermöglichen, so hat dies eine dreifache Wirkung.

Die Länder des eigenen Bündnisses sehen, daß die Einsparungen nicht aus primär egoistischen Gründen erfolgen, sondern allen dienen.

Die Länder des gegnerischen Blockes erkennen, daß das Beenden weiterer Aufrüstung nicht aus Schwäche erfolgt, sondern einen neuen Weg zu einem sichereren Frieden aufzeigen soll, der allen Beteiligten Vorteile bringt.

Schließlich spüren die Länder der Dritten Welt unmittelbar die Vorteile des neuen Friedensverhaltens.

### 3.

Atomare Waffen auf deutschem Boden ablehnen, heißt gleichzeitig, den Rückzug der US-amerikanischen Truppen aus Deutschland fordern. Dies bringt für die USA sicher den Nachteil, daß sie auf einen wichtigen geostrategischen Stützpunkt verzichten müssen; gleichzeitig entsteht für sie jedoch auch der Vorteil, daß sie in ihrer Sicherheitspolitik von den sicherheitspolitischen Überlegungen Deutschlands getrennt werden. Dies ist ganz bestimmt ein Vorteil, wenn bedacht wird, welche großen Risiken bisher davon ausgehen, daß atomare Waffensysteme direkt an der Grenze zum gegnerischen Block stationiert sind und welche kurze Reaktionszeiten daher einer Entscheidung über den Einsatz dieser Waffen zur Verfügung stehen.

Sofern die westlichen Partnerländer auf den Schutz der US-Truppen nicht verzichten wollen, wäre es für Deutschland selbstverständlich eine Pflicht, sich an den Maßnahmen zur Umlegung der US-Truppen zu beteiligen.

### 4.

Innerhalb eines Bündnisses übernimmt jeder Partner eine bestimmte Aufgabe. Scheidet nun ein Partner aus, so ergibt sich für die restlichen Mitglieder der Zwang, dies auszugleichen. Eine kurzfristige Schwächung wäre auf jeden Fall die Folge. Insofern Deutschland als militärpolitischer Puffer gegenüber dem Ostblock wirkt, bleibt dieser Puffer-Effekt durchaus erhalten, da die militärische Macht erfolgreich durch die Informationsmacht des neuen Friedensverhaltens ersetzt werden kann. Wegen seiner zentralen Lage ist Deutschland aber auch ein wichtiges Bindeglied zwischen den nord- und südeuropäischen Partnerländern. Es sollte daher dafür gesorgt werden, daß die aufgebauten Informations- und Beobachtungssysteme erhalten bleiben.

Insgesamt könnte trotz der Beendigung der aktiven Mitgliedschaft Deutschlands im Bündnis die Sicherheit und die Stärke des Bündnisses erhalten bleiben.

### 5.

Zur Durchführung aller gezeigten Maßnahmen bedarf es der abgestimmten Vertragsverhandlungen sowohl mit Ost als auch mit West.

Diese Verhandlungen unterscheiden sich jedoch wesentlich von den bisher geführten Friedens- oder Abrüstungsverhandlungen.

- Es wird ein klar bestimmtes Verhandlungsziel angestrebt, ohne vom Verhandlungspartner die Erfüllung von Vorbedingungen zu verlangen.
- Es wird darauf verzichtet, die Möglichkeit zukünftiger eigener Aufrüstungsoptionen zu erhalten.
- Die Verhandlungen bauen auf einem gewissen Maß an Vertrauen, ohne ein objektiv größeres Risiko einzugehen, als es mit den bisherigen Verhandlungen verbunden war, welche auf Mißtrauen aufbauten.
- Durch das Einführen des Prinzips **Vertrauen** in internationale Vertragsverhandlungen werden für die Zukunft neue Dimensionen eröffnet, und es sollte die Chance bestehen, die Wende vom Aufrüsten zum weltweiten Abrüsten einzuleiten.

### 6.

Deutschland ist ein kleines, hochindustrialisiertes Land und wird immer mit anderen Ländern in wirtschaftlichen Beziehungen stehen müssen. Bei der Regelung dieses ökonomischen Bereiches ist darauf zu achten, daß durch das Friedensverhalten die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen nicht gestört werden, umgekehrt durch bestehende Wirtschaftsbeziehungen aber auch kein negativer Einfluß auf das Friedensverhalten ausgeübt wird.

Grundsätzlich sind im internationalen Warenverkehr zwei Abhängigkeiten denkbar.

Der Importeur ist vom Exporteur abhängig, sofern er die Ware dringend benötigt. Der Exporteur ist vom Importeur abhängig, sofern er die Devisen benötigt, um seinerseits andere Leistungen zu importieren. Da durch den internationalen Handel vielfältige Kontakte zwischen den Völkern entstehen, sollte er gefördert werden und jede politische Erpressung durch Ausnutzung von Abhängigkeiten sollte unterbleiben. Vorbeugend sollte es natürlich der Handelspolitik jedes Staates ein Anliegen sein, zu starke und zu einseitige Abhängigkeiten zu verhindern. Zudem sollte auf den Export von Technologien verzichtet werden, die direkt im Rüstungsbereich eines möglichen Gegners genutzt werden können. Bei der Möglichkeit der indirekten Nutzung wird es schwer sein, objektiv festlegbare Grenzen zu bestimmen. Hier wird es nötig sein, mögliche Chancen und Risiken des jeweiligen Handelsabkommens im Einzelfall vorsichtig abzuwägen, wobei durchaus darauf geachtet werden sollte, daß das friedensorientierte Modell-Land nicht in allen Bereichen Vorleistungen erbringen darf, sondern sich durch mögliche Konzessionen der Vertragspartner die Anerkennung des eigenen Friedensverhaltens bestätigen lassen sollte. Dies darf natürlich nicht dazu führen, daß das Friedensverhalten der handelspolitischen Erpressung dient; umgekehrt muß aber auch gezeigt werden, daß dieses Verhalten kein Zeichen der Schwäche ist und sich das Modell-Land durchaus seiner Stärke bewußt ist.

Werden alle Maßnahmen erfolgreich durchgeführt, so hat dies eine weitere Folge, die den Erfolg wiederum sichert.

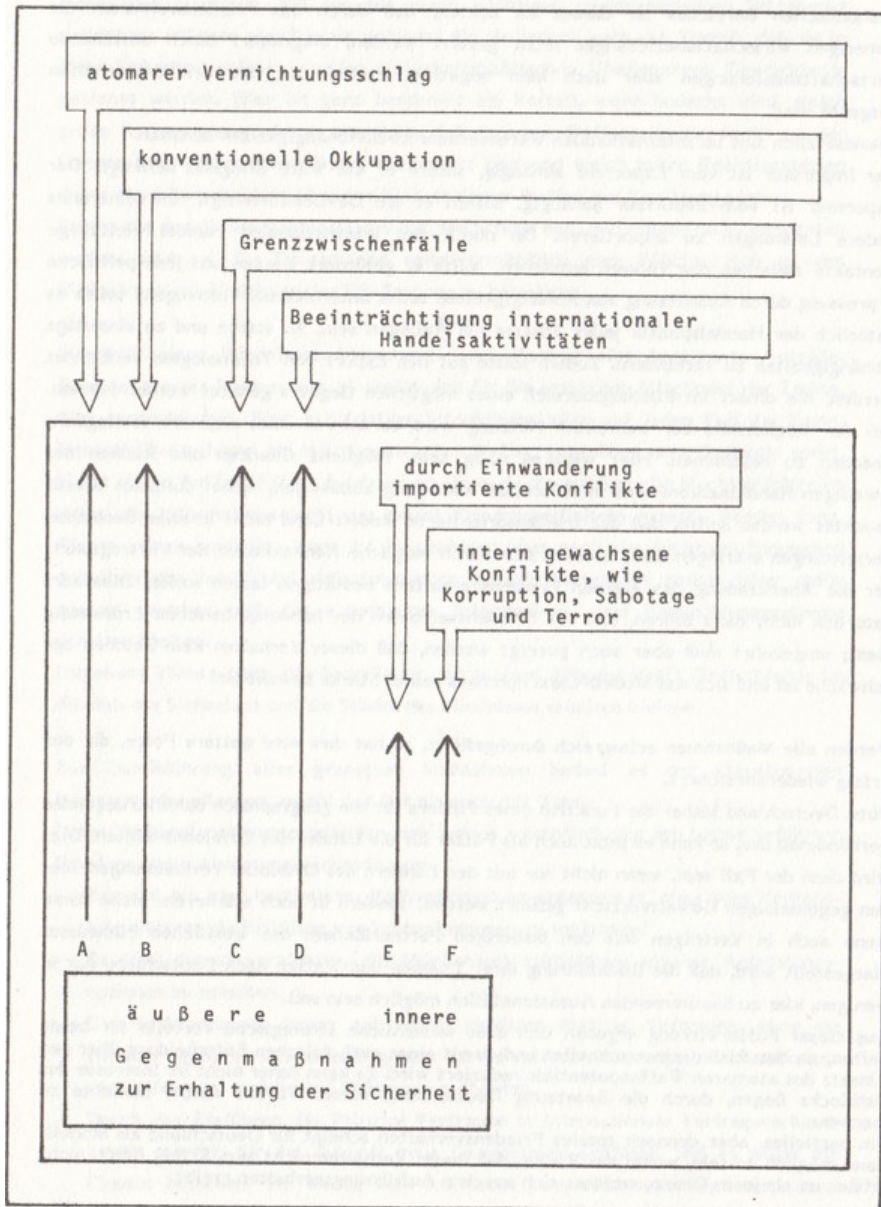
Übte Deutschland bisher die Funktion eines Puffers für die geographisch dahinterliegenden Verbündeten aus, so kann es jetzt auch als Puffer für die Länder des Ostblocks wirken. Dies wird dann der Fall sein, wenn nicht nur mit den Ländern des Ostblocks Verhandlungen über den gegenseitigen Gewaltverzicht geführt werden, sondern in noch stärkerem Maße dann, wenn auch in Verträgen mit den bisherigen Partnerländern des westlichen Bündnisses klargestellt wird, daß die Rückführung ihrer Truppen und Waffen nach Deutschland nur in wenigen, klar zu bestimmenden Ausnahmefällen möglich sein soll.

Aus dieser Pufferwirkung ergeben sich aber wesentliche strategische Vorteile für beide Seiten, da das Risiko einer schnellen und damit einer evtl. falschen Entscheidung über den Einsatz des atomaren Waffenpotentials reduziert wird. Es kann daher nicht im Interesse des Ostblocks liegen, durch die Besetzung Deutschlands diesen Vorteil wieder zunichte zu machen.

Ein partielles, aber dennoch totales Friedensverhalten scheint für Deutschland als Modell-Land möglich zu sein, wobei das Risiko, daß dieses Verhalten nicht zum Erfolg führt, nicht größer ist als jenes Risiko, welches sich aus dem Aufrüstungsverhalten ergibt.

## 5. Folgen der Friedenspolitik

### 5.1. Die Notwendigkeit äußerer und innerer Schutzmaßnahmen



Das Modell-Land, welches sich total friedensorientiert verhält, ist nach den Ausführungen dieses Buches sowohl gegen einen atomaren Vernichtungsschlag als auch gegen einen Angriff mit konventionellen Waffen ausreichend geschützt.

Dies bedeutet, daß die Maßnahmen A und B bereits durch das Friedensverhalten und durch die dazugehörige Werbekommunikation abgedeckt sind.

Problematisch wird es aber, wenn kleineren Störungen, wie sie z.B. Grenzzwischenfälle, Behinderungen der internationalen Schifffahrt oder Störungen des Flugverkehrs darstellen, begegnet werden soll.

Langfristig wird der gute Ruf des friedensorientierten Modell-Landes dieses sicher vor solchen unliebsamen kleinen Angriffen bewahren, kurzfristig scheint ein gewisses Maß an konventioneller Bewaffnung aber durchaus nötig zu sein. Diese Forderung steht jedoch im Widerspruch zu jener, auf alle Waffensysteme zu verzichten, da der Übergang von atomaren auf konventionelle Systeme die Führbarkeit eines Krieges wieder in den Bereich der Möglichkeit rücken würde. Dieser Widerspruch läßt sich so lange nicht auflösen, solange versucht wird, die konventionellen Waffen in Angriffs- und Verteidigungswaffen zu unterscheiden. Dies erweist sich als weitgehend undurchführbar. Daß die Waffen aber nur der Verteidigung bei kleineren Störungen dienen sollen, wird dann klar hervortreten, wenn die mengenmäßige Ausrüstung mit diesen Waffen so gering bleibt, daß eine Nutzung zum Angriff unmöglich erscheint. Hier fällt der mengenmäßigen Betrachtung eine größere Bedeutung zu als der Berücksichtigung des technischen Fortschritts - ein wesentlicher Unterschied zur Beurteilung der atomaren Waffensysteme.

Bevor es jedoch zu der Notwendigkeit kommt, die konventionellen Waffen einsetzen zu müssen, sollte es vornehmste Aufgabe der Politik sein, die Ursachen möglicher Konflikte zu erkennen und vorbeugend tätig zu werden. Hierzu ist ein sachlich und personell gut ausgestatteter Informationsdienst aufzubauen, was durch die notwendige Werbekommunikation sicher auch im internationalen Bereich problemlos möglich sein wird.

Den Maßnahmen C und D wird somit durch ein mengenmäßig stark beschränktes, technisch aber hochentwickeltes konventionelles Rüstungspotential und durch einen gut ausgestatteten Nachrichtendienst entsprochen.

Zu einer werbewirksamen Friedenskommunikation wird es gehören, daß Deutschland offen ist für ausländische Touristen, aber auch für ausländische Arbeitssuchende. Hierbei wird es nicht ausbleiben, daß im Ausland begründete Konflikte bewußt oder unbewußt nach Deutschland getragen werden und hier zur Störung der inneren Sicherheit führen können.

Auch hier müssen vorbeugend wirkende Nachrichtendienste bzw. konventionell bewaffnete Sicherheitsorgane dafür sorgen, daß diese Konflikte verhindert bzw. im Sinne der Wahrung der inneren Stabilität Deutschlands reguliert werden.

Ein solches Instrumentarium sollte zur Verhinderung intern entstehender Konflikte natürlich nicht nötig sein. Die Mitglieder einer Gesellschaft, die freiheitlich-demokratisch organisiert ist und die sich zudem die Schaffung einer friedlichen Welt zum Ziel gesetzt hat, werden ihre jeweiligen Aufgaben sicher mit mehr Freude erfüllen und notwendige Beschränkungen sicher mit mehr Verständnis hinnehmen, als wenn sie Teil einer zukunftslosen Rüstungs- und Konsumiergesellschaft wären.

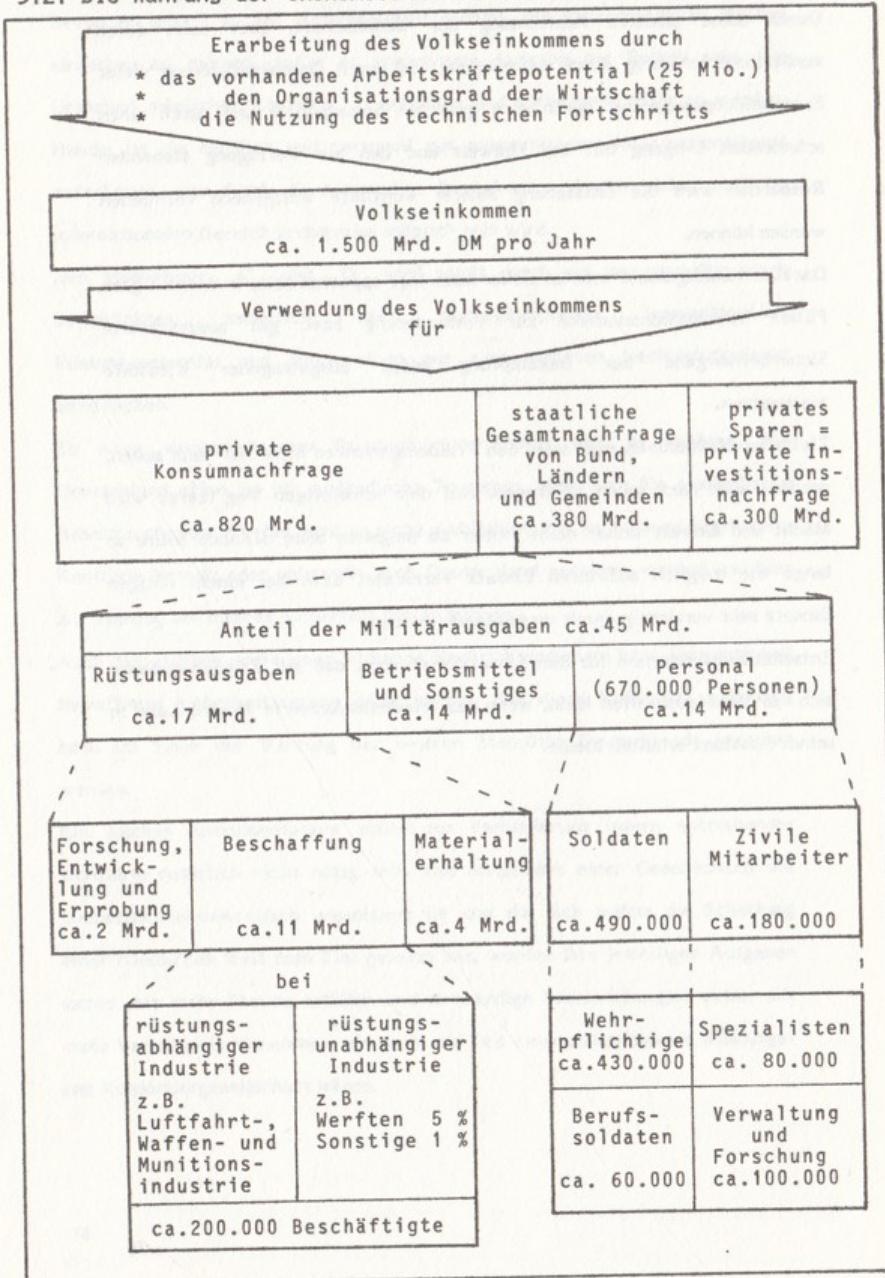
Durch diese positive Ausrichtung der Gesellschaft, aber auch durch zusätzliche Schulung, durch Offenlegung und damit Demokratisierung vieler Entscheidungsprozesse, durch eine gerechte Sozialpolitik und durch einen schonenden Umgang mit der Umwelt und den zur Verfügung stehenden Ressourcen wird die Entstehung innerer Konflikte weitgehend vermieden werden können.

Darüber hinausgehend wird es sicher auch hier opportun sein, in berechtigten Fällen Informationssysteme zur Verhinderung bzw. gut ausgestattete Sicherheitsorgane zur Bekämpfung offen ausgetragener Konflikte einzusetzen.

Ziel aller Maßnahmen muß sein, den Friedensgedanken nicht nur nach außen, sondern auch nach innen zu tragen. Auf dem schwierigen Weg hierzu wird Macht und Gewalt sicher nicht immer zu umgehen sein; dennoch sollte so lange wie möglich auf ihren Einsatz verzichtet bzw. bei einem nötigen Einsatz sehr vorsichtig damit umgegangen werden.

Entscheidungskriterium für den Einsatz wird sein, daß der Friedensgedanke sich nur dann ausbreiten kann, wenn das friedensorientierte Modell-Land in seiner Substanz erhalten bleibt.

## 5.2. Die Wahrung der ökonomischen Stabilität



Das Volkseinkommen und damit der materielle Wohlstand eines Volkes wird um so größer sein, je mehr Güter und Dienstleistungen produziert werden und somit auch verbraucht werden können.

Daß diese Produktion nicht nur durch die Zahl der Arbeitskräfte, sondern in hohem Maße auch durch den technologischen Fortschritt bestimmt wird, ist einsichtig. Der technologische Fortschritt ist hierbei sowohl von dem Erfindergeist eines Volkes als auch von dem verfügbaren Kapital abhängig, das nur dann bereitgestellt wird, wenn das Volkseinkommen nicht völlig verkonsumiert wird. Investitionen sind daher nur möglich, wenn gespart wird.

Gleichzeitig wirkt sich auch der Organisationsgrad einer Wirtschaft auf die Höhe des Volkseinkommens aus. Würde noch eine Tauschwirtschaft bestehen, so wäre Kauf und Verkauf der einzelnen Güter und Dienstleistungen sicherlich weniger gut möglich. Weiter wirken sich das fortgeschrittene Informationssystem und das Bankensystem positiv auf Anbahnung und Abwicklung der Geschäfte aus. Vor allen Dingen ist es bedeutsam, daß durch die weitgehend freie Entwicklung der Preise die Güter und Dienstleistungen dahin gelenkt werden, wo sie den größten Nutzen bringen.

Ist somit ein mehr oder minder hohes Volkseinkommen geschaffen, so bedeutet dies konkret, daß bestimmte Güter und Dienstleistungen produziert sind; hierfür erhalten die Beteiligten ein Einkommen, welches jetzt wieder ausgegeben werden kann, um die geschaffenen Produkte zu kaufen.

Von diesem Gesamteinkommen zweigt sich zum einen der Staat einen Anteil ab, den er dann wiederum ausgeben kann, und zum anderen wird im privaten Bereich gespart, was aber zu Investitionen führt und damit auch ausgegeben wird. Es entstehen somit die drei großen Verwendungsbereiche des Volkseinkommens **privater Konsum, staatliche Nachfrage und private Investitionen**.

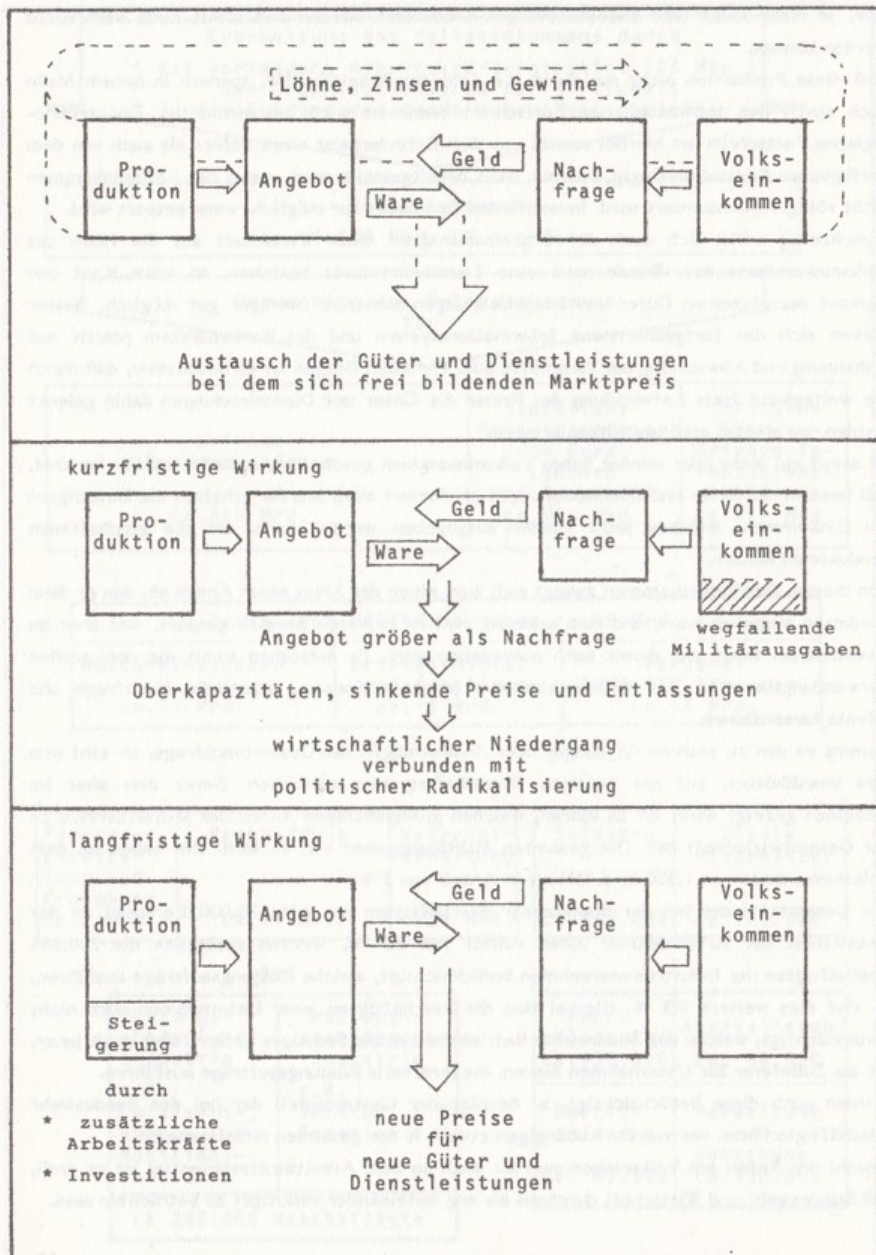
Kommt es nun zu starken Kürzungen oder Ausweitungen der Gesamtnachfrage, so wird sich dies unwillkürlich auf das gesamte Wirtschaftssystem auswirken. Bevor dies aber im einzelnen gezeigt wird, ist zu klären, welchen größenmäßigen Anteil der Militärbereich an der Gesamtwirtschaft hat. Die gesamten Militärausgaben von 45 Mrd. DM haben an dem Volkseinkommen von 1.500 Mrd. DM einen Anteil von 3 %.

Die Gesamtzahl der bei der Bundeswehr Beschäftigten hat mit 670.000 Personen an der Gesamtheit der Arbeitnehmer einen Anteil von 2,7 %. Werden zusätzlich die 200.000 Beschäftigten der Industrieunternehmen berücksichtigt, welche Rüstungsaufträge ausführen, so sind dies weitere 0,8 %. Hierbei sind die Beschäftigten jener Unternehmen noch nicht berücksichtigt, welche der Bundeswehr Betriebsmittel und Sonstiges liefern, aber auch jener, die als Zulieferer für Unternehmen dienen, die ihrerseits Rüstungsaufträge ausführen.

Werden auch diese berücksichtigt, so beträgt der Gesamtanteil der bei der Bundeswehr Beschäftigten bzw. der von ihr Abhängigen etwa 4 % der gesamten Arbeitnehmer.

Sowohl der Anteil am Volkseinkommen als auch an dem Arbeitskräftepotential ist so groß, daß Bundeswehr und Wirtschaft durchaus als eng miteinander verknüpft zu betrachten sind.

### 5.3. Kurz- und langfristige Wirkung wegfallender Militärausgaben



In dem vereinfachten Kreislaufmodell wird der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang noch einmal deutlich. In dem Maße, in dem Güter und Dienstleistungen produziert werden, entstehen Einkommen, wie z.B. Löhne, Zinsen und Gewinne. Diese Einkommen wiederum erscheinen als Nachfrage auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten, auf denen andererseits die produzierten Güter und Dienstleistungen angeboten werden. Auf den verschiedenen Märkten kommt es zu einem durch den Preis bestimmten Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage.

Würden nun plötzlich sämtliche Militärausgaben wegfallen, so hätte dies **kurzfristig** folgende direkten Wirkungen:

1. Rüstungs- und Sachmittelausgaben in Höhe von etwa 31 Mrd. DM würden wegfallen.
2. 240.000 ständig bei der Bundeswehr Beschäftigte würden arbeitslos werden.
3. 430.000 Wehrpflichtige würden den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten.

Indirekte Folge wäre, daß Teile der bei der Rüstungs- und deren Zulieferindustrie Beschäftigten auch arbeitslos würden und gemeinsam mit den direkt arbeitslos gewordenen Bundeswehrangehörigen monatlich nur noch ein relativ geringes Arbeitsloseneinkommen zur Verfügung hätten. Dies wiederum führt zu einer geringeren Nachfrage bei den Konsumgütern, was in den entsprechenden Betrieben wiederum geringere Investitionen zur Folge haben wird, was schließlich zu einem immer stärkeren wirtschaftlichen Niedergang führen kann.

Der gesamte Nachfragerückgang wird somit die Höhe der eingesparten Militärausgaben bei weitem übersteigen. In Zeiten der Hochkonjunktur kann dies ein durchaus erwünschter Nebeneffekt sein; in Zeiten einer relativ schwachen Konjunktur führt dies aber zu einer sehr starken Belastung der Volkswirtschaft, was letztlich auch eine politische Radikalisierung zur Folge haben kann.

Sollen solche negativen Konsequenzen vermieden werden, so muß beim Wegfall der Rüstungsausgaben die staatliche Nachfrage sofort umgelenkt werden; hierbei ist zu beachten, daß Rüstungsnachfrage und sonstige Nachfrage aber durchaus eine unterschiedliche Multiplikatorwirkung haben können und bei einer positiveren Wirkung der sonstigen Nachfrage durchaus auch absolute Einsparungen möglich sind. Die einzelnen Maßnahmen einer schonenden Umkehrung werden noch zu zeigen sein.

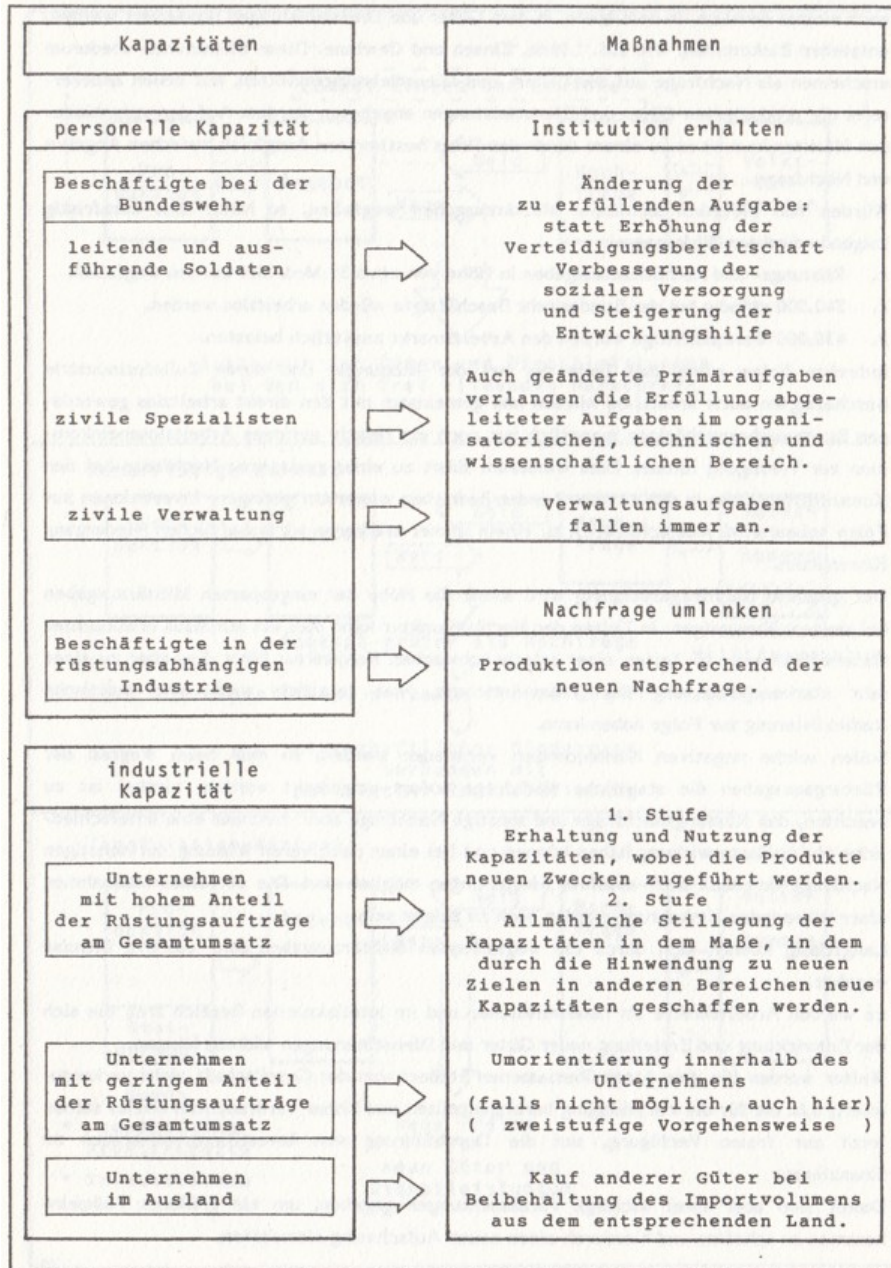
**Langfristig** können sich durch die wegfallenden Militärausgaben sehr positive Impulse ergeben.

Es werden Arbeitskräfte im handwerklichen und im intellektuellen Bereich frei, die sich der Entwicklung und Erstellung neuer Güter und Dienstleistungen widmen können.

Weiter werden die dem Staat überlassenen Steuern von der Gesellschaft nicht verkonsumiert; d.h. die für die Verteidigung bereitgestellten und bisher verbrauchten Mittel stehen jetzt zur freien Verfügung, um die Durchführung von Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

Damit sind aber zwei wichtige Voraussetzungen gegeben, um ein größeres Volkseinkommen zu schaffen und hierdurch einen neuen Aufschwung einzuleiten.

## 5.4. Die Umstrukturierung der durch Abrüstung freien Kapazitäten



Wird die zu erfüllende Gesamtaufgabe der Bundeswehr geändert, so bleibt die Institution erhalten, und es kommt weder zu beschäftigungspolitischen Problemen noch zu großemäßig beachtenswerten Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Das vorhandene Personal kann mit dem bereitstehenden Maschinenpark durchaus praktische Entwicklungshilfe leisten und so z.B. Transporte übernehmen, die Infrastruktur der zu entwickelnden Länder verbessern, Informationssysteme aufbauen und schließlich auch noch bei der akuten Katastrophenbewältigung helfen.

Bei der Lösung all dieser Aufgaben treten organisatorische, technische, wissenschaftliche und verwalterische Probleme auf, zu deren Bewältigung die entsprechenden Fachleute herangezogen werden müssen, weswegen auch dieser Personenkreis nicht arbeitslos wird.

Vielmehr wird es durch die Fortentwicklung der zunächst ökonomisch unterentwickelten Länder zu neuen Bedürfnissen in diesen Ländern kommen, wovon ein Teil sicher als Nachfrage in jenes Land gelangen wird, dessen Hilfe diese Gesamtentwicklung zu verdanken ist.

Aber nicht nur die Menschen, sondern auch das vorhandene technische Gerät kann zur Bewältigung dieser neuen Aufgabe herangezogen werden. So ist es durchaus möglich, in der ersten Stufe zur Anpassung der industriellen Kapazitäten die bisherigen Produkte - evtl. mit kleinen Änderungen und in etwas geringerem Umfang - auch weiterhin herzustellen. Schiffe, Flugzeuge, LKW, ja sogar gepanzerte Fahrzeuge, aber auch Nachrichtensysteme, hochentwickelte Elektronik und nicht zuletzt sogar Sprengkapazitäten können zu Zwecken der Entwicklungshilfe eingesetzt werden.

Durch die Entwicklungshilfe, aber auch durch die minimale Reduzierung der Rüstungsaufträge wird die zweite Stufe der Umorientierung eingeleitet.

- Die Entwicklungshilfe wird zu einem Nachfrageimpuls aus den dann entwickelteren Ländern führen, der der deutschen Exportwirtschaft zugute kommt.



- Die Reduzierung der staatlichen Nachfrage nach Rüstungsgütern macht Steuergelder frei, um in Bereichen des Massenverkehrs, der medizinischen Versorgung oder des Umweltschutzes angelegt zu werden. Diese Umschichtung bleibt jedoch nicht beschäftigungsneutral, sondern hat dadurch einen positiven Beschäftigungseffekt, daß diese neuen Bereiche weniger durchrationalisiert sind als die Rüstungsproduktion und weniger teure Spitzentechnologie verlangen. Konkret bedeutet dies, daß eine allmähliche Umschichtung staatlicher Ausgaben zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Hiervon wird dann eine weitere multiplikative Wirkung ausgehen können, was eine weitere Reduzierung im Rüstungsbereich erlaubt.

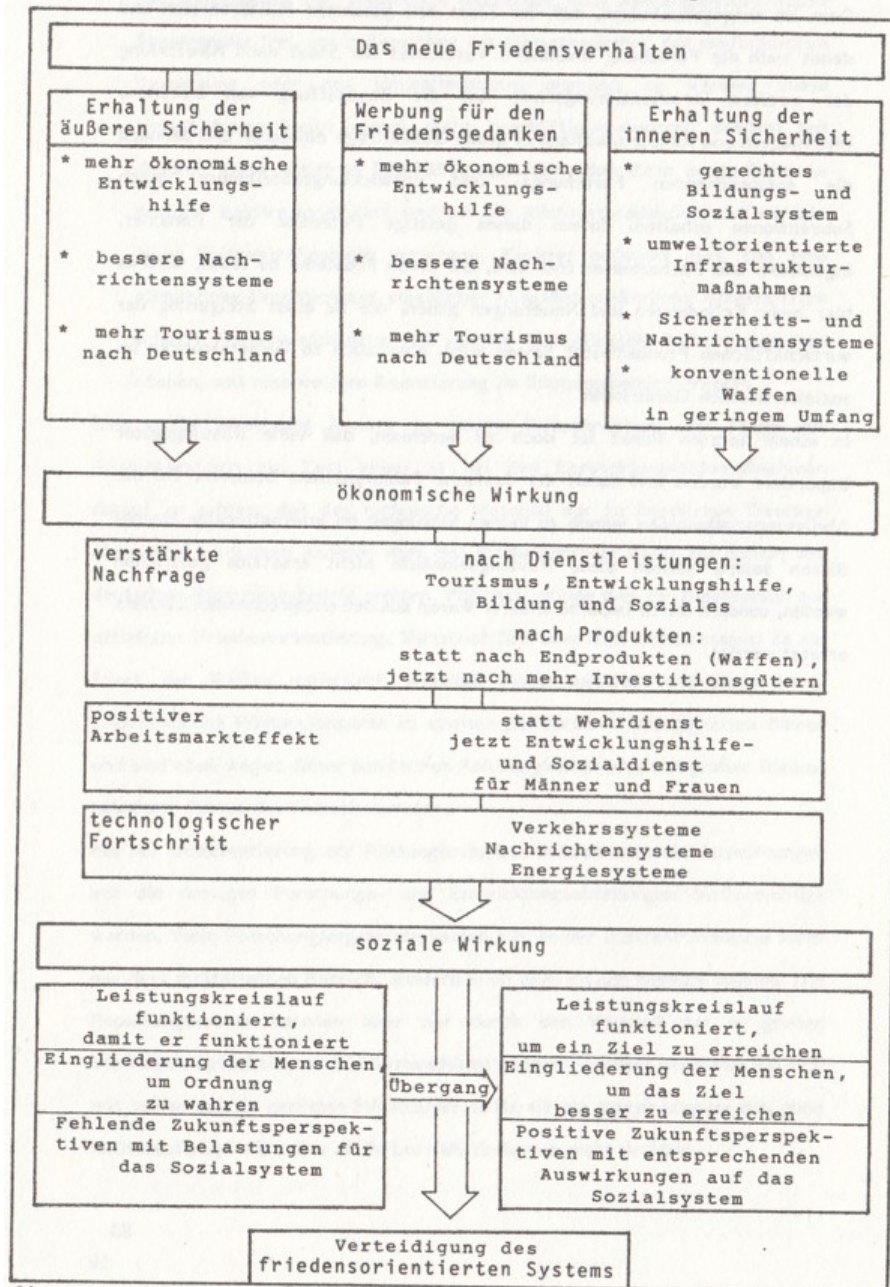
Eine große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Frage des Rüstungsexports zu. Zum einen ist bei den Entwicklungshilfemaßnahmen darauf zu achten, daß das technische Material nur zu friedlichen Zwecken eingesetzt wird; zum anderen darf der Rüstungsexport nicht zur Stütze der deutschen Rüstungsindustrie werden. Politisch stünde dies im Widerspruch zur offiziellen Friedensorientierung. Wirtschaftlich wäre dies uninteressant, da ein Staat, der Waffen importiert, letztlich nichts anderes importieren kann. Zudem können Rüstungsexporte zu starken politischen Abhängigkeiten führen und sind eben wegen dieser politischen Abhängigkeiten eine mit großen Risiken behaftete Stütze des Volkseinkommens.

Bei der Umorientierung der Rüstungsindustrie müssen auch die Auswirkungen auf die dortigen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen berücksichtigt werden. Viele Forschungsergebnisse kamen z.B. in der Luftfahrtindustrie nicht nur dem militärischen Bereich, sondern auch dem zivilen Bereich zugute. Die Forschungskosten konnten aber nur durch den Verkauf der in großen Stückzahlen produzierten Militärmaschinen gedeckt werden; der zivile Bereich mit seinen relativ geringen Stückzahlen hätte sie nie tragen können; d.h. ohne Militäraufträge wäre eine zivile Luftfahrtindustrie nicht denkbar.

Dem ist entgegenzuhalten, daß der Staat den gesamten Militärbereich und damit auch die Forschung finanziert. Verzichtet der Staat nach Abwicklung der zweiten Umorientierungsstufe auf die Beschaffung von Bombern, Düsenjägern und Raketen, so kann er große Geldbeträge einsparen und dennoch die entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsabteilungen durch Subventionen erhalten. Indem dieses geistige Potential der Forscher, Ingenieure und Facharbeiter frei wird, um zivile Probleme zu lösen, wird es hier mehr Erfindungen und Neuerungen geben, die zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität führen wird, aber auch zu Verbesserungen im sozialen Bereich führen kann.

In einem letzten Punkt ist noch zu bedenken, daß viele Rüstungsgüter importiert werden und damit die deutsche Zahlungsbilanz belasten. Da die Abrüstungsmaßnahmen jedoch zu keinen Störungen im internationalen Handel führen sollen, sollten diese Rüstungseinkäufe nicht ersatzlos gestrichen werden, sondern durch Importe anderer Waren aus den entsprechenden Ländern ersetzt werden.

## 5.5. Die positiven Impulse der Friedensorientierung



Wurde bisher gezeigt, daß eine starke Reduzierung der Rüstungsausgaben keine nachteiligen Folgen haben muß, so wird jetzt erläutert, wieso sich sogar positive Konsequenzen ergeben können.

Verlangte das Abschreckungsdenken bestimmte Verhaltensweisen (Aufrüstung) mit den entsprechenden Nachfrageimpulsen, so verlangt das Friedensdenken neue Verhaltensweisen zur Abwehr eines möglichen Feindes und führt hiervon ausgehend auch zu Nachfrageimpulsen.

Hierbei zeigt sich wieder, daß Entwicklungshilfe nicht nur Hilfe ist, sondern gleichzeitig einen wesentlichen Sicherheitsfaktor für das friedensorientierte Land darstellt, da jeder Angriff auf dieses Land als Angriff auf all jene Länder empfunden werden muß, die bisher Hilfe erhalten.

Die Macht der Abschreckung und der militärischen Bündnisse wird ersetzt durch die Macht der Informationswirkung und der helfenden Verbundenheit.

Neben den personellen Auswirkungen eines aufzubauenden Informationssystems ( vermehrte direkte Dienstleistungen, Tourismus mit Folgewirkung auf Güter- und Dienstleistungsnachfrage ), zeigt sich bei den technologischen Wirkungen sehr deutlich der große Unterschied zu den Rüstungsausgaben.

Rein sachlich müssen nach wie vor z.B. Raketen und Satelliten gebaut werden. Dienen sie bei militärischer Nutzung jedoch als Endprodukt, das eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen hatte, so wirken sie jetzt als Investition, wodurch neue Dienstleistungen ( oder auch alte besser ) erfüllt werden können, die zu einer Erleichterung der weltweiten Kommunikation führen und damit in vielen Bereichen effizientere Leistungen ermöglichen.

Durch die schrittweise Abkehr von den Rüstungsausgaben wird staatlicher Konsum zu staatlichen Investitionen. Je mehr investiert wird, um so besser arbeitet eine Volkswirtschaft, und um so eher kann diese Volkswirtschaft die Steuerlast tragen, die zur Lösung der Gemeinschaftsaufgaben aufgebracht werden muß.

Neben diesen Auswirkungen im wirtschaftlichen Bereich sind die sozialen Wirkungen von besonderer Bedeutung.

Werden nicht mehr nur Waffen produziert, die nicht eingesetzt werden sollen, und werden nicht mehr nur Waren produziert, die durch Mode oder künstlichen Verschleiß schnell veralten, und werden nicht mehr nur Dienstleistungen erbracht, die sich selbst in Frage stellen, so wird es für den einzelnen Menschen wieder einfacher sein, einen Lebenssinn zu finden. Dies um so mehr, indem der junge Mensch nicht mehr durch einen sinnentleerten Wehrdienst, sondern durch einen sinnvollen Dienst in Bereichen der Entwicklungshilfe und des Sozialwesens echte Lebensaufgaben vor Augen geführt bekommt und auch erkennt, daß das Gemeinwesen an der Lösung dieser Aufgaben arbeitet. Es wird einfacher sein, sich einem solchen Gemeinwesen einzuordnen, es möglichst wenig zu belasten und trotz Erfüllung der verlangten Leistung persönlich glücklicher zu sein, als in einem solchen, das sich gemeinsam mit den anderen Staaten am Rande eines Weltuntergangs bewegt.

Dieser soziale Wandel erhöht die Stabilität des friedensorientierten Systems, ja es fördert sogar die Bereitschaft, dieses System unter Aufbringung individueller Opfer gegen mögliche Angreifer zu verteidigen.

Darüber hinaus gibt dieses neue Verhalten einzig und allein dem friedensorientierten Staat das moralische Recht, miteinander zerstrittenen Staaten friedliche Konfliktlösungsmöglichkeiten vorzuschlagen und deren Durchführung und Einhaltung zu überwachen. Nicht von einer machtpolitisch orientierten Weltmacht und nicht von einer evtl. zu schaffenden Weltregierung kann der Gedanke der friedlichen Konfliktlösung ausgehen.

In einer von Egoisten (privat und nationalstaatlich) geprägten Welt wird die Ausbreitung des Friedensgedankens nur dann eine Chance haben, wenn ein leistungsfähiges Volk die Vorteile dieses Verhaltens vorführt und es damit zur Keimzelle einer **friedensorientierten Kettenreaktion** wird.

## 6. Ergebnis

### 6.1. Erkenntnisse

#### Basis

- \* Die freiheitlich-demokratische Organisationsform eines Gemeinwesens ist wert, verteidigt zu werden.
- \* Die zentralverwalteten Systeme des Ostens stellen eine Gefahr für die freiheitlich-demokratischen Systeme des Westens dar.  
Hierbei bleibt unberücksichtigt, daß sich die Systeme in einem Eskalationsautomatismus gegenseitig bedrohen und die eigentliche Gefahr eventuell gar nicht mehr besteht.

#### Entscheidung

- \* Die gegenwärtige Abschreckungspolitik
  - ist mit großen Risiken verbunden,
  - bietet keine echte Sicherheit und
  - führt zu sachlichen und politischen Abhängigkeiten.
- \* Eine neue Friedenspolitik
  - ist mit anderen Risiken verbunden,
  - bietet allerdings auch keine totale Sicherheit und
  - kann zu Abhängigkeiten führen.
- \* Werden beide politischen Verhaltensweisen in einer objektivierten Entscheidung miteinander verglichen, so ergeben sich selbst bei pessimistischster Betrachtung geringfügige Vorteile für die Friedenspolitik.

#### Einschränkung

- \* In einem demokratisch organisierten Block eine einheitliche Hinwendung zur Friedenspolitik durchsetzen zu wollen, scheint genau so utopisch zu sein, wie der Versuch, einer Weltregierung die friedliche Lösung anstehender Konflikte übertragen zu wollen.
- \* Es ist daher ein Musterland zu suchen,
  - welches in seiner speziellen Konfliktsituation dem weltweiten Konflikt zwischen den Blöcken entspricht,
  - von welchem das Friedensverhalten nicht erwartet wird, wodurch sich dann ein besonders hoher Informationswert dieses Verhaltens ergibt und
  - welches die wirtschaftliche Kraft besitzt, um die nötigen Friedensimpulse (auch zur eigenen Sicherheit) weltweit abzugeben.

#### Durchführung

- \* Die Hinwendung des Musterlandes zur Friedenspolitik muß in Abstimmung mit den befreundeten Staaten des Ursprungsblocks erfolgen. Ein Staat des Blockes erklärt sich dazu bereit, ein neues Risiko auf dem Weg zur Friedenssicherung zu tragen.
- \* Während der zielstrebigem Diskussion um diese neue Friedenspolitik und während der einleitenden Verhandlungen zu ihrer Einführung darf die Sicherheit und Geschlossenheit des westlichen Bündnisses nicht gefährdet werden. Dies bedeutet konkret, daß in dieser Zeit uneingeschränkt an den gemeinsamen Maßnahmen der Abschreckungspolitik festzuhalten ist.
- \* Friedenspolitik ist nicht sicher, wenn sie aus Schwäche entsteht. Sie ist aber dann sicher, wenn sie bewußt gewollt ist und mit all ihren Informationswirkungen bewußt gestaltet wird.

## 6.2. Schritte zum Frieden

#### \* Werbung für das Modell der friedensorientierten Sicherheitspolitik

Diesem Zweck dient die Verbreitung dieses Buches, das sich zwar für einseitige Abrüstungsmaßnahmen ausspricht, das aber gleichzeitig für vorsichtige und gemäßigte Schritte hin zum friedensorientierten Verhalten eintritt.

Damit soll dieses Gedankengut für breite Bevölkerungsschichten akzeptierbar werden, wodurch letztlich zur Versachlichung der Friedensdiskussion beigetragen wird.

#### \* Versachlichung der Friedensdiskussion

Es erscheint wenig sinnvoll, die bestehenden Parteien und alternativen Gruppen um eine weitere friedensorientierte Gruppierung zu erweitern. Es würden nur weitere Gräben gezogen und neue Konflikte heraufbeschworen.

Viel wichtiger scheint es, durch eine möglichst breite Akzeptanz dieser ausgewogenen Abrüstungsvorschläge die friedenspolitische Diskussion verstärkt in die etablierten Parteien zu tragen.

Hierbei wird es von großer Bedeutung sein, daß die Vertreter gegenseitiger Meinungen den jeweils guten Willen der anderen Seite anerkennen.

Sowohl gleichgewichtige Abschreckung mit der Folge eskalierender Aufrüstung als auch der Versuch einer einseitigen Abrüstung verbunden mit der Einrichtung stabilisierender Schutzmaßnahmen sind legitime Versuche, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Die Verfechter der Abschreckungspolitik sind keine den USA hörigen Knechte des Monopolkapitalismus, und die Verfechter der Abrüstungspolitik sind keine von Sowjetkommunisten gesteuerten Marionetten.

Beide Gruppen sollten sich gegenseitig nicht die Ernsthaftigkeit ihres Bemühens absprechen.

#### \* Optimismus

Selbst wenn sich keine schnellen Erfolge einstellen, sollte zielbewußt und mit viel Optimismus an der Durchsetzung des friedensgerichteten Gedankenguts gearbeitet werden.

Reden wir also nicht nur in **Friedenskreisen** über eine friedliche Zukunft, sondern arbeiten wir aktiv daran mit, um die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform und das im Prinzip leistungsfähige freiheitliche Wirtschaftssystem zu erhalten und für beides eine Zukunft in **Friede und Freiheit** zu sichern.

## Literatur

Beer, Stafford:

Kybernetik und Management, Frankfurt 1962

Benoit, Emile und Boulding, Kenneth (Hrsg.):

Disarmement and the Economy, New York 1963

Brandt, Gerhard:

Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten und Berlin 1966

Brennan, Donald (Hrsg.):

Strategie der Abrüstung, Gütersloh 1962

Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte (Hrsg.):

Information für die Truppe, Bonn 1967 - 1982

Clausewitz, Karl von:

Vom Kriege, Bonn 1966 (17. Aufl.)

Cube, Felix von:

Was ist Kybernetik?, Bremen 1967

Deutsch, Karl:

Zur Theorie der Abschreckung, in: Politische Vierteljahresschrift 1963, S.222 ff.

Kernwaffen und internationales Machtgleichgewicht, in: Atomzeitalter 1966, S. 158 ff.

Ditfurth, Hoimar von (Hrsg.):

Informationen über Information, Hamburg 1969

Flechtheim, Ossip:

Von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Abrüstung, in: Werkhefte 1967, S. 108 ff.

Frank, H. (Hrsg.):

Kybernetik - Brücke zwischen den Wissenschaften, Frankfurt 1965

Freud, Sigmund:

Gesammelte Werke, London 1940

Gäfigen, Gérard:

Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, Tübingen 1963

Heilbrunn, Otto:

Konventionelle Kriegsführung im nuklearen Zeitalter, Frankfurt 1967

Hennig, Eike:

Die Rüstungsgesellschaft und ihre Kosten, in: Atomzeitalter 1967, S. 296 ff.

Kahn, Herman:

On Thermonuclear War, Princeton 1960

Eskalation, Berlin 1966

Keynes, John M.:

A Treatise on Probability, London 1952 (Neudruck)

Kissinger, Henry:

Kernwaffen und auswärtige Politik, München 1959

Was wird aus der westlichen Allianz?, Düsseldorf 1965

Knight, F. H.:

Uncertainty and Profit, New York 1964 (Neudruck)

Krippendorff, Ekkehart (Hrsg.):

Friedensforschung, Köln und Berlin 1968

Lohberg, Rolf und Lutz, Theo:

Keiner weiß, was Kybernetik ist, Stuttgart 1968

Lorenz, Konrad:

Das sogenannte Böse, Wien 1964

Ludendorff, Erich:

Der totale Krieg, München 1936

Mitscherlich, Alexander:

Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München 1963

Morgenstern, Oskar:

Strategie heute, Frankfurt 1962

Papst Johannes XXIII :

Pacem in Terris, Freiburg 1963

Phillip, Fritz:

Risiko und Risikopolitik, Stuttgart 1967

Risse, Heinz:

Kapitalismus und Abrüstung, in: Atomzeitalter 1964

Samuelson, Paul A.:

Volkswirtschaftslehre, Eine Einführung, Köln 1965

Schachtschabel, Hans Georg:

Wirtschaftspolitische Konzeptionen, Stuttgart 1967

Schmidt, Helmut:

Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1965

Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969

Schneider, Erich:

Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band I-III, Tübingen 1965

Senghaas, Dieter:

Abschreckung und Frieden, Frankfurt 1969

Shackle, G.L.S.:

Expectation in Economics, Cambridge 1952

Shubik, Martin (Hrsg.):

Spieltheorie und Sozialwissenschaften

Simon, Herbert A.:

Das Verwaltungshandeln, Stuttgart 1955

Models of man, New York 1957

SIPRI (Hrsg.):

Rüstungsjahrbuch, Hamburg 1981 - 1982

Sonntag, Philipp:

Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen, in: DGFK-Informationen 2/81, S. 48 ff.

Statistical Abstract of the United States, Washington, bis 1979

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik, Stuttgart, bis 1979

Steinbuch, Karl:

Die informierte Gesellschaft, Stuttgart 1966

The Military Balance, London, bis 1979

Thomae, Hans:

Der Mensch in der Entscheidung, München 1961

Die Motivation des menschlichen Handelns, Köln 1965

Vilmar Fritz:

Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1967

Wald, A.:

Statistical Decision Functions, New York/London 1958

Wallace, Michael D.:

Arms Races and Escalation - Some New Evidence, in: Journal of Conflict Resolution, Vol. 23, 1/79, S. 3 ff.

Some Persisting Findings, A Reply to Prof. Weede, in: Journal of Conflict Resolution, Vol. 24, 2/80, S. 289 ff.

Weizsäcker, Carl Friedrich von (Hrsg.):

Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971

Wiener, Norbert:

Kybernetik, Düsseldorf 1965

Zemanek, Heinz:

Elementare Informationstheorie, München 1959

## Anschriften für die friedenspolitische Arbeit

### Amtliche Stellen

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Welckerstr. 11  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/2081

Bundeszentrale für politische Bildung  
Berliner Freiheit 7  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/5151

Bundesministerium für Verteidigung  
Informations- und Pressestab,  
Ref. 2, Öffentlichkeitsarbeit  
Postfach 1328  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/121

### Jugendoffiziere der Bundeswehr:

Territorialkommando Schleswig-Holstein  
Niemannsweg 220  
2300 Kiel 1

Wehrbereichskommando II  
Hans-Böckler-Allee 18  
3000 Hannover 1

Wehrbereichskommando III  
Lenastr. 29  
4000 Düsseldorf 30

Wehrbereichskommando IV  
Freiligrathstr. 6  
6500 Mainz 1

Wehrbereichskommando V  
Nürnberger Str. 184  
7000 Stuttgart 50

Wehrbereichskommando VI  
Saarstr. 14  
8000 München 40

International Communications Agency,  
Embassy of the United States of America  
Postfach 200300  
5300 Bonn 2

### Parteien

Christlich-Demokratische Union Deutschland  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/5441

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Erich-Ollenhauer-Str. 1  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/5321

Christlich-Soziale Union  
Nymphenburger Str. 64-66  
8000 München 2  
Tel. 089/12431

Freie Demokratische Partei  
Baunscheidtstr. 15  
5300 Bonn 12  
Tel. 0228/5471

Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle  
Friedrich-Ebert-Allee 120  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/233021

### Jugendverbände der Parteien

Jungsozialisten in der SPD  
Erich-Ollenhauer-Str. 1  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/2365

Junge Union Deutschlands  
Annaberger Str. 28.3  
5300 Bonn 2  
0228/310011

Deutsche Jungdemokraten  
Reuterstr. 44  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/210952

### Friedensforschung und Friedenspädagogik

AV Akademie für Medienpädagogische Forschung und Praxis e.V.  
Pariser Str. 7  
8000 München 80  
Tel. 089/448 48 08

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.  
Bavariastr. 28  
8000 München 2  
Tel. 089/76 43 84

Arbeitskreis Friedenspädagogischer Bildungseinrichtungen  
Freithof 16  
4953 Petershagen-Frille

Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (DGFK)  
Theaterplatz 28  
5300 Bonn 2  
Tel. 0228/356032

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik  
Adenauerallee 131  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/21 70 21

Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung  
Wissenschaft und Politik  
Haus Eggenberg  
8026 Ebenhausen  
Tel. 08178/701

Gesellschaft für Zukunftsfragen e.V.  
Giesebrechtstr. 15  
1000 Berlin 12  
Tel. 030/38011

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung  
Leimenrode 29  
6000 Frankfurt 1  
Tel. 0611/593281

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Univ. Hamburg  
Falkenstein 1  
2000 Hamburg 55  
Tel. 040/869054

Katholischer Arbeitskreis Entwicklung und Frieden  
Kaiserstr. 163  
5300 Bonn 2

Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften,  
Forschungsgruppe Alternative Friedenspolitik  
Postfach 1529  
8130 Starnberg  
Tel. 08151/1491

Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.  
Seelhausgasse 3  
7400 Tübingen 1

#### Sonstige Verbände und Aktionsgruppen

Aktion "Bürger für Frieden in Freiheit"  
Postfach 1142, 4354 Datteln

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.  
Jebenstr. 1, 1000 Berlin 12, Tel. 030/310261

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/229192

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.  
Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21, Tel. 0721/574248

Christen für die Abrüstung, c/o S.-P. Gerlach  
Trinenkamp 44, 4650 Gelsenkirchen

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.  
Rellinghauser Str. 214, 4300 Essen, Tel. 0201/25999

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.  
Simrockstr. 23, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/213646

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Hans-Böckler-Str. 29, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 0211/43011

Evangelische Studentengemeinde  
Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/281034

Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen  
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/3909222

Forschungsstätte der Evangelischen Studentengemeinschaft  
Schmeilweg 5, 6900 Heidelberg 1, Tel. 06221/14061

Frauen für Frieden, c/o E.-M. Quistrop  
Schlüterstr. 28, 1000 Berlin 12

Frieden schaffen ohne Waffen  
Jebenstr. 1, 1000 Berlin 12, 030/310261

Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit  
c/o Karsten D. Voigt (MdB), Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Initiativkreis Neue Sicherheitspolitik, c/o W. Günther  
Amalienstr. 89, 8000 München 40, Tel. 089/1252429

Katholische Christen gegen die Atomrüstung, c/o P. Rottländer  
Jugendakademie, Wingert 6, 5303 Walberberg

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit  
Gottesweg 52, 5000 Köln 51, Tel. 0221/361676

Ohne Rüstung leben, c/o W. Dierlamm  
Albert-Schweitzer-Str. 50, 7012 Fellbach

Pax Christi, Internationale katholische Friedensbewegung  
Windmühlstr. 2, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/233307

Russell-Friedens-Kampagne, c/o R. Holmes  
Innstr. 19, 1000 Berlin 44

Terre des Hommes  
Postfach 4126, 4500 Osnabrück

Versöhnungsbund e.V.  
Jochen-Klepper-Straße, 2082 Uetersen, Tel. 04122/42455

Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer e.V.  
Donandtstr. 4, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/340025